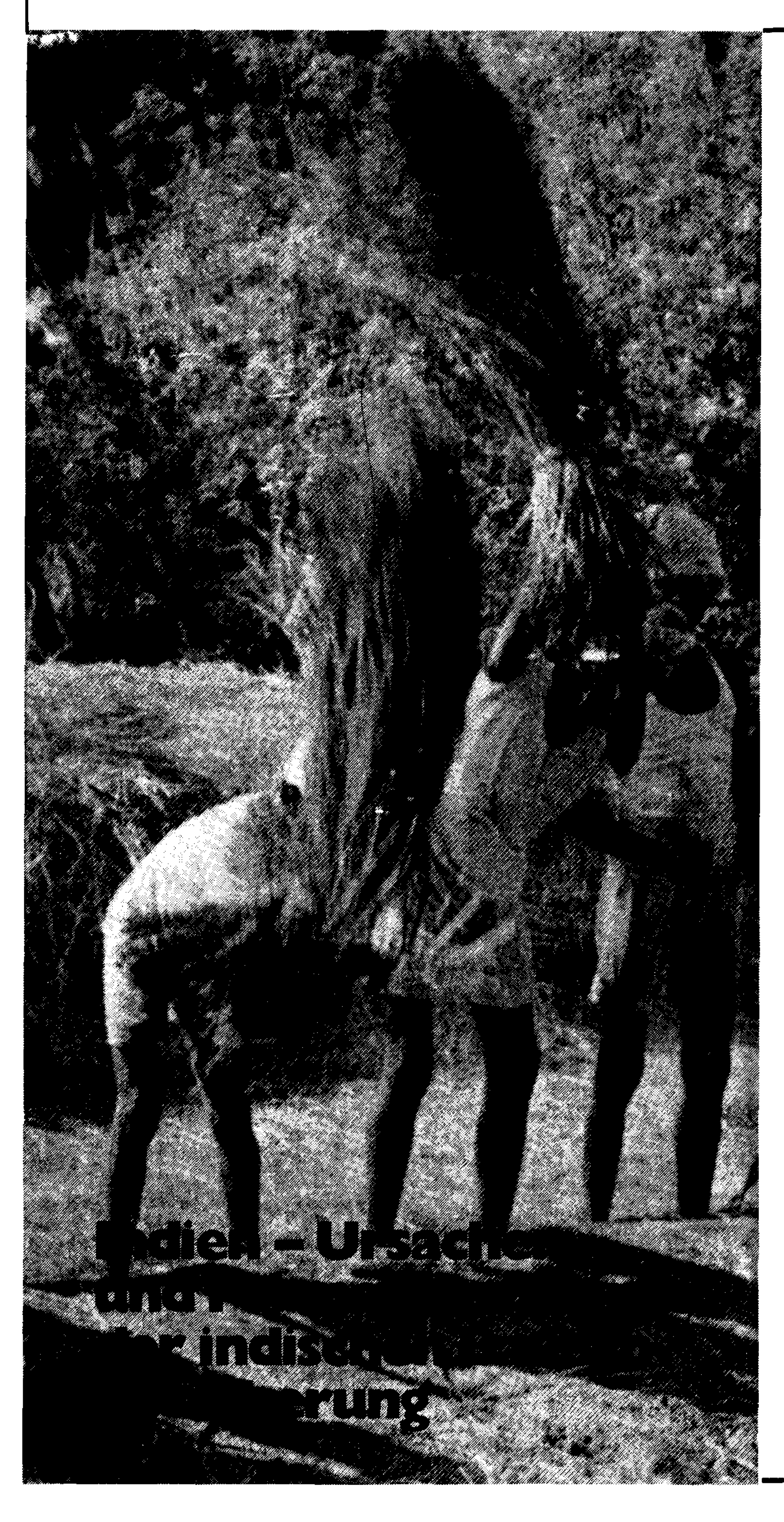
M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE ZU:

Nr. 68 März 1978 DM 2.50

IMPRESSUM

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761 / 74003.

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Eberhrd Gohl, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Hartmut Jung, Clemens Jürgenmayer, Bettina Kocher, Hildegard Maur, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Peter Poschen, Thomas Rau, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Matthias Rommel, Albert Sommerfeld, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1, Tel.: 02241/22580

Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppe nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 34,40 bzw. 42,40; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 41,60 bzw. 49,60; Australien, Südpazifik DM 48,80 bzw. 56,80.
Schweiz: Fr 28,– bzw. 20,–



NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Lateinamerika

DER ARGENTINISCH – CHILENISCHE STREIT UM DEN BEAGLE-KANAL

– *Das außenpolitische Säbelrasseln dient innenpolitischen Zielen*

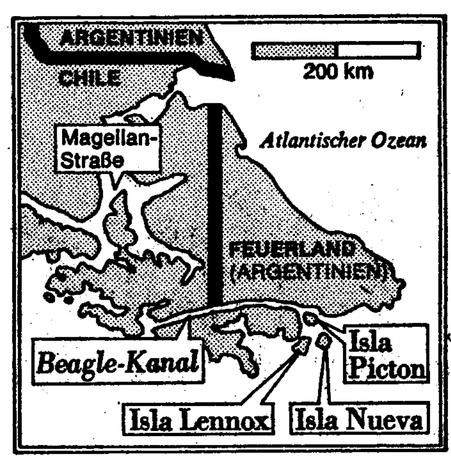
In den letzten Wochen wurde in der Presse häufig von den argentinisch-chilenischen Auseinandersetzungen berichtet, wobei Meldungen wie das Auslaufen der argentinischen Flotte, Einberufung von Reservisten, Truppenverlegungen, gegenseitige Vorwürfe der Verletzung der nationalen Grenzen und ein in den Zeitungen der beiden Länder vertretener starker Nationalismus den Eindruck aufkommen ließen, hier könne womöglich ein bewaffneter Konflikt größeren Ausmaßes entstehen.
Worum geht es?

Vordergründig geht es um die drei kleinen, im Beagle-Kanal gelegenen Inseln Picton, Isla Nueva und Lennox, auf denen acht chilenische Familien mit 5 000 Schafen, einigen Rindern und Pferden leben. Der Beagle-Kanal bildet eine natürliche Wasserstraße, die im äußersten Süden des lateinamerikanischen Subkontinents in der Region von Feuerland den Atlantik und den Pazifik verbindet und die Grenze zwischen Argentinien und Chile herstellt. Der Streit um die beiden Inseln ist beinahe schon 100 Jahre alt. Nach einem Vertrag von 1902 werden die Grenzfragen zwischen Argentinien und Chile von der englischen Krone entschieden, die, nachdem der christdemokratische Präsident Frei, die Angelegenheit 1967 wieder aufgegriffen hatte, von den Präsidenten Allende und Lanusse Anfang der 70er Jahre zu einem Schiedsspruch aufgerufen wurde, dem sich die beiden Länder fügen wollten. Eine Kommission mit Vertretern aus England, Frankreich, Schweden, Nigeria und den Vereinigten Staaten nahm dabei jeweils eine chilenische und argentinische Interpretation des Sachverhaltes entgegen, bereiste das Gebiet 1976 und entschied sich am 2. Mai 1977 zugunsten Chiles. Argentinien mußte bis zum 2. Februar zu dem Urteil Stellung nehmen und hat es erwartungsgemäß abgelehnt.
Begründet wurde die Ablehnung mit geographischen Fehlinterpretationen, Kompetenzüberschreitungen der Krone und vor allem der Verletzung des Ozean-Prinzips. (1)

Die Bedeutung der drei Inseln geht über den reinen Besitz des nur 300 Quadratkilometer großen, verödeten und den Großteil des Jahres verschneiten Gebietes hinaus:

– Da sich Chile wie Argentinien auf die 200 –Seemeilen-Zone beruft, würde es seine Hoheitsgewässer erheblich ausweiten können und dadurch Anspruch auf fischreiche Gebiete und Ölvorräte erheben, die in einem Teil des Festlandsockels vermutet werden.

– Die drei Inseln sind darüber hinaus von großer strategischer bedeutung für die internationalen Seewege. Gleichzeitig können sie die chilenischen Ansprüche am antarktischen Festland stärken und Chile hier eine verbesserte Ausgangsposition für das erwartete Rennen um die Bodenschätze der Antarktis sichern, an dem sich nach den Äußerungen Matthöfers auch die Bundesrepublik in Zukunft verstärkt beteiligen will. Aufgrund dieser Tatsachen haben Beobachter den Schiedsspruch als wichtigste geopolitische Veränderung der südamerikanischen Region seit dem Pazifikkrieg von 1879 bezeichnet (2).



Die Hartnäckigkeit, mit der von argentinischer Seite der Anspruch auf die im atlantischen Ozean gelegenen Inselgruppen und meeresgebiete verfochten wird, erscheint vor dem Hintergrund lukrativer Bodenschätze und strategischer Ausgangspunkte verständlicher. Mit ihrer geopolitischen Theorie des „Ozeanprinzips", wonach der Pazifik Chile zuzuordnen, der Atlantik aber eine argentinische Angelegenheit sei, die einer historischen Berechtigung nicht entbehrt, hatte sie aber bei dem an den geschriebenen Verträgen orientierten juristischen Urteilen wenig Aussicht auf Erfolg (3). Deshalb geht die argentinische Seite im Augenblick davon aus, daß ein Fortschritt nur über direkte Verhandlungen mit Chile erreicht werden kann, wobei noch hinzukommt, daß nach Meinung der argentinischen Presse England, mit dem Argentinien in einem Streit über die Malvinen-Inseln liegt, in der Kommission einen negativen Einfluß gehabt hat.
Ein erstes Treffen zwischen den Juntachefs Videla und Pinochet in Mendoza hat bereits im Januar stattgefunden und wurde in der nationalen Presse publikumswirksam für die beiden Staatschefs, deren Position innerhalb ihrer jeweiligen Regierungen umstritten ist, ausgeschlachtet. Bis auf ein nichtssagendes Kommunique sind keine konkreten Angaben über eine weitere Regelung gemacht worden. Nachdem sich ein zweites Treffen zunächst verzögert hatte, unterschrieben die Juntachefs am 20. Februar in Puerto Monti (Chile) ein Abkommen, in dem allgemeine Richtlinien für geplante Kommissionen entworfen werden, die sich nach einem Stufenplan mit dem Abbau der Spannungen beschäftigen sollen (4). Tatsächlich gibt es aber Zweifel daran, ob Pinochet und Videla ein Interesse daran haben, den Konflikt rasch zu beenden. Die mögliche Kriegsgefahr, in der nationalen Presse heraufbeschworen, gibt den Juntachefs durch den Erhalt des Friedens politisches Gewicht zurück, das sie durch interne Streitereien und Grabenkämpfe mit anderen Juntamitgliedern in jüngster Zeit verloren haben. Beobachter gehen deshalb davon aus, daß „die 'internationale' Krise um den Beagle-Kanal wohl nichts anderes als ein Reflex 'nationaler' Krisen sowohl der argentinischen wie auch der chilenischen Militärdiktatur ist." (5)

Durch das Referendum in Chile (vgl. hierzu „blätter des iz3w" Nr. 67), das einseitig von Pinochet unter Umgehung der übrigen Juntamitglieder proklamiert wurde, sind die Widersprüche zwischen den Militärs in einem heftigen Briefwechsel zwischen Pinochet auf der einen, den Generälen Leigh und Merino auf der anderen Seite deutlich aufgebrochen. Sie befürchten, daß Pinochet seine Machtposition auf ihre Kosten ausbauen und den „Pinochetismo" womöglich verewigen will (6). Ihrer Meinung nach bringt ein Referendum die Gefahr von unvorhersehbaren und unkontrollierbaren Situationen mit sich. die sich zum Teil auch in Demonstrationen der Opposition gegen das Referendum in Santiago Luft gemacht haben, und können daneben Zweifel an den militärischen Institutionen hervorbringen, da Bestätigungsplebiszite Kennzeichen von Regierungen seien, die auf persönlicher Macht begründet sind. Damit ständen sie im Widerspruch zu dem eigenen „institutionellen" Verständnis der chilenischen Junta. Den Generälen geht es allerdings bei der Ablehnung willkürlicher politischer Maßnahmen nicht um irgendwelche Demokratisierungstendenzen, sondern um ihre eigene Machtposition gegenüber den politischen Ein-Mann-Absichten von Pinochet. (7)

In Argentinien, wo die Junta an noch stärkeren Auflösungserscheinungen leidet, hat der Streit um den Beagle-Kanal den traditionellen Konflikt zwischen Heer und Marine mit dem politisch ehrgeizigen Admiral Massera an ihrer Spitze weiter vertieft. Massera hat diese günstige Gelegenheit nicht ungenutzt gelassen: In einem großangelegten Flottenmanöver veranstaltete er einen publikumsträchtigen Ausflug mit einem Flugzeugträger, 34 Schiffen und 4.000 Mann in den Südatlantik und konnte sich so innenpolitisch profilieren. Massera, der auch sonst wenig Gelegenheiten ausläßt, in Interviews auf die Überlastung des Juntachefs hinzuweisen (8), strebt eine Machtbeschränkung Videlas an, wobei ihm eine außen-

politisch bedingte Aufwertung der Marine gut ins Konzept paßt. In den letzten Wochen ist er sogar soweit gegangen, dem Heer und Videla die Schuld für die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien zuzuschieben. Dem pensionierten französischen Admiral Sanguinetti gegenüber soll er von „richtiggehenden faschistischen Banden im Heer „gesprochen haben (9). Vor einigen Wochen erschienen zwei Abgesandte von ihm in den Vereinigten Staaten, die ihn dort als eine demokratische Alternative zu Videla empfehlen sollten.

Insgesamt wird der außenpolitische Konflikt von verschiedenen Seiten für ihre innenpolitischen Ziele genutzt. Während einzelne Heeresgruppen wie die Marine auf eine Auswertung ihrer Position abzielen, kann das ausländische Feindbild von den Juntachefs dazu genutzt werden, die Streitigkeiten unter den Militärs einzudämmen. Von besonderer Bedeutung ist außerdem die gesamtgesellschaftliche Wirkung: Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage und der Unzufriedenheit der Bevölkerung, mit der einseitig das Auslandskapital favorisierenden Wirtschaftspolitik kann eine latente ausländische Gefahr zu einer Integration unter nationalen Vorzeichen und zur Festigung der Militärregime dienen.

So sind Grenzkonflikte im südlichen Teil des Kontinentes keine Seltenheit. Die sporadischen Streitigkeiten Chiles mit Peru sowie Argentiniens mit Brasilien tauchten in der Vergangenheit häufig dann auf, wenn ein Blitzableiter für innenpolitische Krisen gesucht wurde.
Ein deutlicher Hinweis auf die sozialintegrierende Wirkung einer solchen Krise findet sich in einem Kommentar der argentinischen Zeitung La Nacion vom 30.1.78: Die ganze Angelegenheit um den Beagle-Kanal, heißt es dort, sei geeignet, die eiserne Verbindung, die das argentinische Volk und die Streitkräfte eingegangen seien, weiter zu festigen.

N. W.

Anmerkungen:
1) Nach der argentinischen Ungültigkeitserklärung, die in der Nacion (Buenos Aires) vom 30.1.78 abgedruckt ist.
2) NZZ, 16.1.1978
3) FAZ, 7.2.1978
4) La Nacion, 20.2.1978
5) M. v. Conta in der SZ vom 10.2.1978, S.13
6) NZZ, 8./9.1.1978 und FAZ, 21.2.1978
7) Vgl. dazu Lateinamerika – Nachrichten, 2.2.1978
8) Le Monde, 14.12.1977 und SZ, 10.2.1978
9) Cambio 16, 19.2.1978, S. 40

NICARAGUA

STÜRZT SOMOZA?

10.2.78 (Die Zeit, NZZ)

Seit über vierzig Jahren herrscht in Nicaragua der Somoza-Clan. Er besitzt nahezu vier Fünftel des Grund und Bodens und kontrolliert (direkt oder indirekt) nahezu alle lukrativen Geschäfte des Landes. (vgl. „blätter ...", Nr. 51, S. 13 ff.). In den letzten Wochen zeichnete sich erstmals eine Möglichkeit des Sturzes des Diktators Somoza ab:

Anlaß war die Ermordung des führenden Oppositionellen Joaquin Chamorro am 10.1.78 (Es wird vermutet, daß Somoza indirekt für diesen Mord verantwortlich ist.) Aus Protest riefen die Oppositionskräfte am 23.1. einen vierzehntägigen Generalstreik aus, der die Befreiung des Landes vom Somoza-Clan zum Ziel hatte. Auch der Einsatz der Nationalgarde (er forderte rund 20 Menschenleben) konnte nicht verhindern, daß zeitweilig bei 80 bis 90 Prozent der privaten Wirtschaft den Streikaufruf befolgt wurde. Auch Teile des Staatsapparates (u.a. in der Zentralbank und einigen Ministerien) schlossen sich dem Streik an. Zur Unterstützung des Streiks führte die sandinistische Befreiungsorganisation an mehreren Orten des Landes bewaffnete Aktionen durch.

Die Streikwelle und ihre Folgen sind für die Somozas aus folgenden Gründen besonders gefährlich:
– Wegen dauernder Verletzung der Menschenrechte strichen die USA Ende Januar die Wirtschaftshilfe für Nicaragua. Die politische Geste, die diesen Schritt begründet, trifft das Somoza-Regime, das auf die Pflege des Ansehens im Ausland bedacht ist, aber jetzt praktisch isoliert wurde, hart. (Zum Vergleich: Noch Präsident Nixon hatte Nicaragua als den „treuesten Verbündeten Washingtons in Mittelamerika" gerühmt.)
– Da sich die wirtschaftliche Lage des Landes in den letzten Jahren deutlich gebessert hat, wächst die Bereitschaft von Wirtschaft und Hochfinanz, auf den diktatorischen Schutz durch die Somozas zu verzichten. Daher unterstützen neben Kirche, Gewerkschaften und Universitäten auch große Teile der privaten Wirtschaft die Forderungen des Streiks.
– Venezuela drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Gleichzeitig erreichten die venezolanischen Gewerkschaften einen totalen Erdöllieferboykott Nicaraguas. Die letzte Maßnahme trifft die Wirtschaft Nicaraguas schwer, da sie bisher alles Erdöl au Venezuela bezog.
– Die sandinistische Befreiungsbewegung (FSLN) ist erstarkt. Sie kann jetzt mit weit mehr Sympathien in der Bevölkerung rechnen als noch vor einigen Jahren. Gewisse gemäßigte Kräfte in FSLN werden sogar schon aus Wirtschaftskreisen unterstützt.

PERU

REPRESSIONSMASSNAHMEN GEGEN LANDBESETZER

Die peruanische Regierung ist derzeit dabei, die Agrarreform zurückzunehmen. Über 200 ehemals enteigente Ländereien wurden schon an die alten Besitzer zurückgegeben (vgl. „blätter ...", Nr. 67, S. 32). Um den Widerstand der Bauern gegen diese Maßnahmen zu brechen, setzt der Staat brutale Gewaltmittel ein. Das zeigt das Beispiel Huacataz:

Vor fünf Jahren, auf dem Höhepunkt der Agrarreform, besetzten die Bauern von Huacataz (im Norden Perus, bei Cajamarca) ein Stück Weideland der Hacienda Pajares. Das besetzte Land stellt noch nicht einmal den tausendsten Teil der Hacienda dar. Da bei der Durchführung des Agrargesetzes zunächst die großen Ländereien übereignet werden sollten, nahmen die Bauern an, die Hacienda Pajares sei enteignet, und sie fühlten sich im Recht. Der zuständige Gerichtshof hat die Landnahme jedoch nicht offiziell anerkannt. Jahre später, am 24.10.77 fuhr der Richter für Landbesitzangelegenheiten von Cajamarca nach Huacataz, um von den Bauern die Rückgabe des Landes zu fordern. Auf dem Weg traf er eine Gruppe von Bauern aus Huacataz; es kam zu einer Diskussion, in dessen Verlauf ein Bauer eine Scheibe im Auto des Richters einschlug. Der Richter kehrte unverrichteter Dinge zurück.

Zwei Monta danach, am 28.12., kamen um 6 Uhr morgens drei mit Revolvern bewaffnete Angehörige der Polizei zur Hütte des Ortsvorstehers von Huacataz. Sie zwangen ihn, sie zu den Hütten von drei Campesinos zu bringen, die man beschuldigte, in den Zwischenfall mit dem Richter verwickelt zu sein. Als die Polizei sich dem Hause eines der drei näherten, begannen zahlreiche Gemeindemitglieder, sich zu versammeln und baten die Polizisten zu erklären, warum sie gekommen seien. Diese antworteten, daß sie geschickt worden waren, um die 3 Campesinos zu verhaften und bestanden auf der Zahlung von 10.000 Soles (etwa 200 DM) zur Wiedergutmachung des dem Auto des Richters zugefügten Schadens. Die versammelten Bauern erwiderten, daß die 3 Beschuldigten nicht die Verantwortlichen für den Vorfall gewesen seien und daß die gesamte Gemeinde die Verantwortung dafür übernehme. Gleichzeitig versuchten die Bauern, die drei Beschuldigten zu verstecken um ihnen so ein Entkommen zu ermöglichen. Als die Polizisten das merkten, eröffneten sie sofort das Feuer und verletzten zwei Personen sehr schwer.
Die Bauern reagierten, indem sie den Polizisten die Waffen entwanden, zwei von ihnen wurden aus der Gemeinde vertrieben und den dritten als Geisel behalten. Um zwei Uhr nachmittags kamen 35 Mitglieder einer Sondereinheit in einem Behörden-Lastwagen an. Sie fuhren direkt zum Ort der Auseinandersetzung, wo die Bauern noch versammelt waren. Die Polizisten schossen aus einer Entfernung von 100 Metern ohne vorherige Ankündigung auf die waffenlosen Bauern. Die Bauern schlugen den Polizisten, den sie als Geisel genommen hatten, damit seine Kameraden zu schießen aufhörten. Trotzdem wurden drei Männer und eine Frau getötet. Durch die Schüsse wurden 16 Personen verletzt. Das Überfallkommando kehrte unmittelbar darauf in die Stadt zurück, ohne sich noch im geringsten um Verwundete und Tote zu kümmern.

In den folgenden Tagen wurden die Toten beerdigt und die Verwundeten in ein Pfarrhaus bei Cajamarca gebracht. Der Pfarrer sprach beim General vor, um Garantien für die Verletzten zu erhalten (andere Dorfbewohner waren inzwischen verhaftet worden) und eine medizinische Versorgung der Verletzten im Pfarrhaus zu erbitten. (Die verletzten Bauern befürchteten, sie würden verhaftet, wenn sie ins Krankenhaus gingen). Der General versprach zunächst, alle diese Bitten zu erfüllen. Trotzdem wies er später den Krankenhausdirektor an, die Verletzten nur zu behandeln, wenn sie ins Krankenhaus kämen. Die Kranken weigerten sich zunächst, mußten dann aber doch zustimmen, da sich ihr Gesundheitszustand verschlimmerte. Im Krankenhaus wurden sie wie Gefangene behandelt.
In allen Kirchen Cajamarca wurde am folgenden Sonntag eine Erklärung verlesen, die die Willkürmaßnahmen der Staatsorgane scharf verurteilte.

STREIKS GEGEN VERSCHLECHTERUNG DER SOZIALEN LAGE

Die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung im Juli/August 1977 führten zu einer horrenden Inflation und zu umfangreichen Entlassungen (zum großen Teil von Gewerkschaftern); insgesamt bedeutet dies eine erhebliche Verschlechterung der sozialen Lage der breiten Massen. (Einzelheiten siehe Chronik Nr. 63 und 64). In den letzten Mo-

naten gab es daher zahlreiche Streiks und Proteste. So führten z.B. die ca. 150 Arbeiter des Bauunternehmens Villasol in Lima im Dezember einen mehrtägigen Streik durch, um damit ihrer Forderung nach der ausstehenden, gesetzlich schon angeordneten (Inflation!) Lohnerhöhung Nachdruck zu verleihen. Bei einem friedlichen Marsch zum Sitz der Unternehmensleitung überfiel die Polizei den Zug der Arbeiter.
Ende Januar begannen Arbeiter, die durch die Massenentlassungen im August 1977 ihren Arbeitsplatz verloren hatten, einen Hungerstreik, um gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu protestieren.
Die Erklärung der ersten Gruppe von Streikenden lautete: „Wir entlassenen Gewerkschaftsführer initiieren diesen Hungerstreik, um zu erreichen, daß die Regierung die Forderungen unserer Gewerkschaften erfüllt: Wiedereinstellung in unsere Arbeit, Freilassung der anläßlich des Generalstreiks verhafteten Arbeiter, Beendigung der gerichtlichen Verfolgung und Rückkehr der ins Ausland deportierten Peruaner ..."
Diese Streiks begannen in Lima. Die (Hunger)-streikenden zogen sich in verschiedene Pfarreien zurück, um so vor Polizeiaktionen besser geschützt zu sein. Diesen politisch motivierten Hungerstreiks schließen sich immer mehr Entlassene in verschiedenen Regionen des Landes an. Die Kirche, sowie andere demokratische Organisationen, unterstützen die Streikenden.
Es gelingt der Regierung nicht, den Hungerstreik durch Totschweigen auslaufen zu lassen; vielmehr breitet sich der Streik aus: Anfang Februar befinden sich allein in Lima mindestens 76 entlassene Arbeiter im Hungerstreik. Darum werden am 7.2. um 4 Uhr früh die in der Kirche Santo Domingo hungernden Arbeiter von einem starken Polizeiaufgebot gewaltsam herausgeholt und in ein Militärhospital gebracht.

wawi

Arabische Länder

ÄGYPTEN

1. Chronologie der Ereignisse:

Ende November letzten Jahres brachte der ägyptische Präsident mit einer von der Weltöffentlichkeit als spektakulär bezeichneten Initiative im Nahen Osten die festgefahrene politische Situation wieder in Bewegung. Es begann damit, daß Sadat am 9. November vor dem ägyptischen Parlament erklärte, daß er bereit sei, bis nach Israel zu gehen, um eine Lösung des Nahostproblems zu finden. Israels Premierminister Begin nutzte die Situation und sprach eine Einladung an Sadat aus, nach Israel zu kommen, der Sadat am 19. November folgte. Er war somit der erste arabische Politiker, der seit der Staatsgründung 1948 israelischen Boden betrat (Guardian, 30.11.1977).

Als seine politischen Bedingungen für eine Friedensregelung nannte Sadat den Rückzug der Israelis aus den besetzten Gebieten und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in Bezug auf einen eigenen Staat. Dies ist eigentlich nichts Neues, aber die Umstände, unter denen Sadat seine Bedingungen für eine Friedenslösung darlegte (Besuch in Israel = faktische Anerkennung ohne Gegenleistung) – so erwähnte er z.B. die PLO als rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes mit keinem Wort – verleihen den Auseinandersetzungen im Nahen Osten eine neue Qualität. Das offizielle Ergebnis von Sadats Besuch in Israel bestand dann in der Errichtung zweier Kommissionen, einer politischen und einer militärischen, die mit den weiterführenden Verhandlungen betraut wurden. Während der „Friedensverhandlungen" beschloß die israelische Regierung, acht neue Siedlungen auf dem Sinai, der besetztes arabisches Gebiet darstellt, zu genehmigen (FR 10.1.1978/ NZZ, 11.1.1978). Diese offensichtliche Fortführung der zionistischen Expansionspolitik veranlaßte Sadat, die Verhandlungen abzubrechen, um nicht vollständig das Gesicht zu verlieren (Guardian, 1.2.78)

2. Ergebnisse und Konsequenzen der Sadat-Initiative:

Viele Details von Sadats Initiative lassen eine Kapitulation vor den offiziellen Organen des israelischen Staates erkennen, die auf Kosten der in Israel lebenden und der vertriebenen Palästinenser geht. So ließ Sadat z.B. durchblicken, daß „nicht die PLO, sondern die Palästinenser" den künftigen Palästinenserstaat bilden sollten und daß möglicherweise „eine Verbindung zwischen dem palästinensischen Staat und Jordanien hergestellt würde." (NZZ, 6.1.1978)

Aber selbst diese Minimalforderungen betrachtete Begin noch als Verhandlungsgegenstände, indem er seinerseits den Palästinensern in Cisjordanien und im Gaza-Streifen eine relative Autonomie (?) unter israelischer Militärherrschaft anbot. Dies und die zionistische Siedlungspolitik zu diesem Zeitpunkt zeigen eindeutig, daß es den Israelis gar nicht auf eine friedliche Regelung im Nahen Osten ankommt, sondern auf eine vertragliche Absegnung ihrer expansionistischen „Mehrland-Politik" für ein Groß-Israel mittels eines Separat-Abkommens mit Ägypten. Ihre militärische Stärke und die Tatsache, daß Sadat mit seiner Initiative in den arabischen Staaten isoliert hat, wird sie zukünftig eher in ihrer Haltung bestärken als nur einen Millimeter davon abrücken lassen (vgl. Spiegel, 28.2.1978).
Die Israelis wissensehr genau, daß Sadat den Erfolg und westliche (US-amerikanische, westdeutsche etc.) Unterstützung zur Lösung seiner enormen innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten braucht. Ägyptens Militärausgaben machen ca. 1/3 des Bruttosozialproduktes aus, was unter anderem bis heute zu einer Verschuldung des Landes von ca. 12,2 Milliarden Dollar geführt hat (NZZ 12.12.77). Sadat kann nach dem Bruch mit der Sowjetunion nur noch auf westliche Unterstützung hoffen und dies läßt ihm überhaupt keinen Verhandlungsspielraum mehr, so daß längerfristig die Lösung seiner Schwierigkeiten auf dem Rücken der Palästinenser ausgetragen werden dürfe. Der einzige Trumpf, den Sadat jetzt noch in der Hand hält, ist, eventuell das Bild von den „feindseligen" arabischen Staaten und dem „friedlichen" Israel in westlichen Staaten ins Wanken gebracht zu haben, indem er auf arabische Zugeständnisse und auf die aggressive israelische Haltung verweisen kann.

Einen schweren Schlag bedeutet die Aktion Sadats für die arabische Solidarität. Anfang Dezember trafen sich Vertreter Libyens, der PLO, Syriens, Algeriens, des Südjemen und des Irak aus Protest gegendie ägyptische Kapitulation und bildeten eine „Ablehnungsfront". Obwohl der syrische Staatschef Assad und „gemäßigte" PLO-Führer wie Arafat der Position Sadats relativ nahestehen (Arafat soll laut „Arbeiterkampf" von Sadats Plan schon vorher gewußt haben und distanzierte sich erst sehr spät davon), war die gemeinsame Plattform der Konferenz von der Ablehnung der Initiative Sadats geprägt. Im einzelnen bestand die Ablehnung aus folgenden Punkten:

– Ablehnung von Verhandlungen mit Israel
– Ablehnung der UNO-Resolution 242, die die Existenz Israels anerkennt
– Verurteilung der reaktionären arabischen Regimes (Ägypten, Saudi-Arabien) als arabische Lakaien von Imperialismus und Zionismus (AK, 12.12.77)

Das Ergebnis von Sadats Initiative könnte längerfristig, vorausgesetzt, er hat „Erfolg" mit seiner Aktion, eine Spaltung der arabischen Staaten in zwei Lager sein, in denen sich auf der einen Seite die „gemäßigten" mit Syrien und Jordanien, auf der anderen Seite die „Ablehnungsfront" mit Libyen, Irak und den radikaleren Palästinensern befinden könnten; eine Aufsplitterung, die eigentlich nur einem nutzen kann: den Israelis auf Kosten der betroffenen Palästinenser.

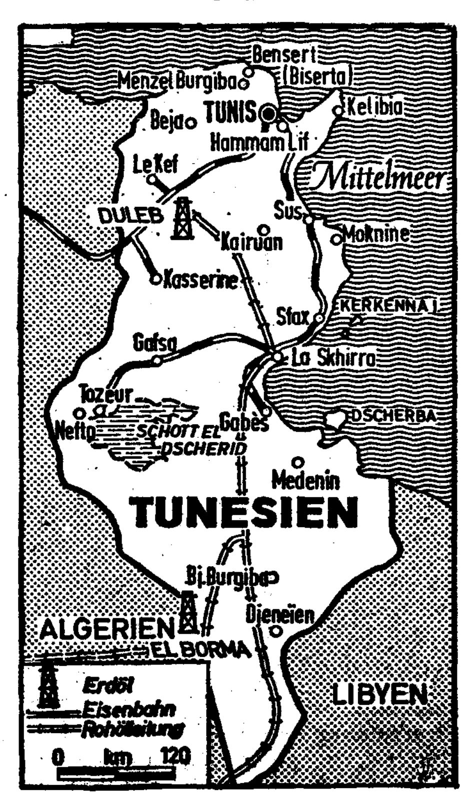
Die Initiative Sadats hat die Palästinenser von ihrem Ziel, einen eigenen unabhängigen palästinensischen Staat zu errichten, noch weiter entfernt, als sie es jetzt schon sind.
Das zionistische Israel ist ohne Gegenleistung aufgewertet, der arabischen Einheit ist geschadet worden. Man fragt sich, worin eigentlich ein Erfolg eines solchen politischen Alleingangs liegen kann, bei dem über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird. Es wurde der Welt einmal mehr gezeigt, daß der Zionismus auf Expansion aus ist und sich darin nicht beirren läßt.

Jürgen Uhry

TUNESIEN

GEWERKSCHAFT CONTRA REGIERUNG

Als am 26. Januar dieses Jahres das Militär einen von der Gewerkschaft UGTT organisierten Generalstreik zerschlug und fast die gesamte Führungsspitze der Gewerkschaft verhaftet wurde, war der Höhepunkt der Krise zwischen der Regierung unter Staatschef Habib Bourgiba und Premierminister Hedi Nouira einerseits und der Einheitsgewerkschaft, als Vertretung einer breiten Basis von Arbeitern, Arbeitslosen und Jugendlichen andrerseits erreicht.



Zur Vorgeschichte:
Am 19. August 1977 endete der Prozess gegen 33 Oppositionelle, die wegen „Diffamierung des Staatschefs" zu Haftstrafen von sechs Monaten bis zu acht Jahren verurteilt wurden. Es handelte sich um einige Intellektuelle um den früheren Wirtschafts- und Erziehungsminister Ahmed Ben Salah, der bereits Ende der sechziger Jahre versucht hatte, der von Staatspräsident Bourgiba gegründeten Einheitspartei „Parti Socialiste Destourien" (PSD) einen mehr sozialistischen Kurs zu geben. Ben Salah war schon damals gescheitert und hatte nun einen neuen Versucht gewagt, eine Oppositionspartei aufzubauen. (NZZ 22.8.1977)
Im November letzten Jahres kam es aus Protest gegen die öffentlichen Morddrohungen gegen den Generalsekretär der UGTT, Habib Achour, überall im Land zu kurzzeitigen Warnstreiks. (LM 11.11.1977)

Die Gewerkschaft („Union Generale Tunesienne de Travail") stellt neben der Einheitspartei die einzige politische Organisation dar, die über genügend Macht verfügt, um gegen den „Obersten Kämpfer" Habib Bourgiba und seinen potentiellen Nachfolger Premierminister Nouira anzutreten. Der kranke, 75-jährige Staatschef, einst Protagonist des Widerstands gegen Frankreich, entfernt sich mehr und mehr von der Wirklichkeit seines Landes.
Anfang Dezember traten mehr als 12 000 Bergarbeiter der Phosphatminen von Gafsa in den Ausstand. Sie forderten finanzielle Vergünstigungen, um mit der steigenden Inflation fertig zu werden. (LM 9.12.1977)



Panzer in den Strassen von Tunis

Kaum drei Wochen später wurde der Innenminister Tahar Belkhodja entlassen. Belkhodja vertrat einen neoliberalenKurs und war bemüht, möglichst breite Bevölkerungsschichten für sich zu gewinnen. (LM 26.12.1977)
Aus Solidarität mit dem abgesetzten Innenminister und aus Protest gegen das harte Vorgehen von Premierminister Nouira gegen die streikenden Bergarbeiter traten am 24. Dezember Außenminister Habib Chatti und Wirtschaftsminister Abdelaziz Lasram zurück. Zwei Tage später legten drei weitere Kabinettsmitglieder ihre Ämter nieder. (FR 27.12.1977). Doch Bourgiba stützte seinen Premier und ernannte neue Minister. Neuer Innenminister wurde Dhaoui Hannablia und Nachfolger im Amt des Außenministeriums wurde Mohamed Fitouri (FR 28.12.1977).

Solche Nachrichten trüben das Bild vom politisch und ökonomisch stabilen Tunesien. Angelockt von niedrigen Löhnen und der staatlichen Garantie, daß die Gewerkschaften keine ernstzunehmenden Aktivitäten entwickeln, war Tunesien bisher bevorzugtes Land der bundesdeutschen Auslandsinvestitionsförderung (vor allem Textilunternehmen)
Was die innenpolitische Situation betrifft, so erklärte der Präsident der Genfer Sektion der Schweizerischen Liga für Menschenrechte, Laurent Moutinot, schon im September letzten Jahres, daß die Folter in Tunesien die übliche Verhörmethode sei und sowohl für politische als auch andere Gefangene angewandt würde. (NZZ 5.9.1977)

Gleich Anfang dieses Jahres ging die Einheitsgewerkschaft auf Konfrontationskurs mit der Regierung. Im Gegensatz zur Haltung des Präsidenten sprachen sich die Gewerkschaftler gegen die Friedensinitiative des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar-el-Sadat aus. (FR 7.1.1978) Am 8. Januar trat Generalsekretär Habib Achour von allen seinen Ämtern in der Einheitspartei PSD zurück. (LM 10.1.1978)

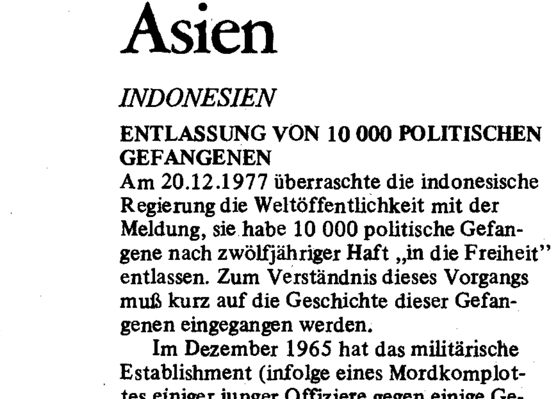
Die Verhaftung des stellvertretenden Genralsekretärs der UGTT am 24. Januar war dann auslösender Faktor für den folgenden Generalstreik. Der 26. Januar, der „Schwarze Donnerstag", zeigte, daß Bourgiba die Führung entglitten ist.
Nicht kleine radikale Oppositionsgruppen, sondern die Führer der offiziellen Gewerkschaft, die Arbeiter und Jugendlichen haben den Kampf gegen Staatspräsident Bourgiba aufgenommen.

Zum Verlauf des Streiks:
Als sich am Morgen Tausende von Streikenden, Arbeitslosen und Jugendlichen vor der Gewerkschaftszentrale versammeln wollten, fanden sie das Gebäude von der Polizei abgeriegelt. Mit Tränengas versuchte diese, die Versammelten auseinanderzutreiben. Damit begann die Eskalation: Demonstranten warfen mit Steinen zurück. Die Polizei schlug brutal zu, einige Jugendliche wurden auf offener Straße kahlgeschoren. Bald fielen die ersten Schüsse auf die Polizisten. Nun trat das Militär in Aktion. Ohne Vorwarnung schossen die Soldaten in Bauch- und Kopfhöhe auf Passanten und in die aufgebrachte Menge. Nach Angaben der Ärztekammer starben allein in der Hauptstadt über 130 Personen, die Zahl der Verletzten schätzt man auf 300 und etwa 1500 Personen wurden verhaftet (Basler Zeitung, 11.2.1978).

Als Reaktion auf die Unruhen ging die Regierung scharf gegen die Gewerkschaft vor. Generalsekretär Habib Achur und sechs der zwölf Mitglieder des Exekutivkomitees der Gewerkschaftszentrale wurden verhaftet. Gegen vier Abgeordnete, ebenfalls Mitglieder des Exekutivkomitees, wurden Maßnahmen eingeleitet, um ihre Immunität aufzuheben (NZZ 31.1.1978). Am 30. Januar kündigte Premierminister Nouira eine „Neuordnung" des Gewerkschaftsbundes an. Nouira versicherte, die Regierung habe nichts gegen die Gewerkschaft als solche, sondern lediglich gegen die derzeitige Gewerkschaftsführung (NZZ 2.2.1978). Inzwischen sind alle bisherigen Führer gegen regierungsfreundliche Politiker ausgetauscht worden (FR 6.2.1978).

Währenddessen geht das Gerangel um die Nachfolge Bourgibas weiter. Neben Premierminister Nouira sind Verteidigungsminister Farhat und Parteichef Sayah im Gespräch. Politische Veränderungen aus dieser Richtung sind allerdings erst nach dem Tode Burgibas zu erwarten. Keiner Gruppe ist es bislang gelungen, den offiziellen Kurs zu durchbrechen und sich der Regierung zu widersetzen. Bei längerem Verdrängen von politischen und sozialen Reformen durch die Politiker muß damit gerechnet werden, daß infolge der dann unweigerlichen Sozialkonflikte die Armee die Macht übernimmt.
Nach ihrem Einsatz gegen die Streikenden am 26. Januar hat sich die Armee wieder in die Kasernen zurückgezogen. Vielleicht werden sie jedoch schon das nächste Mal versuchen, ihre ganze Macht durchzusetzen.

psc



Asien

INDONESIEN

ENTLASSUNG VON 10 000 POLITISCHEN GEFANGENEN

Am 20.12.1977 überraschte die indonesische Regierung die Weltöffentlichkeit mit der Meldung, sie habe 10 000 politische Gefangene nach zwölfjähriger Haft „in die Freiheit" entlassen. Zum Verständnis dieses Vorgangs muß kurz auf die Geschichte dieser Gefangenen eingegangen werden.

Im Dezember 1965 hat das militärische Establishment (infolge eines Mordkomplottes einiger junger Offiziere gegen einige Generale) die Kommunistische Partei Indonesiens, der von militärischer Seite Putschabsichten unterstellt wurden, völlig zerschlagen.
Die KP Indonesiens – damals die größte kommunistische Partei der Welt außerhalb des Ostblocks – war der wichtigste innenpolitische Verbündete des damaligen indonesischen Präsidenten Sukarno. Fest steht, daß die Entmachtung Sukarnos Ende 1965 von einem der blutrünstigsten Progrome begleitet war, das die Welt im letzten Vierteljahrhundert erlebt hat. Mindestens 150 000, vielleicht sogar eine halbe Million Menschen wurden damals innerhalb weniger Wochen umgebracht, weil sie Kommunisten waren oder als Sympathisanten der Kommunisten galten. Die Militärs konnten damals auf die Mitwirkung eines Teils der Bevölkerung, vornehmlich fanatisierter Moslems, zählen.
Darüber hinaus wurden noch einige hunderttausend „Verdächtige" in Arbeitslager auf entlegene Inseln interniert. Wie viele dort umkamen, ist nicht genau bekannt. Nachdem Ende der 60er Jahre angeblich mehr als 500 000 Gefangene entlassen wurden, sollen nach Angaben der indonesischen Regierung

zur Zeit „nur" noch 29 000 (SZ; nach Angaben der FR 31 461) politische Gefangene inhaftiert sein. Von Missionaren wird die Zahl der heute noch Gefangenen auf 100 000 geschätzt, von amnesty international, das im Oktober einen Report zur Lage der politischen Gefangenen in Indonesien veröffentlichte, auf ca. 55 000 Gefangene. Kurz vor Weihnachten hat Präsident Suharto beschlossen, 10 000 dieser Menschen „mit gewissen Auflagen freizusetzen". Nach zwölf Jahren im Lager (einem „tropischen Sibirien") mußten die Häftlinge in einer feierlichen Zeremonie einen Eid auf den Staat ablegen. Darin mußten sie sich zu Loyalität gegenüber ihrem Land verpflichten, ihren Einsatz für Indonesiens Entwicklung versprechen und auf alle juristischen Schritte gegen die Regierung, die sie zwölf Jahre ohne Prozeß in Haft gehalten hatte, verzichten.

Die Motive, von denen sich Präsident Suharto leiten läßt, sind einigermaßen durchschaubar: Er will im April nach zwei Amtsperioden zum dritten Mal Präsident werden – woran niemand zweifeln kann, weil er der einzige Kandidat aller zugelassenen Parteien ist –, aber er will seine Wiederwahl ohne Mißtöne hinter sich bringen, ohne daß Studenten demonstrieren oder eine andersgeartete Opposition sich regt.

Ein weit handfesterer Beweggrund für die demonstrative Freilassung von politischen Gefangenen dürfte jedoch darin zu sehen sein, daß Suharto die Sympathie des Westens dringlicher braucht denn je. Die Investitionen ausländischer Firmen haben sich seit 1975 empfindlich verringert, so daß das Land wieder zunehmend auf die „Spendierlaune" der Industrieländer angewiesen ist. Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Carter ist die Frage der Menschenrechte für westliche Regierungen zu einem Kriterium bei der Beurteilung von Entwicklungsländern geworden. Dies mußte auch Suharto Ende April 1977 feststellen, als er von Außenminister Genscher unverblümt auf die politischen Gefangenen angesprochen wurde. Die jetzt erfolgte „Freilassung" könnte demnach als Reaktion auf die Menschenrechtskampagne der westlichen Staaten verstanden werden.

Jedoch ist, wie amnesty international darlegte, die aus optischen Gründen erfolgende Freilassung kaum mehr als ein Buchhaltertrick: Die Gefangenen würden zwar auf dem Papier befreit – aber nur um einen Tag später erneut ihrer Freiheit beraubt und auf abgelegene Inseln in „Umsiedlungslager" abgeschoben zu werden. Dieser Plan wird von „Kopkamtip" – dem indonesischen „Kommando zur Wiederherstellung der nationalen Sicherheit" – gar nicht einmal bestritten. Das erste Lager „Camp in Freiheit" –soll im Norden von Sumatra entstehen. Den Zwangssiedlern werde seitens der Regierung jede Unterstützung zuteil werden, um ein neues Leben zu beginnen. Eine Rückgliederung in ihre alte Gemeinschaft ist nach Darlegung des Chefs von „Kopkamtip", Admiral Sudomo, nicht möglich, da die Familien und die früheren dörflichen Gemeinschaften jeglichen Kontakt mit den ehemaligen Kommunisten ablehnten. Gefangene der Kategorie B („überführte Kommunisten"), zu deren Aburteilung nicht genügend Beweise vorlägen, sollen jedoch eine Chance bekommen. Fünf Kriterien sollen darüber entscheiden, ob die Freiheit eine absolute werde. Die Regierung müsse überzeugt sein, daß die zwölfjährige „Umerziehung" eine politische Bewußtseinsänderung herbeigeführt habe, daß die Gefangenen dem „neuen Denken" in den Gefangenenlagern uneingeschränkt gefolgt seien, daß ihre Familie sie zurücknehmen werde, daß die Nachbarschaft der Reintegration zustimme und daß ein Arbeitsplatz vorhanden sei (in Indonesien sind zur Zeit ca. 40 % der Bevölkerung arbeitslos). Dieser Katalog von Forderungen dürfte nur von einem Bruchteil der Gefangenen erfüllt werden können, die überwiegende Mehrheit wird den Rest ihres Lebens nach dem derzeitigen Stand der Verhältnisse in einem „Camp der Freiheit" verbringen müssen. Auf die 1925 Gefangenen der Kategorie A („Unmittelbar am Putsch beteiligt") wartet noch der Richter – und damit möglicherweise der Henker. (FR 21/22.12.1977, SZ 30.12.1977)

WACHSENDE UNRUHE VOR DER PRÄSIDENTENWAHL IN INDONESIEN

In Indonesien steht für März 1978 die Wahl des Staatsoberhaupts für die Nationalversammlung an. Einziger Kandidat ist der bereits seit 1966 amtierende Präsident Suharto. Mit näherrückendem Wahltermin kommt es von Seiten außerparlamentarischer Oppositionskreise (hauptsächlich militante Moslems und Teile der Studentenschaft) zu ständig zunehmenden Unmutsäußerungen gegen die Regierung Suharto – und von Seiten der Regierung zu immer schärferen Repressionsmaßnahmen gegen eben diese Kreise.

Zu einem ersten Höhepunkt kam es am 12.12.1977, dem ersten Tag des islamischen Jahres.

Auf dem Gelände der Universität Indonesia formierten sich Delegationen von Studenten um Omnibusse zur Teilnahme an der Neujahrsfeier auf einem Sportgelände zu besteigen. Sie wurden daran durch Polizei und Militär gehindert, die Spruchbänder mit „aufhetzenden Parolen" beanstandeten. Jedoch kam es weder auf dem Sportgelände noch dem Universitäts-Campus zu ernsten Zwischenfällen.

Der Protest der Studenten war zunächst noch recht vage und allgemein gehalten gewesen. Er richtete sich ebenso gegen den „Verrat" der Ideale, die bei der Proklamation der indonesischen Unabhängigkeit im Jahre 1945 verkündet worden waren wie gegen die Erhöhung der Omnibustarife in Jakarta. Die Kritik konzentriert sich aber zunehmend auf die wirtschaftliche Lage, die für die Masse der Bevölkerung wenig Positives beinhaltet, die Unfähigkeit und Korruptheit der Regierung Suharto, sowie auch gegen das militärische Eingreifen in Ost-Timor. So tauchten z.B. auf den Protestmärschen Plakate mit folgendem Text auf: „Die wirtschaftliche Lage in Indonesien wird stabiler. Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer." In Bezug auf die relative Einkommensentwicklung trifft diese Feststellung offensichtlich den Nagel auf den Kopf – und ist deswegen für die Regierung besonders gefährlich.

Einen Tag nach dem islamischen Neujahrsfest traten die führenden Militärs des Landes unter dem Vorsitz des Verteidigungsministers und Oberbefehlshabers der Streitkräfte, General Panggabeans, zu zweitägigen Beratungen zusammen. Die vermutlich im Zeichen wachsender Unruhe unter den Studenten bereits vorbereitete Konferenz endete mit einer Erklärung „gegen verfassungsfeindliche Umtriebe", die von einer „kleinen Gruppe in der Gesellschaft" und von „gewissen Gruppen" ausgingen. Es wurden keine Namen genannt, aber ganz offensichtlich sind studentische Kreise gemeint. Weiter heißt es in der Erklärung: „Die Streitkräfte als ein Instrument der Regierung werden entschlossene Aktionen in Übereinstimmung mit ihren Vollmachten gegen jedermann ausüben, der in Unternehmen verwickelt ist, welche die Autorität der nationalen Führung untergraben oder die bevorstehende Sitzung des Volkskongresses stören oder verhindern."

Dieser Beschluß wurde ab Mitte Januar in die Tat umgesetzt. Militär in Schützenpanzerwagen besetzten die Gelände von zwei Universitäten in Jakarta. In der Innenstadt von Jakarta patroullieren seitdem gepanzerte Fahrzeuge, Regierungsgebäude und Fußballstadien werden verstärkt bewacht. An der Universität wurden etwa hundert Studenten festgenommen, darunter viele Studentenführer. Unter dem Vorwurf, übertriebene Berichte über die Studentenunruhen veröffentlicht zu haben, wurde kurzerhand sieben einflußreichen Zeitungen in Jakarta das Erscheinen bis auf weiteres untersagt. Auch ausländische Presseagenturen wurden gewarnt, keine „verfälschten Berichte" über die Lage in Indonesien zu veröffentlichen.

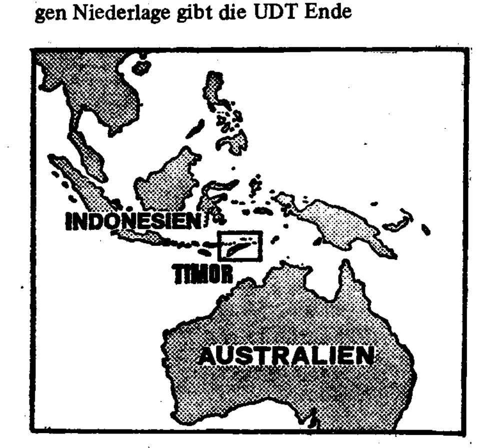
Anfang Februar wurde von der indonesischen Regierung die Meldung verbreitet, auf dem Lände zweier Universitäten in Bandung auf Java seien bei einer Durchsuchung durch indonesische Truppen zahlreiche leichte Maschinengewehre, Munition, sechs Handgranaten und ein Zeitzünder sichergestellt worden. Einige Studenten wurden festgenommen, an den Hochschulen zogen bewaffnete Wachposten auf.

(NZZ 26.11.77/31.12.77/24.1.77, SZ 23.1. 78/4. u. 5.2.78, FR 24.1.78, Guardian (N.Q.) 1.2.78) bef

OST-TIMOR

(Zur Vorgeschichte bis Ende 1976: vgl. „Nachrichten und Kurzberichte in „blätter des iz3w", Nr. 49 und 50).

Im Verlauf der Entkolonialisierung der bis dahin portugiesischen Kolonie Ost-Timor kam es im Sommer des Jahres 1975 zu einem Bürgerkrieg zwischen den um die Machtübernahme rivalisierenden Parteien UDT (pro-indonesisch) und FRETILIN (unabhängig-nationalistisch, linksgerichtet). Angesichts der bevorstehenden völligen Niederlage gibt die UDT Ende



September ihre Unabhängigkeitspolitik offiziell auf und setzt sich für einen Anschluß Ost-Timors an Indonesien ein. Am 20.9.1975 greifen indonesische Soldaten erstmals zur Unterstützung der UDT in die Kämpfe gegen die FRETILIN ein. Eine Woche nach der einseitigen Erklärung der Unabhängigkeit von Ost-Timor durch die FRETILIN (28.11.75) intervenier-

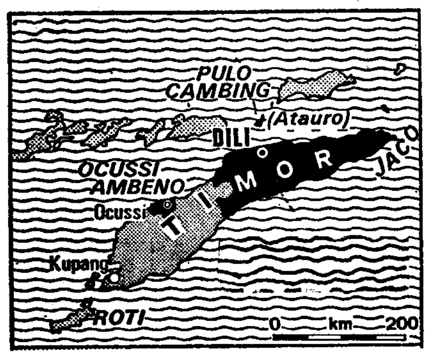
ten indonesische Marineinfanteristen in Ost-Timor und besetzten die Hauptstadt Dili. Portugal bricht daraufhin die diplomatischen Beziehungen zu Indonesien ab und ruft den Weltsicherheitsrat an. Dieser ruft alle Staaten auf, „die territoriale Integrität Ost-Timors sowie das unveräußerliche Recht seiner Bevölkerung auf Selbstbestimmung zu respektieren"; Indonesien wird aufgefordert, unverzüglich alle Truppen aus Ost-Timor abzuziehen.

EINIGE DATEN ZU OST-TIMOR

Bevölkerung
ca. 670 000 Einwohner, größtenteils osttimoresischen Ursprungs (ferner Chinesen, Europäer und Mischlinge). Ca. 90 % der Bevölkerung sind Analphabeten, die meisten Ost-Timoresen sind Animisten. 90 % der Bevölkerung lebten auf dem Land.
Ausdehnung: 18 899 qkm
Geographie:
An der Nordküste ein steil ansteigender Gebirgszug; ein Gebirgszug im Zentrum des Landes bildet eine natürliche Wasserscheide; die Küstenebene im Süden wird von versumpften Flußläufen durchzogen.
Vermutete Bodenschätze:
Kupfer, Gold, Mangan, Erdöl.
Wirtschaft:
Ost-Timor gilt als extrem unterentwickelt. Das wichtigste Anbau- und Exportprodukt ist Kaffee. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen beläuft sich auf ca. 40 US-Dollar.
(Quelle: Dekolonialisierungsbericht der UNO vom August 1976)

HINTERGRÜNDE DER INDONESISCHEN INVASION

In einer Dokumentation des „Komitee's für die Unabhängigkeit Ost-Timors" von Juni 1976 werden die Hintergründe der indonesischen Invasion in Ost-Timor wie folgt analysiert:
„Die Militärjunta um Suharto ist der verläßlichste Partner der USA in Südostasien nach dem – aus amerikanischer Sicht – Verlust der Staaten Indochinas. Dem indonesischen Archipel, gelegen als Brücke zwischen Festlandasien und Australien, durch den die Seeverbindungswege zwischen Indischem und Pazifischem Ozean verlaufen, und zwischen Japan und den arabischen Öländern, kommt eine außerordentliche Bedeutung zu innerhalb der 'pacific rim'-Strategie der USA. Sie besagt, auf eine Kurzformel gebracht, daß zur Sicherung der Interessen der USA – und damit der gesamten kapitalistischen Welt – es unbedingt erforderlich ist, die Linie Indonesien – Philippinen – Japan zu halten. Zu den geopolitischen Gesichtspunkten kommen wirtschaftliche hinzu. Das gesamte in Frage stehende Gebiet ist reich an Rohstoffen und menschlicher Arbeitskraft und ist ein (potentieller) Absatzmarkt ...
Nach dem Selbstverständnis der USA ist es unmöglich, daß sich in dieser Region ein Staat etabliert, der nach außen unabhängig eine Gesellschaft ohne wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung aufbauen will. Genau dies ist die Absicht der FRETILIN in Ost-Timor.
In einem Flugblatt des Arbeitskreises Indonesien Berlin heißt es unter anderem:
„Die Interessen des Suharto-Regimes an Ost-Timor sind vielseitig: Ein unabhängiges und sozialistisches Ost-Timor könnte die wacklige Herrschaft des Diktators Suharto gefährden, da es Befreiungsbewegungen und Volksaufstände auf den anderen Inseln (des indonesischen Archipels) begünstigen könne ... Ost-Timor hat viele Bodenschätze (Eisen, Mangan und Chrom) und die Erdölbohrungen an der Südküste sind fündig geworden ... 100 Meilen von Ost-Timor hat Woodside-Burmah (Australien) schon Erdgas-Förderanlagen mit einer Kapazität von 11 Millionen cubic feet pro Tag errichtet. . . "



MILITÄRISCHE ENTWICKLUNG SEIT ANFANG 1976

Seit Anfang 1976 wird von schweren Kämpfen zwischen der FRETILIN und den indonesischen Truppen berichtet. Nach eigenen Angaben kontrollierte die FRETILIN 1976 ca. 75 - 85 % des Territoriums von Ost-Timor. Die Verluste der indonesischen Truppen wurden von der FRETILIN Ende 1976 auf ca. 14 000 Mann beziffert. Ein australischer Diplomat schätzte im Februar 1977, daß seit der Annektierung Ost-Timors durch Indonesien ca. 100 000 Ost-Timoresen ums Leben gekommen sind (bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 670 000 Menschen)
Im Herbst 1977 verkündete die indonesische Regierung eine Amnestie für alle diejenigen FRETILIN-Anhänger, die sich bis Ende 1977 ergeben würden; für Anfang 1978 – die Zeit unmittelbar nach Ablauf der Amnestie – kündigte die indonesische Armee eine große Offensive gegen die „restlichen FRETILIN-Guerillas" an.

Der Vertreter Ost-Timors bei den Vereinten Nationen, Ramos-Horta, wies darauf hin, daß sich die indonesische Propaganda im Verlauf der Amnestie-Kampagne in offensichtliche Widersprüche verwickelte: Während die indonesische Regierung bis dahin immer nur von „einigen hundert FRETILIN-Guerillas, die isoliert in den Bergen kämpfen" gesprochen hatte, gab sie andrerseits an, 40 000 Fretilin-Anhänger hätten das Amnestie-Angebot angenommenund sich ergeben.
Auch die Behauptung der indonesischen Regierung, in Ost-Timor gäbe es keinen nennenswerten Widerstand gegen die indonesische Herrschaft, entlarvte Ramos-Horta als Lüge:
Trotz des schon zwei Jahre währenden Einsatzes von 45 000 modern ausgerüsteten Soldaten, die bisweilen sogar mit chemischen Waffen gegen die Zivilbevölkerung vorgehen, kontrolliert die indonesische Armee auch Anfang 1978 nur die osttimoresische Hauptstadt Dili sowie einige andere schwerbefestigte Ortschaften. Demgegenüber kontrolliert die FRETILIN 80 % des Territoriums von Ost-Timor, in dem ca. 90 % der Bevölkerung leben. Für die Verankerung der FRETILIN im Volk spricht die Tatsache, daß seit Beginn der Invasion kein einziges der 67 Mitglieder des Zentral-Komitees der FRETILIN von den indonesischen Truppen gefangen werden konnte.
Für die Regenzeit kündigte Ramos-Horta eine Offensive der FRETILIN an.
(Quellen: Dekolonialisierungsbericht der UNO vom August 1976, Sidney Morning Herald, Melbourne Age, Jornal de Angola, Le Monde, The Japan Times, The Guardian (N. Y.) vom 11.1.1978)

EINGLIEDERUNG IN DEN INDONESISCHEN STAAT

(Quelle: Dekolonialisierungsbericht der UNO vom August 1976)
Direkt nach dem Einmarsch der indonesischen Truppen in die Hauptstadt von Ost-Timor, Dili, wurde dort eine „Provisorische Regierung von Ost-Timor" eingesetzt.
Mitte Mai verkündet die 'Provisorische Regierung', ein Referendum der Bevölkerung über die Zukunft Ost-Timors sei vor dem Zusammenschluß von Ost-Timor mit Indonesien nicht nötig, da das Volk von Ost-Timor diesen Zusammenschluß offensichtlich wünsche (vgl. S. 60, 64).
Am 31. Mai billigte eine 37 Mitglieder zählende „Popular Representative Assembly" nach knapp zweistündiger Debatte einstimmig eine Petition, in der die Integration Ost-Timors in den indonesischen Staat gefordert wird. Die Mitglieder dieser Versammlung stammten alle ausschließlich aus Dili. (vgl. S. 37). Diese Petition wurde dem indonesischen Präsidenten Suharto am 7.6. unterbreitet und von diesem akzeptiert. Am 17.7. wurde Ost-Timor durch Präsident Suharto offiziell als 27. Provinz in den indonesischen Staat eingegliedert (vgl. S. 38).

REAKTION DER WELTÖFFENTLICHKEIT

(Dekolonialisierungsbericht der UNO, NZZ 20.11.1976/ 1. 12.1977)
Durch die Vollversammlung bzw. den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wurde mehrfach (April 1976, November 1976, Dezember 1977) das „unverzichtbare Recht des Volkes von Ost-Timor auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit" bekräftigt; Indonesien wurde aufgefordert, seine Truppen unverzüglich aus Ost-Timor abzuziehen.
Ein US-Kongreßausschuß betont, daß die Besorgnis über die Menschenrechte in Ost-Timor die allgemeinen amerikanischen Interessen an Indonesien nicht überwiegen dürfe. Nach Ansicht eines Beraters des US-State Department, Mr. Aldrich, liegt eine erneute Untersuchung der Annektierung Ost-Timors durch Indonesien nicht im Interesse der Vereinigten Staaten. Es sei produktiver, die Anstrengungen darauf zu konzentrieren, daß Indonesien eine humane Verwaltung in Ost-Timor errichte.
(The Age 27.6.1977; The Australian 21.7. 1977).

ZIMBABWE

Wir möchten mit dem nachfolgenden Artikel aus mehreren Gründen nochmals auf die Überfälle der Smith-Truppen auf Flüchtlingslager in Mozambique eingehen, die sich vom 23. – 25. 11.1977 ereignet haben. Diese Überfälle begannen einen Tag bevor Smith die Bemühungen um eine inzwischen weit forgeschrittene „innere Lösung" öffentlich bekannt gab. Sie waren die schwersten überhaupt im bisherigen Befreiungskampf, der nun seit 5 Jahren bewaffnet geführt wird. Sie galten Flüchtlingen, die weitgehend hinter der ZANU stehen, und dem 'Frontstaat Mozambique', der den Unabhängigkeitskampf in Zimbabwe konsequent unterstützt.
Wir meinen, daß dies nicht ein weiterer Überfall in einer Serie von Kriegsverbrechen ist, sondern daß der Zeitpunkt auf eine gewisse Strategie des weißen Regimes hinweist.

1. Die rhodesische Armee überfällt am 23.11.1977 zwei Durchgangslager

In Mozambique leben zur Zeit nach Schätzungen der 'Zimbabwe African National Union' ZANU mehr als 57.000 Zimbabwer auf der Flucht vor dem rassistischen Staats- und Militärapparat Rhodesiens. Zwei dieser Lager in der Nähe von Chimoio (ehemals Vila Pery) wurden am 23.11.1977 von rhodesischen Streitkräften überfallen, mit Napalm und Phosphor bombardiert und anschließend von Fallschirmjägereinheiten aufgesucht. Die Bilanz des Angriffs, wie sie auch vom ständigen Beobachter des UN-Flüchtlingskommissars in Mozambique bestätigt wurde: mehr als 200 Zimbabweflüchtlinge wurden getötet. Es waren in der überwiegenden Mehrheit Frauen und Kinder. Zerstört wurden Schulen, ein Gesundheitszentrum, eine mobile Klinik (von Gruppen aus der BRD gespendet), ein Kleiderlager, Decken und landwirtschaftliches Gerät (Saatgut, Dünger, Traktoren usw.). Die beiden Durchgangslager sind vorwiegend Produktionszentren, in denen Selbstversorgungsprojekte aufgebaut werden, um die Flüchtlinge u n d Kämpfer zu versorgen und um gleichzeitig Modelle der Wirtschaft im umabhängigen Zimbabwe zu erproben.

2. Wie wurden die Überfälle in bundesdeutschen Zeitungen dargestellt?

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 28.11. 1977: dort ist eine dpa-Meldung abgedruckt, in der es heißt: „Die rhodesischen Streitkräfte haben n a c h b i s h e r n o c h u n b e s t ä t i g t e n Informationen den bisher wohl größten Vernichtungsschlag gegen die Guerilla-Teilstreitkräfte der „Patriotischen Front" geführt. Angeblich sind die Kommandotruppen ... bis nach Chimoio vorgestoßen, um das dortige Guerilla-Hauptquartier und Nachschubbasen zu vernichten. Der ‚Africa News Service' in J o h a n n e s b u r g meldete, die Rhodesier hätten über 600 Guerilleros getötet und möglicherweise die Kommandeure der ZANU-Armee Robert Mugabes „eliminiert". " Die Badische Zeitung (BZ) vom 29.11.1977 weiß dagegen unter der Überschrift „Rhodesien: 1 200 Guerillas getötet" ebenfalls in einer dpa-Meldung zu berichten: „Der o f f i z i e l l e n E r k l ä r u n g Salisburys zufolge wurden bei dem von Luftlande- und Infanterieeinheiten geführten Angriffen nicht nur ganze Guerillaeinheiten, sondern auch große Mengen an Kriegsmaterial vernichtet." Die SZ am 29.11. in einer AP-Meldung: „ ... mindestens 1 200 Menschen ums Leben gekommen. Zanu-Lager bei Chimoio bombardiert worden. Es sollen sich mehrere 100 Guerilleros dort aufgehalten haben."
Gemeinsam ist allen Meldungen: kein Wort über die grausame Ermordung von Zivilisten, kein Wort über die vorenthaltene Selbstbestimmung des Volkes von Zimbabwe, das sich dieses Recht mit Waffen erkämpfen muß. Dagegen Spekulationen und einseitige Quellen.
Dpa erhöht in einem Tag die Zahl der Toten von 600 auf 1200. Als Quellen dienen den Journalisten einmal offizielle Kommuniques der rhodesischen Armee, einmal der südafrikanische „Africa News Service".
Damit wird zweierlei erreicht: zum einen entledigt man sich der journalistischen Aufgabe, auch „die andere Seite zu Wort kommen zu lassen", und zum anderen trägt diese gezielte Desinformation der bundesdeutschen Leser dazu bei, daß Gestalten wie Todtenhöfer, Strauß und Dregger den Befreiungskampf im südlichen Afrika mit „Terrorismus" in einen Topf werfen können, um so die von ihnen in größerem Umfang als bisher angestrebten Unterstützungsaktionen für ihre rassistischen Wirtschaftspartner stimmungsmäßig vorzubereiten.
Der CSU-Vorsitzende Strauß in der ZDF-Sendung 'Bonner Perspektiven' vom 5.3.1978 sinngemäß: Es ist an der Zeit, die unseligen Wirtschaftsboykotte gegenüber Rhodesien aufzuheben. Die Wirtschaft dieses Landes hat schon sehr viel - auch für die Schwarzen – geleistet.
Sehr nachdrücklich forderte er auch die Bekämpfung der PF und besonders von Mugabe: wenn der dran kommt, ist es aus, dann geht nichts mehr. Das hat nur noch nicht jeder gemerkt.
Jeder bürgerlichen Zeitung steht ein umfangreicher 'Informationslieferantenapparat' zur Verfügung. Dennoch sind es Organe wie der „Informationsdienst südliches Afrika" der issa, die Augenzeugen des Überfalls hier in der BRD zu Wort kommen lassen. (issa 12/ 77). Diese Zeugen sagen aus: „Alle Massakrierten trugen Zivilkleider, waren barfuß, ihre Gesichter spiegelten den Schrecken des Massakers wider." . . . „Danach besichtigten

Das Massaker von Chimoio



wir das Lager, wo das Essen aufbewahrt wurde, und das Zentrum der Kleiderproduktion. ... Unter einem Mangobaum sahen wir einen verbrannten Rollstuhl und daneben eine Konstruktion mit 10 Nähmaschinen, ebenso vollständig zerstört und verbrannt. An dieser Stelle befanden sich ebenso nur zimbabwische Zivilisten. Daraufhin fuhren wir dorthin, wo sich die Schule berunden hatte. Eine Schule, die besucht worden war von Waisenkindern, und solchen Kindern, die ohne ihre Eltern leben, weil diese dabei sind, ihr Land von dem unterdrückerischen Regime des Ian Smith zu befreien." (issa 12/77). Sogar ein Fernsehteam der BBC filmte die Aggression von Chimoio aus: die Flugzeuge, die Bomben abwarfen, die Hubschrauber und später das zerstörte Lager. Erst einen Monat nach den Überfällen, nachdem die SZ zunächst die Informationen der rhodesischen Armee und des südafrikanischen „Africa News Service" kommentarlos abgedruckt hat und so beim Leser eine „objektive Meinung" entsteht, darf der Afrikakorrespondent der SZ – Peter Seidlitz – am 21.12.77 in einem längeren Artikel zu Botswana (!) nochmals in einem Satz auf die Massaker eingehen: „Auch dieser Anschlag der Rhodesier war unter militärischen Gesichtspunkten kaum verständlich. Seit mehr als einem Jahr befinden sich nämlich die Guerilla-Ausbildungslager von Nkomos Gegenspieler Robert Mugabe aus Sicherheitsgründen nicht mehr in Mozambique; die rhodesischen Nationalisten benutzen vielmehr die ehemaligen FRELIMO-Camps im weiter entfernten Tansania – eine Veränderung, die den gut informierten Geheimdiensten Pretorias und Salisburys nicht entgangen sind. Von Tansania aus kehren die Guerilleros in kleinen Gruppen zurück nach Rhodesien." Knapp einen Monat vorher wußte dieselbe SZ von Angriffen auf „mehrere 100 Guerilleros" zu berichten. Erreicht werden soll dadurch, daß der Befreiungskampf eines unterdrückten Volkes in den Geruch von ‚Terror" und „Verbrechen" kommt, um zum einen die Unterstützung der Rassisten durch bundesdeutsche Wirtschafts- und Regierungskreis zu legitimieren und andererseits jegliche Solidarität in der BRD mit den kämpfenden Völkern langfristig zu unterbinden (vgl. Sammlungsverbote für ZANU; blätter des iz3w, Nr. 56).

Die Gleichung Befreiungskampf – Terrorismus in Rhodesien und der BRD

Ian Smith setzt den Befreiungskampf mit Terrorismus gleich. Er und das ihn hervorbringende Regime wenden eine Ideologie an, die die eigene Gewalt gegen das Volk als „gerechtfertigt" erscheinen läßt und die schwarze Gegengewalt als „Terrorismus" diffamiert. Er erklärte, daß die Führer der PF (Patriotische Front) nach Rhodesien zurückkehren könnten, wenn sie bereit seien, dem Terrorismus abzuschwören (FR 4./3.) Zuvor hatte er die Auflösung der „weißen Armee" abgelehnt: „Rhodesien hat die erste Anti-Terror-Streitmacht in der Welt." (SZ 14.11).
Ähnliche Töne von der CDU/CSU im Bundestag: sie lehnt Hilfe für Terroristen ab, „auch wenn Frau Schlei (ehemalige Ministerin im BMZ) versucht, diesen Terrorismus mit dem hehren Begriff des Freiheitskampfes zu kaschieren." (SZ 28.10).
Im Kommentar der SZ (17.2.) finden wir diese Assoziation wieder: „Die beiden Guerilla-Chefs bestehen nach wie vor darauf, daß ihnen Rhodesien zunächst einmal ausgehändigt wird. Wahlen sollen dann 'sobald wie möglich stattfinden'. Mit anderen Worten: dann, wenn die Soldateska dieser beiden Gentlemen dafür gesorgt hat, daß keiner mehr gegen sie zu stimmen wagt." (Vom SZ-Redaktionsmitglied Dieter Schröder).

In der 'liberalen' Zeit (9/27 vom 24.2.) noch eine Pointe dazu: „Ihr (= Nkomo und Mugabe) erklärtes Ziel ist es, erst einmal die Macht in Rhodesien zu übernehmen und danach gelegentlich Wahlen abzuhalten. Ihre Guerillas, mit deren Gewalt sie die Macht erobern wollen, kämpfen unter kubanischer Führung mit sowjetischen Waffen". ... „Während also ihre Antagonisten (= Mugabe/Nkomo) draußen über die Gewehre verfügen, haben diese drei (= Muzorewa/Sithole/Chirau) die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich."
Durch dauernde Wiederholung in verschiedenen Medien setzt sich diese direkt oder häufig nur angedeutete Gleichsetzung (Guerillas = Terroristen) als Meinung in der Öffentlichkeit fest. Andere Meldungen, die den wirklichen Charakter der Befreiungsbewegungen und auch des Rassistenregimes aufzeigen, werden durch die „Grundstimmung" der Berichterstattung relativiert. So wird in der SZ (10.10.) auch über Pater Pascal Slevin berichtet, der die Mission des Franziskanerordens in Wedza leitete und nach 15 Jahren Aufenthalt des Landes verwiesen wurde.
Er warf der rhodesischen Armee Folterungen vor. „Diejenigen, die das nicht glauben wollen, verschließen die Augen vor der Realität. Was die Leute in Wedza angeht, so sind die Sicherheitskräfte die Terroristen und die Guerillas die Befreier." Diese Aussage wird auch von anderen in Rhodesien bestätigt.
Die „Katholische Kommission Recht und Frieden" als offizielles Organ der rhodesischen Bischofskonferenz legte ein Dokument vor, in der der rhodesischen Armee Terror, Mord und Greueltaten vorgeworfen werden. Zudem wird die Gleichsetzung von „ZANU/ZAPU = Kommunisten" bedauert. Ebenfalls kritisiert wird, daß in internationalen Berichten über die wahren Zustände wenig enthalten sei. (FR 7.10.) Jeder Leser sollte bei der Lektüre seiner Zeitung an diesen Vorwurf denken.

Ein BRD-Söldner in einem Spiegel-Interview (24.10.1977):
„Mein Traum war es immer, zu den Selous Scouts (Red.: Spezialeinheit der rhodesischen Armee) zu kommen oder zum SAS – Special Air Service, einer anderen Eliteeinheit. ... Selous Scouts und SAS sind oft wochenlang in Mozambique, oft als FRELIMO-Leute oder rhodesische Terroristen verkleidet." (vgl. blätter, Nr. 65: „wer ermordet Missionare?") ...
„Letztes Jahr sind Selous Scouts, als Terroristen verkleidet, mit LKW in ein Lager in Mozambique gefahren. Das war aufgrund langer Beobachtung möglich. Die Terrs (= Terroristen) waren gerade angetreten und brauchten nur umgemäht zu werden. Die Selous Scouts haben nur ganz wenig Tote zu beklagen und selbst eine unwahrscheinlich hohe Kill-Rate. Dabei ist ihr Hauptjob nur das Erkunden. Sie sickern auch in die Krals ein, verstehen die Stammessprachen." ...
Beobachtungsposten, Fährtensucher, Flugzeuge oder Informanten machen die Terroristentrupps aus, die mindestens 10 - 15 Mann stark sind. Und wenn wir von der Light Infantry per Hubschrauber oder Fallschirm zum Einsatz kommen, waren sie Zielscheiben, Kanonenfutter, das abgeknallt wurde. *Wir kamen uns manchmal wie ein Wanderzirkus vor: wenn eine Gegend leergekillt war, ging es zum nächsten Ort."*
Warum er die Rassistenarmee verließ: „Es ist die völlig veraltete Menschenführung und die Inkompetenz der Rhodesier, die sich nicht wie Kameraden verhalten!" ...

3. **Hintergründe des Überfalls**

NZZ vom 29.11.: „In südafrikanischen Presseberichten interpretiert man die militärischen Aktivitäten Rhodesiens in Mozambique dahingehend, daß die rhodesische Regierung mit ihren Vorstößen der ZANU Mugabes einen vernichtenden Schlag beibringen wolle, um so den gemäßigten schwarzen Führern die Schlagkraft der Armee zu demonstrieren und um Druck auf Mugabe auszuüben."
Der Zeitpunkt der Überfälle – ein Tag vor Bekanntgabe der Verhandlungen zu einer „internen Lösung" – spricht für diese Einschätzung.
Zudem war in Zimbabwe gerade der Beginn der Regenzeit, in der das Saatgut in den Feldern um die Lager aufgegangen wäre. Da dieses, wie auch alle handwerklichen Geräte, Kliniken, Schulen und Maschinen zerstört wurde, können wir von einem Ausrottungszug sprechen, der die Basis der ZANU langfristig zerschlagen soll. Diese Art des Überfalls erinnert an die israelische Strategie:
alles vollständig zu zerstören und alles zu töten. Indirekt wird so eine Meldung von Radio Maputo vom Dezember bestätigt, nach der Rhodesien mindestens 12 Miragebomber erhalten hat, die unter französischer Lizenz in Südafrika hergestellt wurden. Französische und vor allem israelische Techniker sind derzeit in der Umgebung von Gatooma mit dem Aufbau von 3 Luftwaffenstützpunkten beschäftigt, auf denen mindestens 50 Miragebomber stationiert werden können (MD 13.12.).
Dies zeigt zum einen, daß das Regime in Rhodesien die Guerilla-Aktivitäten der ZANU am meisten fürchtet. Mehrere Agenturen meldeten November 77, daß Smith dabei sei, seine Truppen von der Grenze Sambias abzuziehen, um sie an der Grenze zu Mozambique zu konzentrieren.
Zum anderen könnte dahinter die Strategie stecken, die Patriotische Front (PF) zu spalten, indem die ZANU geschwächt wird, Mozambique von seiner Unterstützung der PF abgebracht und Nkomo und die ZAPU zu den Verhandlungen über eine „interne Lösung" herübergezogen" wird. Smith ließ solche Gedanken durchblicken, als er auf die sinkenden Chancen Nkomos in Rhodesien durch die „gescheiterten anglo-amerikanischen Pläne" hinwies. Gleichzeitig betonte er, daß die lange Abwesenheit Nkomos einen Verlust seiner Unterstützung bedeutet. Darin sah er die Chance, daß er nach Rhodesien zurückkehrt (MD 13.12.). Schon bei seinen zunächst geheim gebliebenen Gesprächen mit dem sambischen Präsidenten Kaunda Anfang Oktober 77 wollte Smith ein spezielles Treffen mit Nkomo, das ihm allerdings ver-

weigert wurde. Auch Sithole scheint in Absprache mit den Imperialisten ähnliche Vorstellungen entwickelt zu haben. In einem in Johannesburg veröffentlichten Interview sagte er nach Rückkehr von einer USA- und Englandreise: „Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Westdeutschland und UN-Generalsekretär Waldheim haben ihre Unterstützung für eine interne Regelung der Rhodesien-Frage unter der Voraussetzung angedeutet, daß alle Parteien an allgemeinen Wahlen teilnehmen. . . . Ihre Reaktion auf eine interne Regelung war im allgemeinen positiv, soweit sie freie Wahlen vor der Unabhängigkeit ermöglicht und solange jedermann, eingeschlossen die Führer der PF Joshua Nkomo und Robert Mugabe, zu den Gesprächen eingeladen ist und an den Wahlen t e i l n e h m e n k a n n." ...
„Er meinte, der abgefallene ZANU-Führer Mugabe (so Sithole), der jetzt die in Mozambique stationierte Guerillaarmee führe, werde sich wahrscheinlich zu sehr fürchten, nach Salisbury zurückzukehren. Es wäre möglich, daß Nkomo die Einladung annehmen und innerhalb eines Monats zurückkehren werde." (MD 15.12).
Ein Nkomo, der mit seinen Anhängern die Fraktionen um Muzorewa, Sithole und Chirau stärkt, wäre natürlich in den Augen der imperialistischen Länder die günstigste aller realisierbaren Vorstellungen.

Aber auch die jetzigen Regelungen werden immer offener von den westlichen Mächten unterstützt und begrüßt (SZ 27.2.). Sobald die Bevölkerung die aus der 'internen Lösung' hervorgegangene Regierung in „freien Wahlen" akzeptiert hat, wird laut Außenminister Owen auch Großbritannien diese Regierung akzeptieren (BZ 6.3.).
Hier muß deutlich gesehen werden, daß die PF f o r m a l gesehen natürlich an den Wahlen teilnehmen kann – zumindest sieht dies die 'interne Lösung' bislang vor. Aber man kann unter den Bedingungen, wie sie diese 'interne Lösung' vorsieht, nicht von freien Wahlen sprechen. Zum einen soll der gesamte Polizeiapparat, die Justiz und die Verwaltung des bisherigen Regimes weitgehend intakt bleiben. Unter dieser Voraussetzung ist eine für den einzelnen freie Entscheidung nicht zu erwarten.
Unter der Aufsicht und dem „S c h u t z" d e r b i s h e r i g e n U n t e r d r ü c k e r s o l l e n die Wähler sich o h n e D r u c k entscheiden können? Nach den bisherigen Erfahrungen der Afrikaner in Rhodesien folgt einem Eintreten für nationale Unabhängigkeit und wirkliche Selbstbestimmung Repression: sei es durch die Vertreibung in „Wehrdörfer" oder die Überfälle auf „Guerilladörfer" (siehe Kasten).

Außerdem sind die Ausgangsbedingungen für die Wahlen vollkommen ungleich. Während Muzorewa seit Jahren legal im Lande politisch arbeiten kann und zumindest geduldet wird, Chief Chirau schon im Rassistenkabinett saß und Sithole seit seiner Rückkehr aus dem Exil keinen Beschränkungen unterliegt, sind die beiden PF-Parteien – ZANU und ZAPU – noch immer auf Untergrundarbeit angewiesen. Offene Arbeit wie Versammlungen, Parteibüros usw. sind ihnen verboten. Zahllose Anhänger sitzen noch in den Gefängnissen. Dazu Nkomo: Diese 'Lösung' ist Teil des westlichen Versuchs, die Macht im südlichen Afrika zu behalten. Nach dem Scheitern der Genfer Konferenz hat Großbritannien 2 Pläne entwickelt: den britisch-amerikanischen Plan (vgl. blätter de r iz3w, Nr. 65), der vordergründig angeboten wurde (Red.: und den die PF als Verhandlungsgrundlage akzeptiert) und die 'interne Lösung' mit Bischof Muzorewa. (SZ 23/2).

Der Weltöffenlichkeit, die auf die Fehlinformation der Presse angewiesen ist (siehe oben), wird eine 'Lösung' vorgezeigt, die weiterhin neokoloniale Interessen berücksichtigt und fördert und die nur noch von 'Extremisten' bekämpft wird. Bischof Muzorewa (ANC) droht den Befreiungskämpfern, die weiterhin für die vollständige Unabhängigkeit Zimbabwes kämpfen werden, denn auch an: „Wenn die PF, die behauptet, sie sei die politische Speerspitze der Guerillakräfte weitergekämpft habe (Red.: nach einer'internen Lösung'), dann werde sie gegen Zimbabwe kämpfen und nicht gegen Smith und sie werden den Kampf verlieren."



4. Die 'interne Lösung' – neokoloniale Ausbeutung

Schon Mitte letzten Jahres zeichnete sich diese Politik von Smith ab. Die NZZ schrieb am 1.9.: „Smith beharrt darauf, zu einem Arrangement mit den gemäßigten Nationalisten im Lande, etwa nach dem Motto 'Ihr bekommt die Regierung, wir kontrollieren die Banken' zu kommen."
Aus den sog. „Wahlen" im September 1977, bei denen Smith Nationale Partei 85,4 % der weißen Stimmen und alle 50 „weißen" Sitze bekam, leitete er das Mandat für die Ausarbeitung dieser 'internen Lösung' ab. Als schwarze Führer in Rhodesien benannte er Muzorewa, Sithole und Häuptlingsführer Chirau (ZUPO), der noch kurz zuvor der Rassistenregierung ein Jahr als Minister angehört hatte und im Dezember 1976 zurücktrat. Smith konnte einen Tag nach den Überfällen folgende Erklärung als Ergebnis der Diskussionen zwischen ihm und den „gemäßigten Nationalisten" veröffentlichen: „Die schwarzen Führer haben voll und ganz bekräftigt, daß es wünschenswert sei, das Vertrauen der Weißen zu bewahren, und haben akzeptiert, daß die Regierung richtig handle, wenn sie diesen Kurs am Konferenztisch verfolge. A n g e s i c h t s d i e s e r V e r p f l i c h t u n g ist die regierung zur Aufnahme der Verhandlungen bereit, wobei sie voraussetzt, daß sie, wenn ihre Bedingungen in dieser Hinsicht erfüllt werden, das auf einem Erwachsenenwahlrecht beruhende Prinzip der Mehrheitsherrschaft akzeptieren wird." (MD 25.11.). Als Sicherheiten für die weiße Minderheit nannte er ein unabhängiges Gerichtswesen, Aufrechterhaltung der Kräfte von Recht und Ordnung (im Klartext: der Rassistenarmee und der Polizei), sowie eine besondere parlamentarische Vertretung. Am 2.12.77 begannen in Salisbury die Gespräche.
Mitte Februar 1978 soll nun die Einigung erzielt worden sein. Sie umfaßt folgende Grundsätze:

- Aufstellung eines Katalogs von Grundrechten sowie von Bestimmungen zur Verhinderung von Verstaatlichung oder Beschlagnahme von Besitz und Land.
- eine unabhängige Justiz
- ein parteipolitisch unabhängiges Beamtentum sowie eine von parteipolitischen Erwägungen unabhängige Polizei und Justizvollzugsbehörde und unabhängige Streitkräfte. SZ 17.2.: „Angeblich sollen sich die 3 Schwarzen aber zu der Auffassung durchgerungen haben, in Anbetracht des Guerilla-Kampfes die Kommandogewalt in den Händen der Weißen zu belassen." Schon vorher plädierte Muzorewa – Stellvertreter Chikerma dafür, die Streitkräfte intakt zu lassen, „weil das die beste Sicherheit für jeden ist, der wirklich besorgt ist um die Zukunft und den Frieden und das Wohlbefinden unseres Landes!" (Dok.Leitstelle 7/10).
- die Möglichkeit, daß Rhodesier eine doppelte Staatsbürgerschaft haben (mit der sie dann ungehindert auswandern und ihre Kapitalien mitnehmen können)
- Garantien für die Zahlung von Altersruhegeld an im Ausland lebende Rhodesier (damit das „unabhägige Zimbabwe" den ehemaligen Kolonialisten ihre Pfründe bis Grab ausbezahlen)
- Schaffung eines unabhängigen Gremiums, das die reibungslose Arbeit der öffentlichen Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen gewährleisten soll.
- ein 100 Sitze umfassendes Parlament, in dem 28 Mandate mindestens für 10 Jahre für Weiße reserviert sein sollen. Eventuelle Verfassungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von 78 Stimmen, so daß die Weißen quasi ein Vetorecht innehätten.

An der Börse in Salisbury zogen daraufhin die Aktien an. Ihr Präsident: „Es sind noch viele Fragen offen, etwa ob die Machthabenden pro- oder antikapitalistisch eingestellt sein werden. Es sieht jedoch vielversprechend aus, und es herrscht einiger Optimismus." (SZ 17.2.78).
Falls diese imperialistischen Pläne jemals Wirklichkeit würden, sähe es für die herrschende weiße Schicht tatsächlich 'optimistisch' aus. Der ehemalige Gründer der FROLIZI und heutige Muzorewa-Stellvertreter (UANC) – Chikerema – gab im Dezember 77 die Zusicherung, daß der UANc nicht nationalisieren wird um der Nationalisierung willen, daß privates Unternehmertum willkommen sei und daß das neue Zimbabwe eine „kluge Mischung von privatem Unternehmertum und staatlicher Kontrolle haben werde, bei der jeder Investor einenguten Gewinn aus seinen Investitionen ziehen wird." (Dok. Leitstelle Afrika 16/12).
Gleiche Garantien gab Häuptling Chirau schon im Sommer 1977. In einem Interview mit 'newsweek' sprach er sich für ein gemäßigtes schwarzes Regime aus. „Dieses gemäßigte System wird Gesetz und Ordnung garantieren, die freie Marktwirtschaft beibehalten und Zimbabwe aus marxistischen Händen heraushalten." Eine neue Regierung würde auch die Weißen nicht ausschließen, weil Zimbabwe ohne sie nicht bestehen kann. Im gleichen Magazin sagte Smith dazu: „Diese Vorschläge sind vernünftig." (SZ 13.7).
Auch der Berater Sitholes, der weiße Geschäftsmann Neville Romain (ein in Südafrika geborener Amerikaner), der nach eigenen Angaben früher als US-Geheimagent tätig war, dürfte kaum Interesse daran haben, daß Zimbabwe wirklich unabhängig wird.

Unter Unabhängigkeit verstehen wir nicht nur die formale politische Eigenständigkeit, wie sie fast alle afrikanischen Staaten erreicht haben, sondern auch weitgehende Selbständigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Deshalb haben wir in Mozambique, Guinea-Bissao

und Angola die Befreiungsorganisationen FRELIMO, PAIGC und MPLA unterstützt. Sie haben Strukturen aufgebaut (oder zumindest in einem langen Prozeß angestrebt) die eine kooperative Produktion und Vermarktung ermöglichen, ohne ausländische Kapitalinteressen zu befriedigen oder ihnen gar Einfluß auf die politischen Entscheidungen zu eröffnen.
Eine solche Entwicklung zu Unabhängigkeit hin kann nach unserer Einschätzung nur die Patriotische Front, besonders die ZANU, in Gang setzen. Dies ergibt sich für uns aus der bisher bekannt gewordenen konkreten Arbeit und aus den politischen Programmen.
Die NZZ 'befürchtet' ähnliches: „Natürlich rechnen sie (Red.: die Geschäftsleute) damit, daß eine Machtübergabe an Mugabe zu einer sofortigen Nationalisierung der meisten Wirtschaftszweige und vor allem der großen Gesellschaften führen würde." (NZZ 3/11).
Wie die Entwicklung z.B. in Mozambique zeigt, dürfte eine Nationalisierung in größerem Umfang erst nach einem langen Prozeß erfolgen, da die Abhängigkeit von ausländischem Kapital zu stark ist und die bislang wichtigsten Handelsbeziehungen zum rassistischen Südafrika nicht plötzlich abgebrochen werden können. Was die NZZ zurecht erkennt ist die Zielperspektive der PF, ein unabhängiges, sozialistisches Zimbabwe aufzubauen, in dem die Ausbeutung abgeschafft werden soll.
Im gleichen Artikel auch hier der Versuch, Teile der PF „auf die andere Seite" zu holen: „Bei einer Nkomo- oder einer Muzorewa-Regierung wären möglicherweise nur gewisse Prestige-Industrien gefährdet. Vor allem wäre es dann möglich, daß die ausländischen Gesellschaften in Ruhe gelassen würden." (NZZ 3.11.)

5. Die Positionen der Patriotischen Front

Die PF lehnt die Gespräche zur 'internen Lösung' ebenso ab wie deren bisheriges Ergebnis. Was sie akzeptiert hat – und dies dürfte auf Druck der Smith-Sithole/Muzorewa/Chirau-Gespräche erfolgt sein – sind Verhandlungen auf der Grundlage des angloamerikanischen Plans mit Einschränkungen. So lehnt die PF einen Waffenstillstand ab, bevor die Zukunft Zimbabwes geklärt und der Rücktritt von Smith sicher ist. Zudem fordert sie zurecht, daß weder Muzorewa noch Sithole an den Waffenstillstandsverhandlungen teilnehmen können, da sie gar keine Truppen befehligen. Sie sollen zudem nicht an einer Interimsverwaltung beteiligt sein, sondern erst im Wahlkampf zum Zuge kommen. Diese Forderung ist nur zu berechtigt, da Muzorewa und Sithole wie auch Chirau bereits derzeit legal und offen in Rhodesien mit viel Geld (Unterstützung durch den Lonroe-Konzern!) „Wahlkampf" betreiben können. Sowohl ZAPU wie ZANU sind noch heute verbotene Organisationen, die nur im Untergrund arbeiten können. Deshalb fordert die PF auch, schon vor den Wahlen in die Verwaltung eingeschaltet zu werden.
Nur wenn der rassistische Staatsapparat aufgelöst und Armee wie Polizei zerschlagen wird, sind die Voraussetzungen für wirkliche Wahlen geschaffen. Deshalb unterstützen wir die Forderungen der PF

6. Was können wir konkret an Unterstützung hier in der BRD leisten?

Das Landwirtschaftsprojekt der ZANU
Im Sommer 1976 rief der Generalsekretär der ZANU – Robert Mugabe – die Solidaritätsbewegung in der BRD zur Unterstützung eines Landwirtschaftsprojektes auf, das in Mozambique von Flüchtlingen aus Zimbabwe aufgebaut wird. In dem Aufruf heißt es: „Der bedeutendste Aspekt des ZANU-Projektes zum Aufbau landwirtschaftlicher Kooperativen ist politischer Natur. Das politische Programm der Partei stellt unmißverständlich fest, daß ZANU eine sozialistische Republik in Zimbabwe errichten will, und daß die kooperative Farm ihre Grundlage im landwirtschaftlichen Sektor sein wird. Versuchs-Projekte sind initiiert worden und zeigen Erfolge. In diesen Projekten müssen jetzt die modernen landwirtschaftlichen Methoden voll zur Anwendung gelangen, so daß ZANU durch sie die notwendige Nahrung bereitstellen kann, die von einer so riesigen Anzahl von Menschen benötigt wird. Es ist wichtig zu betonen, daß diese Pionier-Projekte, die unter anderem auch im Nordosten und Osten Zimbabwes begründet wurden, darauf angelegt sind, das allgemeine Raster abzugeben, durch welches die ganze Wirtschaft Zimbabwes von einer kolonial-kapitalistischen Wirtschaftsordnung in ein revolutionäres Wirtschaftssystem umgewandelt werden soll, in dem die Massen die Produktionsmittel sich aneig nen und kontrollieren werden ... Die wichtigsten Gegenstände, die für den Erfolg des Projektes dringend benötigt werden, werden im Folgenden angeführt:
4 Traktoren mit mehreren Pflugscharen, 4 Pflanzmaschinen, 4 mechanische Hackgeräte (Kultivatoren), 4 Anhänger, 4 Eggen, 4 Wasserpumpen, Rohrleitungen, Schläuche, 4.000 Wassereimer, 4 Getreidemühlen, 2 Lastwagen (5 t),4.000 Hacken, 4.000 Äxte, 1.000 Spitzhacken, 1.000 Kneifzangen, 400 Spaten und Schaufeln, 500 Klauenhämmer, 500 Zwölf Pfund schwere Hämmer, 50 Schubkarren, Draht und Dünger. Die Kosten des Projektes werden auf rund 150.000 DM geschätzt.

Die Delegiertenkonferenz von Komitees und Organisationen, die im Rahmen des Bündnisses „Organisationskomitee zur Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika" seit Jahren zusammenarbeiten, beschloß im Herbst 1976, dieses Landwirtschaftsprojekt zu propagieren und zu unterstützen. Seither konnten der ZANU vom Organisationskomitee, dem die Aktion Dritte Welt Freiburg angehört, insgesamt DM 40.000,– dafür überwiesen werden.
In einem Dankbrief des Finanzsekretärs der ZANU – Mutasa – vom 12.11.77 heißt es: „Es ist sehr gut, daß ihr uns das Geld jetzt schon schicken konntet, (Oktober 77), da gerade die Regenzeit beginnt. Wir pflanzen gegenwärtig neues Getreide fürs kommende Jahr an. Dazu kaufen wir Saatgut, Dünger und Wasserpumpen. ... Wir haben bisher (von den überwiesenen Geldern) Saatgut im Wert von 250'000 Escudos und Dünger für 77'500 Es. gekauft. Hinzu kommen Wasserpumpen ... Der Transport dieser Sachen von Maputo, wo sie gekauft wurden, nach Chimoio, wo sie gebraucht werden, belief sich auf 52.210 Es. ... Die meisten Dinge werden wir hier (in Mozambique) kaufen. ...
Wir hoffen, daß ihr uns bis zu unserer Selbständigkeit weiter helfen werdet. ... Wir danken euch für eure Solidarität mit uns, den Zimbabwern in Mozambique." (40.000 DM = 17.680 Dollar = 575.000 Escudos).

Brief von Robert Mugabe

(Am 3.1.78 schrieb Robert Mugabe an das OK und die ADW einen persönlichen Brief, in dem er uns mitteilt, daß die Rassisten die beiden Durchgangslager bei Chimoio überfallen haben:)
„... Die Lager wurden von uns dazu benutzt, Nahrungsmittel anzubauen, Kranke und Verwundete zu versorgen, unseren jungen Genossen Unterricht zu geben und die alltäglichen Bedürfnisse unserer Genossen zu befriedigen, die in den umliegenden Flüchtlingslagern von Dolroi, Mavudzi und Toronga leben; sie waren eine Art Hauptquartier für diese Lager.

Im November letzten Jahres schickte ich euch einen Brief mit einem allgemeinen Aufruf zur humanitären Hilfe für Zimbabwer, die in Mozambique leben und unterstrich die Notwendigkeit, in diesen Lagern in kurzer Zeit eigenständig zu werden. Ich bat um Hilfe für die Bereiche Erziehung, Landwirtschaft, Medizin und Sozialfürsorge. Während des Angriffs wurde der gesamte Bestand an LKW, Traktoren, sowie medizinischer und landwirtschaftlicher Ausrüstung zerstört. Wir werden sie so bald wie möglich ersetzen und fragen uns, ob wir uns deshalb an euch wenden können. Wenn ihr uns etwas besorgen könnt, sei es auch noch so gering, wären wir sehr dankbar, wenn ihr es sofort schicken könntet."

Wir fordern alle Leser auf, dem Aufruf des Genossen Mugabe nachzukommen und das Landwirtschaftsprojekt der ZANU zu unterstützen.

Was können wir praktisch tun?

Die allerbeste Hilfe ist, Geld für dieses Projekt zu spenden. Dazu können vielfältige Initiativen ergriffen werden. Die Aktion Dritte Welt Freiburg hat gute Erfahrungen mit Veranstaltungen gemacht, auf denen neben Diavorträgen zur materiellen Unterstützung z.B. Essen verkauft, ein Basar oder Flohmarkt aufgebaut oder eigene Linoldrucke versteigert wurden.
Wenn rechtzeitig vor diesem Fest Leute aufgerufen werden, alte Sachen zum Verkauf zu spenden, kann diese Aktion ohne größeren Aufwand eine Menge Geld einbringen. Krimskrams für einen Flohmarkt könnt ihr auch auf dem Sperrmüll finden. Oder backt Kuchen, die ihr verkauft, sammelt Schuhe, Schreibmaschinen oder landwirtschaftliche Geräte, die direkt nach Mozambique geschickt werden können.
Auch einzelne können das Projekt unterstützen: z.B. wenn ihr Karten spielt und den Gewinn von vornherein dem Landwirtschaftsprojekt zugute kommen lassen wollt. Oder die (nicht eingeplante) Rückzahlung des Lohnsteuerjahresausgleichs, oder der Druck von Postkarten, die ihr in eurem Bekanntenkreis verscherpelt ...
Entdeckt (oder belebt) eure Kreativität und setzt sie für den Kampf um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung in Zimbabwe ein.

Spenden für das Landwirtschaftsprojekt an das Konto des Organisationskomitees OK Roland Beckert, Freiburg. Postscheckkonto 453 23 - 756, Stichwort „Zimbabwe"

rb

Faltblatt zu Zimbabwe
Das Organisationskomitee zur Unterstützung der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika hat im März ein Faltblatt herausgegeben, das über den Stand des Landwirtschaftsprojektes der ZANU informiert und auch auf die rhodesischen Überfälle auf die Flüchtlingslager in Mozambique eingeht. Das Faltblatt ist kostenlos erhältlich beim
iz3w,
Postfach 5328, 7800 Freiburg/Brsg.

AKTIONEN

Kampagne zur Fußball-Weltmeisterschaft

Wanderausstellung „Fußball und Folter – Argentinische Realität"

Aufgrund der großen Nachfrage nach der Wanderausstellung haben das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (F.D.C.L.) und die Vereinigung Internationaler Kulturaustausch (V.I.K.), Berlin (West) zwei Kopien der Ausstellung anfertigen lassen, so daß die Ausstellung nun in d r e i Exemplaren durch Westdeutschland wandern kann.

Ausstellungstermine der Originalausstellung:

28.3. – 6.4. Tübingen (Chile-Komitee u.a.)
8.4. – 13.4. Konstanz (Chile-Komitee)
17.4. – 25.4. Gießen und Marburg (Lateinamerika-Zentrum)
27.4. – 3.5. Göttingen (AStA, Sportreferat)
7.5. – 13.5. Braunschweig (AStA, Sportreferat)
16.5. – 29.5. Hamburg (C.O.S.A.L.0
31.5. – 15.7. Westberlin

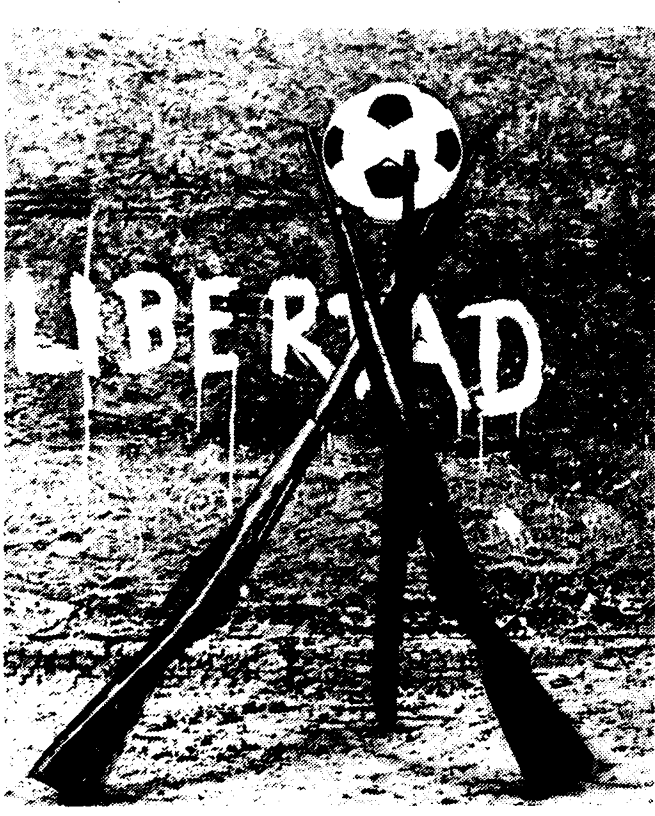
Ausstellungstermine der 1. Kopie:

18.3. – 24.3. Köln (Kinderhilfe Lateinamerika /Der Andere Buchladen)
3.4. – 9.4. Frankfurt (Hessische Sportjugend)
12.4. – 18.4. Mannheim (Dritte Welt Laden)
20.4. – 27.4. Darmstadt (Treffpunkt Dritte Welt)
29.4. – 6.5. Heidelberg (Initiative Frieden für Argentinien)
9.5. – 15.5. Ludwigsburg
18.5. – 24.5. Ulm (Ulmer Weltladen)
27.5. – 2.6. Nürnberg (CVJM)
6.6. – 12.6. Bremen
ab dem 13.6. noch freie Termine

Ausstellungstermine der 2. Kopie:

Bis zum 10.4. noch freie Termine
12.4. – 26.4. Mainz/Wiesbaden (V.I.K. und Chile-Komitee)
vom 28.4. – 28.5. noch freie Termine
31.5. – 6.6. Oer-Erkenschwick (Sozialistisches Bildungszentrum der Falken)

Weitere Interessenten für die noch freien Termine sollten sich rasch entscheiden! Frei wäre auch noch die 3. Märzwoche der Originalausstellung etwa für Bayern oder Baden-Württemberg! Kosten der Ausstellung: 150,– DM pro Woche, incl. Ausleihe einer Dia-ton-Serie über Geschichte Argentiniens seit 1930 (50 Minuten) und Werbeplakate.
Vom 3. – 5.3. findet in Königstein/Taunus ein Koordinationstreffen der Gruppen statt, die sich an der Argentinien-WM-Kampagne beteiligen.



SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN Pschk.Berlin West, E. Kohut Nr. 380 087 - 108, Kennwort Argentinien - Hilfe

Argentinien-Kampagne 1978
Kontaktadresse: F.D.C.L., Savignyplatz 5, 1 Berlin 12
Telefon: 030/313 50 65

Peru - Diaserie:

Ein Tag mit Manuel

Manuel ist der Sohn eines Campesinos (Bauern) bei Bambamarca im Norden Perus. In dieser Diaserie berichtet Manuel über seine Eltern und Geschwister, über die Mithilfe bei der Ernte, seinen Schulweg und über das Essen zuhause. Die Bilder und die knappen Texte geben ein eindrucksvolles Bild von der Lage der Campesinos im Hochland Perus. Die Diaserie regt in vielen Punkten zum Gespräch an. Da die Sprache sehr einfach ist, kann die Serie schon ab etwa Klasse 4 eingesetzt werden.
Die Diaserie wurde vom Team für audiovisuelle Unterrichtsmittel Obispado in Cajamarca (Peru) erstellt.
Daten:
31 Farbdias und Textblatt bzw. besprochene Kassette; Dauer ca. 30 Minuten.
Gegen Erstattung der Portokosten kann die Diaserie beim Informationszentrum Dritte Welt Freiburg entliehen werden (Bitte rechtzeitig beantragen)

Aufruf koreanischer Frauengruppen in der BRD

„Geschätzt – aber nicht mehr gebraucht?"

„In Bayern sind mehreren koreanischen Krankenschwestern Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verweigert worden. Schwester Sung Wan Yoon will weiter in der BRD arbeiten, um ihre Familienangehörigen unterstützen zu können. Sie arbeitet seit sechs Jahren hier ... Jetzt droht ihr die anbefohlene Rückkehr ... Die traurige Geschichte von Schwester Sung Wan Yoon ist eine von Tausenden. In den sechziger Jahren hat man sie alle aus Korea, aus Indien, aus Taiwan, aus Indonesien und den Philippinen buchstäblich als rettende Engel in die Bundesrepublik geholt. Damals drohte der Pflegebetrieb hier zu Lande mangels Personal zusammenzubrechen. So schrieb die Süddeutsche Zeitung am 9. März 1977

Allein durch den Einsatz von ausländischen Krankenpflegerinnen und -helferinnen wurde und wird zum Teil heute noch die Patientenpflege in zahlreichen Krankenhäusern, Kliniken und Sanatorien gesichert. Und dies trotz der Rotation, die das Ausländergesetz zum Resultat hatte. Jetzt sollen die über 16.000 Krankenschwestern aus Nicht-EG-Ländern bis 1979 die BRD verlassen. Der Hauptgrund für dieses Vorhaben von Regierung und Behörden besteht keineswegs im gestiegenen Angebot einheimischer Arbeitskräfte, sondern in den spürbaren Sparmaßnahmen auch im Gesundheitswesen.

Im Zuge dieser Maßnahmen wird die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert und für viele ausländische Krankenschwestern ist die erzwungene Rückkehr, wenn nicht Ausweisung und Abschiebung eine reale Bedrohung. Sie haben zwar Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, wenn sie mehr als sechs Monate in der BRD gearbeitet haben, bevor sie arbeitslos geworden sind, aber dieses Recht kann praktisch kaum wahrgenommen werden, da gleichzeitig eine Aufenthaltserlaubnis erforderlich ist. Eine Aufenthaltserlaubnis bekommt man jedoch nur, wenn man eine Arbeitserlaubnis hat. Durch diese Koppelung werden die Krankenschwestern von einer Stelle zur anderen geschickt und die Verantwortung schieben Behörden und Arbeitgeber gegenseitig von sich ab. Man könnte uns sagen, jetzt sei endlich die Zeit gekommen, unsere hier erwobenen Kenntnisse von modernen medizinischen Einrichtungen zu Hause anzuwenden. Aber wie sieht die Realität zu Hause aus? In Ländern wie Südkorea, Indien, den Philippinen usw. fehlt eine Gesundheitsorganisation, die die notwendigsten Bedürfnisse der einfachen Bevölkerung auch nur einigermaßen befriedigen könnte. Dadurch ist es für die Rückkehr fast aussichtslos, einen Arbeitsplatz zu finden. Gerade die gesellschaftliche und wirtschaftliche Rückständigkeit in unseren Heimatländern hat uns hier auf den Arbeitsmarkt geworfen. Und an dieser Lage hat sich nichts geändert. Die Rückkehrer vermehren zum großen Teil Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zu Hause.

WO SOLLEN WIR HIN?

Sollen die Ledigen unter uns einen beliebigen deutschen Mann heiraten, um der Ausweisung zu entgehen? Was sollen die Mütter unter uns tun, wenn ihnen die Erwerbsmöglichkeit für ihre Kinder und Familienangehörigen entzogen wird?

WIR SIND MENSCHEN!

Wir wollen nicht wie Waren hin und her geschoben werden. Außerdem haben die Patienten uns immer noch bitter nötig. Durch den Personalmangel in den Krankenhäusern werden die Patienten vernachlässigt und die verbleibenden Pflegekräfte leiden unter erzwungener Mehrarbeit.

DESHALB FORDERN WIR:

1. Gewährung der Aufenthaltserlaubnis, damit wir unseren Anspruch auf Arbeitslosengeld wahrnehmen können.
2. Unbefristete Aufenthaltserlaubnis!
3. Das Recht auf Weiterarbeit in der Bundesrepublik.

Koreanische Frauengruppen
in der Bundesrepublik Deutschland

Kontaktadresse:
Kang, Won-Hea, Adlzreiterstr. 15, 8000 München 2
Tel.: 089/53 57 55

Bei dieser Adresse können Unterschriftenlisten mit diesem Aufruf angefordert werden.

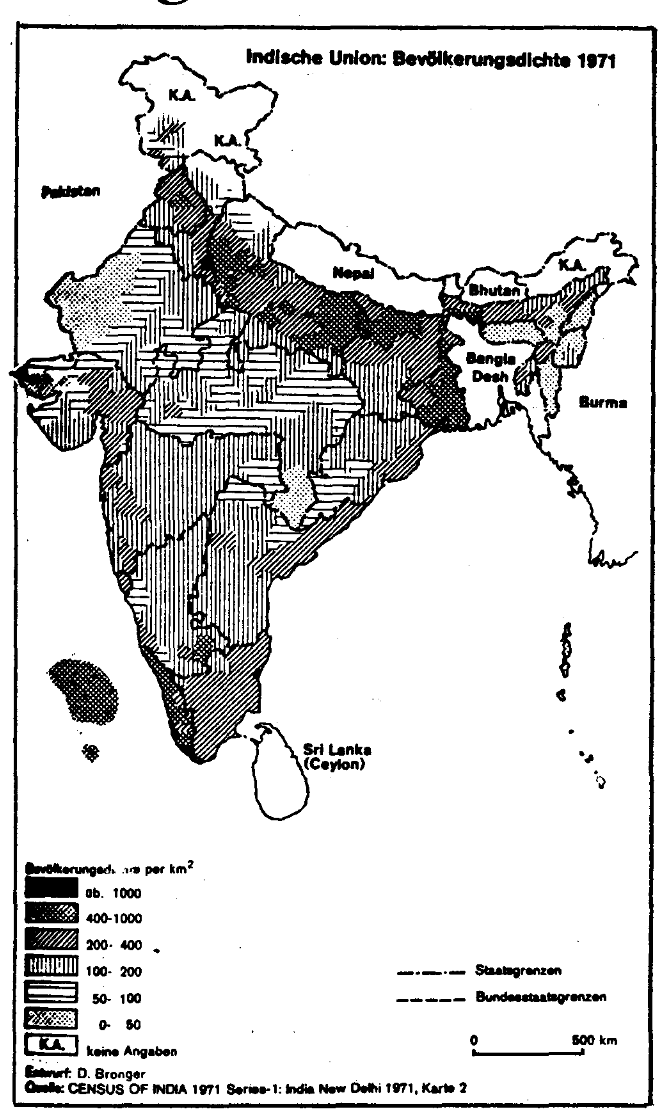
INDIEN

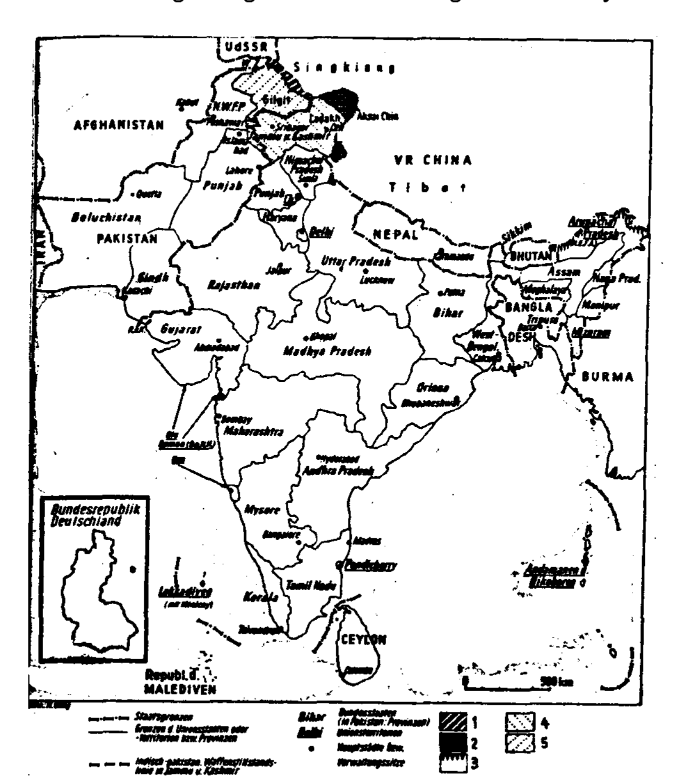
Ursachen und Formen des Elends der indischen Bauernbevölkerung

Der folgende Themenblock behandelt schwerpunktmäßig die indische Landwirtschaft. Diese Einschränkung erscheint uns legitim, weil über 80 % der inzwischen weit über 600 Millionen Inder in über 500 000 Dörfern wohnen. Aber nicht nur diese Zahl weist Indien formal als eines der größten Agrarländer der Erde aus, auch seine wesentlichen Probleme rühren letztlich aus einem ausgebeuteten und verelendeten Agrarsektor, ob es sich dabei um Hungersnöte und Massenarmut, oder um Landfragmentierung und erbliche Verschuldung handelt.

Den Ursachen und Formen dieser Verelendung soll in diesem Themenblock nachgegangen werden. Dabei nehmen 2 historische Hintergrundartikel einen vielleicht vordergründig zu großen Rahmen ein: Eine Schilderung der vorkolonialen indischen Agrarordnung ist aber notwendig, um zu zeigen, daß das indische Dorf nicht immer so verarmt war, wie es sich heute darstellt. Daß es eine Zeit gab, in der der Inder im Rahmen dieses Dorfes sich auf eine Überlebensgarantie verlassen konnte, die ihm seit dem Kolonialismus genommen wurde. Die daraufhin folgende Schilderung der Vernichtung der alten Agrarordnung soll zeigen, daß alle Probleme der gegenwärtigen indischen Landwirtschaft auf die Kolonialzeit rückführbar sind, die die alte Selbstversorgerzelle des Dorfes zerschlug und das Dorf als ohnmächtigen, passiven Teil an einen englischen Rohstoffweltmarkt anschloß.

Nach diesen beiden Hintergrundsberichten folgen die gegenwartsbezogenen Berichte. Dabei soll ein Artikel über das Scheitern der indischen Landreform nachweisen, daß die von den Engländern inthronisierten Großgrundbesitzergruppen bis zum heutigen Tage eine Veränderung der Herrschafts- und Elendsverhältnisse im Agrarbereich erfolgreich bekämpft haben und gleichzeitig soll gezeigt werden, daß selbst beim Gelingen der Landreform die Probleme des Agrarsektors „reformistisch" nicht mehr lösbar sind.





2 Berichte über die Ermordnung eines nordindischen Bauernführers und die Versuche der Selbstorganisation südindischer Bauern sollen die Brutalität und die Wiederstandschancen verdeutlichen, die sich im Verhältnis zwischen Armen und Reichen im Dorf zeigen.

Ein kurzer Artikel über das Kastenwesen will schließlich dem Vorurteil entgegentreten, das Elend des Agrarsektors lasse sich auf die Ursache des Kastenwesens zurückführen oder verlaufe gar nur in kastenspezifischen Bahnen. Vielmehr soll gezeigt werden, daß der Kolonialismus mit der Zerstörung der dörflichen Selbstversorgerökonomie zugleich auch die rationale Sachgesetzlichkeit der Kaste beseitigt hat und, daß durch eben diesen Vorgang der latente Klassenkonflikt zwischen Landlosen und über Land Verfügenden in aller Brutalität und – im Maßstabe der Verarmung – zunehmender Relevanz ins Spiel gebracht wurde.

Die vorkoloniale Agrarordnung Indiens – Die Selbstversorgung und Überlebensgarantie im vorkolonialen Dorf

Jakob Rösel

I **Der Hinduagrarstaat**
Dorfschenkung, Pferdeopfer und Tempelbau
Geldmangel
Mangel an Handel
Mangel an demographischem Druck

II **Der Moghulstaat**
Die Zerstörung der Tempelzentren
Einführung von Geldbeziehungen
Die Mansabdare
Die Verschuldung der Bauern
Die Verschuldung der Handwerker

Um die Probleme des modernen Indiens erklären zu können, bedarf es einer historischen Ableitung der gegenwärtigen Gesellschaftsform Indiens. Dies soll im folgenden versucht werden:

I Der Hinduagrarstaat

Der Hinduagrarstaat, der in vielen Zügen noch heute der indischen Gesellschaft seinen Stempel aufdrückt, war um 1000 nach Christus von der brahmanischen Priesterelite als fixes Staatsschema bereits orthodox festgelegt worden und er wurde mit erstaunlicher Homogenität, wo immer Brahmanen als Kolonisatoren und Staatstechnokraten auftraten, errichtet:

Der Entstehung dieses Staates gingen drei wesentliche wirtschaftliche, politische und rituelle Handlungen voraus, die das Gerüst des Staates und seine Entwicklungsmöglichkeiten im vornherein festlegten.

Dorfschenkung:

Voraussetzungen für das Entstehen eines Hinduagrarstaates war die Bereitschaft eines Lokalkönigs im Rahmen seines Stammesgebietes, Dörfer als Schenkungen an Brahmanen abzutreten. Nur wenn den Brahmanen solche Dörfer als „Shasanas" als Geschenke abgetreten wurden, die ihnen von nun an „solange Sonne und Mond bestehen", gehören sollten, waren Brahmanenclans bereit, auf riesigen Wagentrecks in bis dahin für sie unbewohnbare, weil unberührbare Gegenden zu emigrieren.

Pferdeopfer:

Als Zeichen, daß sie jetzt von nun an mit einem reinen, genealogisch gerechtfertigten Stammeshäuptling zu tun hatten, führten sie ein sog. „Pferdeopfer" durch, das den Häuptling zum „Maharadscha" verwandelte, einem dem Kriegerstand zwangsläufig zugehörigen Hindu, mit dem man ohne Statusverlust von nun an verhandeln konnte.

Tempelbau:

Nach der Dorfschenkung und dem Pferdeopfer fand als dritte und wesentlichste Handlung der Ausbau einer Tempel- und Palastmetropole statt. Ein „animistischer", aber territorial fixierter, Berggeist wurde nun in einen Tempel und eine Figur hinduistischer Ikonographie „gebannt". In dieser neuen menschlichen Form konnte mit ihm auf der Basis merkantiler Wechselseitigkeit verhandelt werden. Große ländereien im Umkreis des Tempels lieferten Nahrung, Bekleidung und Unterhaltungsartikel für das Bewirtungsritual dieses nun königlichen, diesseitigen Regionalgottes. Im Austausch dafür konnte sich der ehemalige Schungelhäuptling als „Wandelbild", „Vicekönig" und „lebende Essenz" des Gottes theokratisch legitimieren. Große Bewässerungsteiche und Vorratslager garantierten, daß auch in Perioden der Trockenheit der Gott und die von ihm abhängige Priester- und Palastbevölkerung nicht hungern mußte.

Mit Hilfe dieser drei Maßnahmen wurde also der Kern eines Herrschaftssystems geschaffen, das sich in der Folgezeit bis zu jener Grenze ausdehnen konnte, an der Dörfer noch steuerlich kontrollierbar und Steuereintreiber noch verläßlich waren.

Die rituell überformte Gründung dieses Reiches, die an die Mithilfe importierter Brahmanen gebunden war, präjudizierte deshalb auch die sich nun entwickelnde Struktur. Brahmanen dominierten deshalb, weil sie die Experten für Kalender- und Rechnungswesen waren. Mit Hilfe dieser beiden Techniken konnten sie ein verläßliches System der Registratur, der Landvermessung und der fristgerechten Steuereinziehung aufbauen. Zusätzlich unterlag ihnen die Aufgabe der Prinzenerziehung. Die Könige waren oft reine Produkte dieser Brahmanenbildung und von ihrer Erziehung abhängig.

In dem nun entstehenden Staatswesen waren die wichtigsten Ministerposten den Hochbrahmanen vorbehalten, ebenso wie die Verwendung des eingetriebenen Steuersurplus durch den dominierenden sakralen Komplex festgelegt war.

Ein Großteil der Ländereien war direkt den Tempeln und dem Palast produktspezifisch und dienstleistungsspezifisch zugeordnet: Bestimmte Dörfer lieferten Sandelholz, Zuckerrohr, Baumwolle und Früchte in die Tempel- und Palastküchen, bestimmte Dörfler versorgten die Paläste und Tempel mit ihren Diensten als Sänftenträger und Goldschmiede.

Im weiten Umkreis dieser Tempel und Palastdomänen lag das direkt besteuerte Land. Dieses Land lieferte die Naturalsteuer entweder Weizen oder Reis – über ein ineinander verschachteltes System von feudalen Steuerverantwortlichkeiten. Jene sorgten dafür, daß nur geringe Bruchteile direkt an die königliche Zentrale weitergegeben wurden und daß die Mehrzahl des Steueraufkommens den lokalen Gebietsherren überlassen blieb. Für das Recht ererbbarer Steuereintreibung waren diese Feudalherren dem König zu militärischer Gefolgschaft verpflichtet und periodische Pilgerfahrten in die Tempelstädte, die die einzig relevanten Märkte darstellten, sorgten zwanglos dafür, daß der akkumulierte Steuerüberschuß wieder in die Schatzhäuser der Tempelwirtschaften gelangte.

Geringe Kontrollmöglichkeiten:

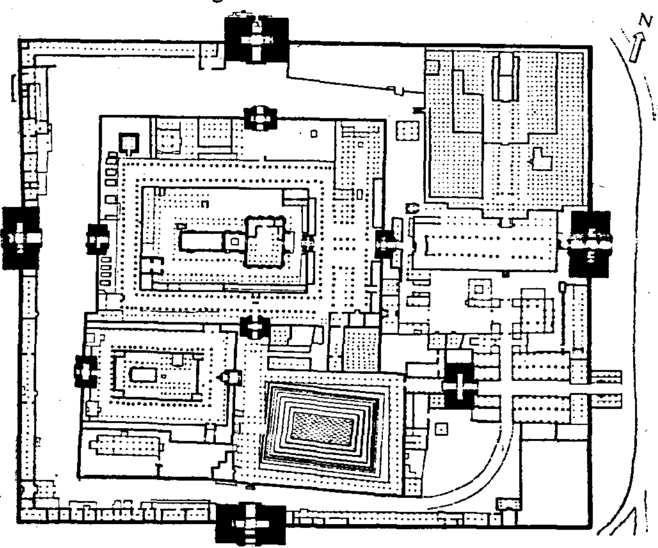
Da es keine Beamten im europäischen Sinne gab, sondern nur erbliche Geschlechter von Feudalaristokraten, hohen brahmanischen Ministern und Schreiberschichten, so waren die Ordnungsaufgaben des Staates auf die wenigen Tempel- und Palastzentren beschränkt. Rechtssprechung und Polizeigewalt hatten die Steuerverantwortlichen inne und Schiedssprüche der Hochbrahmanen wurden auf den wenigen „Rechtsplattformen" der Tempelzentren gefällt. An der Peripherie des Reiches ging die Steuerverantwortlichkeit in einer nuancierten Skala langsam in die eigene Machtstellung eines Tributarherrschers über. Das Betriebsoptimum dieser Staatskonstruktion war deshalb oft schon nach wenigen hundert Kilometern erreicht. Dort, wo eine dschungelbewachsene Hügelkette die fruchtbaren Reisebenen umschloß, endete zumeist auch die Macht des Regionalherrschers und die Loyalität seiner Steuerverantwortlichen. Die an den Hügelabhängen hinter Palisadenforts verschanzten Tributarfürsten waren oft noch nicht hinduisiert und stellten im Kriegsfalle die militärische Verteidigung des Reiches. In Friedenszeiten erwarben sie als Diener des Hindugottes der Reisebenen seltene Luxusgeschenke und Privilegien und im Falle der Zerrüttung und politischen Unsicherheit plünderten sie die Tempelschatzhäuser und setzten sich an die Stelle einer niedergemetzelten Dynastie in der Ebene.

Das erstaunliche an dieser archaischen Konstruktion bestand in ihrer ehernen Unwandelbarkeit. Auch nach Perioden starker Hungersnöte und politischer Zerrissenheit bildeten sich, wie einem brahmanischen Kristallisationsgesetz folgend, wieder diese Sakralstrukturen. Über Jahrhunderte hinweg durchliefen sie keine wesentliche strukturelle Entwicklung. Dieses erstaunliche Beharrungsvermögen soll kurz anhand von 3 Tatbeständen erläutert werden: dem Mangel an Geld, Handel und demographischen Druck.

Geldmangel:

Geld hat in dem hier geschilderten Agrarstaat nie eine bedeutsame Rolle gespielt. Obwohl Indien bereits vor dem Beginn unserer Zeitrechnung mit kolonialgriechischen Münzprägungen in Kontakt kam, hat sich dieses nachahmenswerte Beispiel nirgends durchgesetzt. Der entstehende Hinduagrarstaat entwickelte später deshalb auch seine Münzprägungen in anderen Bereichen, nach anderen Vorbildern und für andere Zwecke: im Tempel, in Analogie zu Landstiftungen und für die Stillegung in den Tempelschatzhäusern. Indische Münzen bestanden aus Kupfer-, Silber- oder Goldblechen, die mit Hilfe von Schlagstempeln ein Bild erhielten. Dieses Bild war in charakteristischem Unterschied zu antiken Münzen, nicht das Bild eines Herrschers, sondern ein Fruchtbarkeitssymbol, zumeist das Attribut eines Gottes, der zumeist der Regionalgott der herrschenden Dynastie war. Zeigt dies schon die sakrale Bewandtnis des Geldes, so wird das noch deutlicher, wenn man sieht, in welchen Bereichen sich diese Silberbleche zuerst durchsetzten. Das Geld war eine Form der Tempelwährung: Es wurde für Spenden in den Tempeln, aber auch für Transaktionen innerhalb der Tempelwirtschaft selbst bevorzugt gebraucht. Im allgemeinen Wirtschaftsgeschehen fand es nur geringe Verwertung.

Eine weitere Form des Geldes stellten die Kauri-Muscheln dar. Sie waren überall verbreitet und dienten als Austauschmedium für den kleinen Basarhandel, für jene Transaktionen, mit denen die Bauern sich Salz, Gewürze und medizinische Kräuter verschaffen mußten. Da ein Pfund Reis bereits eine Handvoll Kauri-Muscheln repräsentierte, so läßt sich die Schwerfälligkeit einer solchen Währung unschwer vorstellen. Aus dem Gesagten ergibt sich fast schon von selbst, daß die Steuer in Naturalform eingezogen wurde, ein Tatbestand, der die Schwerfälligkeit des Staatsgefüges und die geringfügigen Investitionsmöglichkeiten des Steuereinkommens maßgeblich erklärt.



Der Kern der Regionalreiche bestand aus minutiös geplanten Tempelstädten, die Schatzhäuser, Kornkammern, Bibliohtken, Steuerregistraturen und Bewässerungsteiche umfaßten.

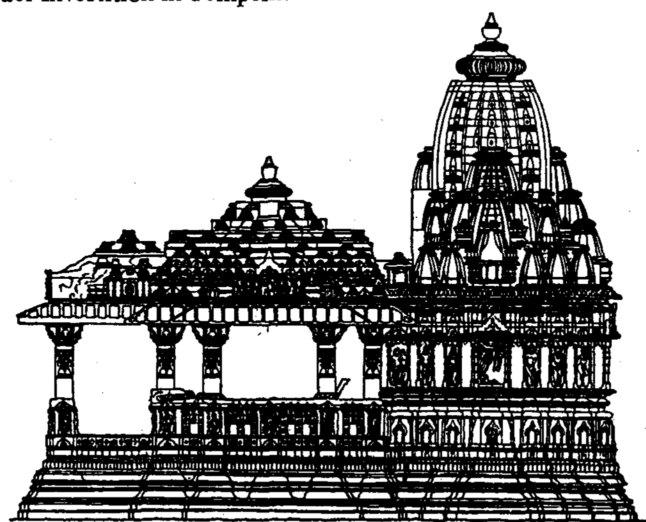
Mangel an Handel

Es gab nicht nur kein Geld, Geld war auch nicht notwendig. Wie neuere Forschungen immer deutlicher zeigen, ist die europäische Vorstellung von Indien als einem merkantilen, auf Luxuswarenimport und -export konzentrierten Landes falsch.

Der Prozentsatz der primären Produktion war in Indien immer zu allen Zeiten erstaunlich hoch, der sekundäre Sektor entweder auf die Zentren königlicher oder priesterlicher Hofhaltung konzentriert, oder aber im Rahmen der Dorfautarkie integriert. Nur ein geringer Prozentsatz der indischen Güterproduktion lief über einen Markt. Von diesem Prozentsatz erreichte wiederum nur ein Bruchteil den Außenhandel. Verantwortlich für diesen Zustand war der fast völlige Mangel an einer Infrastruktur. Es gab nur wenige Straßen, während des Monsun waren sie fast alle nicht passierbar. Anstelle von Brücken gab es Fährkasten, die mit kleinen und schlecht gebauten Booten Frachten übersetzten. Ein zahlreicher Küstenhandel wurde von spezialisierten Fischervölkern mit kleinen schlecht gebauten Booten abgewickelt. Da die Basis des hier beschriebenen Regionalreichs, das Dorf, auf einem hochkomplexen Muster der Selbstversorgung aufbaute, so konnten sich von diesem Dorf aus keine größeren Handelsbeziehungen aufbauen. Die Handelsbeziehungen zwischen den sakralen und königlichen Zentren der verschiedenen Regionalreiche waren dagegen auf leicht transportable, wertvolle Luxuswaren beschränkt. Der Außenhandel, der bereits seit den vorchristlichen Jahrhunderten die Mittelmeerwelt mit Asien verband, hatte keinerlei Wirkung auf die Situation der Dorfbevölkerung. Indien blieb deshalb Jahrhunderte lang eine Summe relativ autarker hochintegrierterDorfgemeinden und den Regionalreichen gelang es nur rudimentär, eine interne Arbeitsteilung durchzusetzen, da das Problem der Transportkosten bis zur Einführung der Eisenbahn unüberwindbar war.

In einer solchen Situation waren die Entwicklungsmöglichkeiten des indischen Regionalreiches sehr eingeschränkt. Die wesentlichen Bedürfnisse seiner Tempel- und Hofhal-

tungen waren statisch und stabil gedeckt und bewirkten schon von daher einen Zwang zur Unveränderbarkeit und Orthodoxie. Die wichtigste Steuerquelle, die Bodenertragssteuer, wurde in Naturalien, zumeist in Reis, eingenommen. Der Investition dieser Steuermenge stellten sich aber bei dem Mangel an einem großräumigen Handel und dem Mangel an Geldmitteln, unüberwindbare Probleme. Die Reismengen wurden zumeist direkt an die königlichen und priesterlichen Hofhaltungen oder an die königlichen Handwerkerschichten vergeben, die daraus Artikel für den Luxusexport herstellten: Seidenstoffe und Schmuckartikel. Der größere Betrag der Steuermenge mußte in unproduktiven Militärausgaben oder in der Gründung neuer Tempelzentren angelegt werden. Beides war notwendig durch die stets labile Situation des Regionalherrschers. Zum einen mußte er die Tributarherrscher mit Geschenken bestechen, zum anderen mußte er sie mit der Pracht und Drohgewalt der neuen Tempelburgen beeindrucken. Da das ganze Staatswesen vom Ursprung und von der Regie her auf die dominanten Brahmanen angewiesen war, so entschieden deren Wertvorstellungen von Anfang an über die orthodox gerechtfertigten Anlagemöglichkeiten des jährlichen Ernteüberschusses. Teure Rituale, Neugründung von Brahmanendörfern und Aus- und Aufbau von Tempelzentren waren die legitime Anwendung der jährlichen Steuermengen. Priesterliche und königliche Interessen konvergierten also in der Investition in Tempeln.



Die zentralen Staatstempel stellten hohe, massive Tempeltürme dar, die den Weltberg, das Zentrum der Welt darstellen sollten. Dem Haupttempel vorgelagert befanden sich Tanz- und Speisehallen für die Unterhaltungsbedürfnisse des diesseitigen Reichsgottes.

Der Mangel an demographischem Druck

Im Unterschied zum mittelalterlichen Europa und im Einklang mit fast allen frühen Hochkulturen gab es für die indische Dorfbevölkerung faktisch keinerlei Heiratsschranken. Trotz dieses Tatbestandes und der schon seit Jahrhunderten hohen Bewertung von zahlreichem männlichen Nachwuchs, war Land nie knapp. Erst unter dem Kolonialsystem zur Wende des 20. Jahrhundert kann Indien als überbevölkert angesehen werden.

Daß kein demographischer Druck entstand, der von sich aus den Herrschern Machtmittel in die Hände gespielt hätte, die einen Modernisierungsprozeß hätten auslösen können, ist im Grunde ein Rätsel. Sicherlich läßt sich die stets labile Existenzform eines Drittels der Dorfbevölkerung, der Tagelöhner, anführen.

Periodische Hungersnöte entvölkerten ganze Regionalreiche und es dauerte oft mehr als ein Jahrhundert, bis ein Regionalreich sich von einem solchen Aderlaß wieder erholt hatte. Ein riesiger Pilgerverkehr sorgte insbesondere dafür, daß auch schon zu frühen Zeiten die großen, zumeist mit dem Monsun einsetzenden Pest- und Choleraepidemien auf ganze Regionen, ja teilweise ganz Indien, „umverteilt" wurden.

Was auch immer die Ursache der statischen Bevölkerungsdichte gewesen sein mag, uns muß hier ihre Wirkung interessieren. Land war nie knapp und das bedeutete, daß die feudale Oberschicht ihre Steueranforderungen nie über das Subsistenzlimit hinaustrieben konnte. Geschah dies, so begann der in Indien oft zu beobachtende Prozeß der Emigration ganzer Dofgemeinschaften in die Domäne noch bis dato unzivilisierter Tributarherrscher an der Peripherie des jeweiligen Regionalreichs. Diese Emigration führte somit langsam dazu, daß auch die Hinterwäldler in den Genuß hinduistischer Lebensform und bäuerlicher Produktionsweise gelangten.

Da Menschen also relativ seltener als Land waren, so orientierte sich das gesamte politische System an diesem Faktum. Die Feudalorganisation war kein Machtsystem, das die Kontrolle von Land zum Ziel hatte, sondern es war eine großangelegte Kontrolle über Menschen, also Bauern und deren Arbeitsresultate, also Ernten. Ganz im Einklang mit diesem Zustand, gab es keine Vorstellung von Landbesitz und keine Möglichkeit, Land zu verkaufen. Das System der Besteuerung und der Verfügbarkeit über Ernteprodukte baute auf dem Gedanken einer genauen statusmäßig hierarchisierten Reihe von Rechten auf Ernteanteilen auf. Da die Dorfbevölkerung nicht über das Subsistenzminium heraus erpreßbar war, gab es nur wenige Möglichkeiten, die Produktivität zu steigern. Dem Dorf war traditionell der Subsistenzkonsum als orthodoxe Norm zugedacht, zugleich hätte es bei dem Mangel an Märkten auch nur wenige Anreize für den Bauern gegeben, mehr zu produzieren. Alles was über die dörfliche Subsistenz hinaus ging,wurde von den verschiedenen Schichten der feudalen Steuerverantwortlichen ohnehin nach Status und Machtchance unter sich verteilt. Der Mangel an einem demographischen Druck hatte also die Konsequenz, daß auch dem Ärmsten unter der dörflichen Bevölkerung unter allen Umständen eine Überlebenschance geboten werden mußte, denn ansonsten mußte man mit Abwanderung und unbebautem Land rechnen. Dieses Limit verhinderte damit auch, daß Indien sich zu einer sklavenhaltenden Wirtschaftsweise im mediterranen Stil entwickelte.

Erst der Kolonialismus zerstörte diese Überlebenschance und brachte damit durch die grenzenlose Besteuerung die Armut des indischen Dorfes zur Grundlage seiner riesigen Überschüsse und billigen Arbeitskräfte.

II Der Mongulstaat

Die Zerstörung der Tempelzentren

Die Einwanderung zentralasiatischer Nomadenstämme war schon seit jeher ein Faktum nordindischer Geschichte gewesen. Einer fallenden Dominokette ähnlich schoben sich in um Jahrhunderte getrennten Schüben immer neue Weidegebiete suchende Nomadenstämme aus dem sich langsam übervölkernden Steppenraum zwischen Alteigebirge, Pamir und Kaspischem Meer erst in den Bereich Afghanistans und dann weiter entweder nach Persien oder bevorzugt nach Nordindien. Sie ersetzten den jeweils vorletzten Nomadenstamm, der als Feudalschicht und Dynastie die Verfügung über die Ernten der großen Flußtäler des Pandschab und des Doab an sich gerissen hatte.

Hervorragend an diesen Wanderungsprozessen, die jeweils einen neuen Prozeß der Herrschaftsgruppierung auslösten, war bisher die rasche Hinduisierung der Einwanderer gewesen. Das sollte sich ab 900 v. Chr. mit dem Auftreten des Islam ändern. Das nomadische Lebensgefühl des legitimen Raubes bei den Nutznießern der Erderschaffung, den Bauern, wurde nun, dank einer oberflächlichen Islamisierung, zu einer verpflichtenden Ideologie. Im afghanischen Kulturkorridor oberflächlich islamisiert, wußten die in die Weizen- und Reisebenen herabstoßenden Nomadenheere, daß sie nicht nur plündern mußten, um zu überleben, sondern daß sie auch durften, was sie ohnehin wollten.
Seit diesem Zeitpunkt konnte die Hindugesellschaft und die Hinduregionalreiche diese Eroberer nicht mehr absorbieren, sondern zwei diametral entgegengesetzte Gesellschafts- und Lebensstile standen einander gegenüber.

Den Hindustaat haben wir bereits beschrieben: Er war ein auf statischen Bedarfsdeckungsprinzipien des erblichen Spezialistentums und der produkt- und dienstleistungsspezifischen Pfründenvergabe aufbauender Agrarstaat. Zielsetzung und ideologische ultima ratio war die Stillegung und Hortung der agrarischen Überschüsse in Sakralmetropolen. Diesem, auf Erblichkeit, Orthodoxie und religiöser Pflichterfüllung aufbauenden Lebensstil stand nun eine Konquistadorengesellschaft gegenüber, die soziale Mobilität, wechselnde Loyalitäten und Allianzen, individuelle Leistung, Raub und ausbeuterischen Handel und Sklavenarbeit zu ihrem dominanten Lebensstil und Weltgefühl gemacht hatte.
Die nur scheinbar modernen Züge dieser Nomadengesellschaft resultierten aus der eigenartigen Konstellation, die sich aus der islamischen Konquista Nordindiens ergab.
Die politische Verfassung der Nomadenreiche war stets flexibel und vage. Aus dem nomadischen Hinterland stammende Söldner und Prätorianergarden putschten oder die eigenen Clanangehörigen rissen sich um die militärische Macht. Jeder hatte in der Anfangsphase die Möglichkeit, sich aus der Masse der niedergeworfenen Hinduregionalreiche mit dem eigenen Schwert ein Reich herauszuschlagen. Den Charakter dieser militaristischen Aufsteigergesellschaft beleuchtet die Tatsache, daß nur ein Minimum der Herrscher eines friedlichen Todes starb, die durchschnittliche Regierungszeit bei etwa 10 Jahren lag und Nordindien während dieser Phase einem sioh dauernd ändernden Fleckenteppich variabler Herrschaftsausdehnung entsprach. Erst unter den Mogulen, einer spät einmarschierten Turkdynastie wurde aus der Unmasse dieser verschiedenen Garnisons- und Raubritterkulturen ein verwaltungstechnisch gefestigtes Reich, an dem wir die Momente der Änderung und Erneuerung betrachten können.

Die bilderstürmerische Phase des Islam hatte den Tempelwirtschaften der Regionalreiche den Todesstoß versetzt. Die großen Schatzhäuser wurden geplündert und die unermeßlichen Gold- und Silberschätze auf so viele Kamele verladen, daß der Zeigefinger bei der Aufgabe des Abzählens erlahmte, die Götterbilder wurden geschändet und auf dem Weg zur Moschee als Stufen für die Sandalen der Muslime ausgelegt und aus den nach tausenden zählenden Heerscharen der Tempeldiener wurde durch die Wucht des Schwertes ein wunderbarer roter Teppich gewebt, zur Freude Allahs – so blutrünstig berichten es zumindest die islamischen Chroniken.

Mit der Zerstörung der Großtempelanlagen verlor das Hindukönigtum seine legitimatorische Basis und seine ökonomische Notreserve. Die Dynastien sanken nun auf den Rang feudaler, steuerverantwortlicher Aristokraten herab. Eine Basis, die man ihnen aber nie nehmen konnte: Jeder von den Muslimen entthronte Angehörige wurde sofort durch einen entfernten Verwandten dieser seit Jahrhunderten in der Region heimischen Familien ersetzt. Die sich nun etablierende muslimische Hofkultur arrangierte sich deshalb sehr bald mit diesen alten Dynastien, indem sie ihnen die subalterne Rolle von Steuerbevollmächtigten zuwies.

Nach all dem Genannten könnte man die Wirkung des islamischen Erobererstaates als letztlich nur zerstörerisch ansehen. Der Aufbau einer etablierten islamischen Macht unter der Dynastie der Mogulen bewirkte aber weiterführende politische und ökonomische Veränderungen:



Junge Tempelpriester vor dem Tempeltor in Puri Orissa

Die Einführung von Geldbeziehungen

Mit dem Einmarsch des Islam wurde Indien endgültiger und definitiver Bestandteil des internationalen Systems des „Dinar-Imperialismus". Dem Islam war es unter dem Abbasiden-Kalifat gelungen, die großen Wirtschaftsbereiche des Mittelmeerraums und Asiens miteinander zu verschmelzen. Möglich war das durch die Gewährung des Münzrechts an alle Städte und Wirtschaftsregionen dieser beiden riesigen Handelsbereiche. Durch die Einführung des Dinar wurde eine Weltwährung begründet, die in kürzester Zeit auch bisher bargeldlose lokale Wirtschaftsräume in den internationalen islamischen Handelsbereich integrierte.

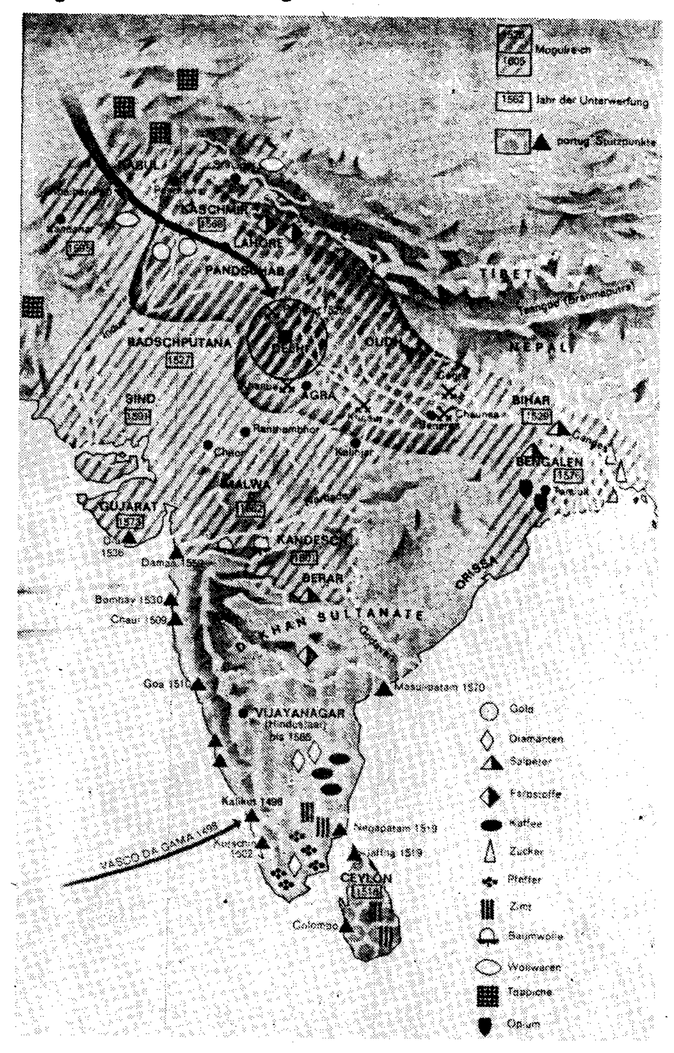
Schon während der Phase der Tempelplünderungen und Raubzüge wanderten die indischen Schätze und Sklaven auf die zentralen Warenmärkte von Baghdad und Damaskus. Mit der Konsolidierung der isalamischen Macht nahm der Handelsaustausch zwischen Indien und dem Mittelmeerraum quantitativ bedeutsame, monetär geregelte Züge an. Der Anschluß an das islamische Dinar-System bewirkte, daß die islamischen Fürsten in zunehmendem Maße versuchten, die

Versorgung ihrer Städte auf eine Geldbasis zu stellen und die per Verpfründung statisch garantierte Versorgung ihrer Residenzen aufzubrechen. Um das zu erreichen, forderten sie die Ertragssteuern in Geld ein. Gleichzeitig schafften sie den bisher üblichen Brauch ab, die Ertragssteuern auf der Basis der stehenden Ernte aufzuteilen – Repartitionssteuer –, statt dessen wurde die Steuerforderung auf der Basis mehrjähriger Ernten veranlagt.

Damit etablierte sich eine Zwei-Sektoren-Wirtschaft:

Steuereintreibung und städtisches Leben wurden monetär und über einen Markt abgewickelt, die Masse der Agrarbevölkerung lebte nach wie vor in der bargeldlosen Selbstversorgungszelle des indischen Dorfes.

Das Bemerkenswerte an der indischen Situation ist aber auch hier wieder, daß diese zwei einander inkompatiblen Wirtschaftsformen jahrhundertelang in einem stabilen Status quo nebeneinander existieren konnten. Das Fehlen an einer Ausdehnung des Geld- und Marktbereichs außerhalb der steuerlichen, der städtischen und der Außenhandelsbeziehungen liegt aber an dem nach wie vor ausbeuterischen, parasitären und konsumtiven Charakter der Feudalherrschaft. Nach wie vor wurden die eingenommenen Geldmittel zur Finanzierung einer ruinösen Hofkultur und Günstlingswirtschaft eingesetzt, die Mehrzahl der Geldsummen ging in die pausenlos ablaufenden Scharmützel und Kriegszüge. Auch die neue Feudalherrschaft verhinderte also, daß Steuermittel in Form von Investitionen in die Landwirtschaft zurückflossen. Das wird bei einer Betrachtung der moghulischen Würdenträger deutlich.



Unter der Moghulherrschaft wurde Indien zum Exportland all dessen, was in Europa als luxuriös und wertvoll galt.

Die Mansabdare:

Die Verwaltung des Moghulreiches ruhte neben den in ihrer politischen Stellung nicht antastbaren Brahmanen- und Hindu-Aristokraten auf den islamischen Würdenträgern, den Mansabdaren. Ursprünglich waren diese in der Zeit der Eroberung und Plünderung die wichtigsten Garanten der Macht gewesen. Sie mußten gegen Überlassung steuerfreien Landes ein bestimmtes Kavalleriekontingent jederzeit und überall stellen. In der späteren Zeit waren sie neben dieser militärischen Aufgabe die wichtigsten Steuereinzugsbeamten des Moghulreiches. Da sie, zur Vermeidung einer regionalen, erblichen Machtstellung, nach zwei bis drei Jahren stets wieder versetzt wurden, so resultierte aus diesem Rotationsprinzip eine enorme, um die künftige Fruchtbarkeit des Landes wenig bedachte, Ausbeutung.

Diese neuen Steuerverantwortlichen waren im Unterschied zu den alten Hindu-Eliten keine regionalen Machthaber, sondern „Absentee Lords": sie waren in ihrem Steuergebiet selbst nicht wohnhaft. Sie residierten an den jeweiligen Höfen der Nawabs oder Moghul-Kaiser, um durch ihre Präsenz in Intrigen, Günstlings- und Harems-Koalitionen sicherzustellen, daß ihre Zamindaris, ihre Rechte auf Steuereinzugsgebiete beibehalten wurden. Ihr Interesse mußte also daran liegen, die Steuern möglichst rasch in Geldform zu erhalten. Sie vor allen anderen waren es deshalb, die die Einführung von Geldsteuern durchsetzten. Mit der Einführung von Geldsteuern entstand nun auch ein Druck, „cash crops", „Profitprodukte" anzubauen, Bodenfrüchte, die auf den regionalen oder sogar überregionalen Märkten hohe Gewinne abwarfen. Der Übergang von groben Weizensorten zu gutem Weizen und der spezialisierte Anbau von Baumwolle, Zuckerrohr, Indigo, Mohn und Tabak dürften in dieser Zeit erfolgt sein. Das beste Beispiel für diese regionalen Spezialisierungen bietet Bengalen, das sich bereits unter den Moghuln in jene exportorientierte cash-crop-Provinz verwandelte, der später die East India Company ihren exorbitanten Reichtum verdankte.

Die schleichende Monetarisierung bewirkte aber, daß die indische Bauernschaft auf der Schwelle zur Neuzeit endgültig in eine Situation geriet, die der Kolonialismus dann lediglich verstärken und festschreiben mußte:

Eine direkte Folge des Ausbaus der Geldbeziehungen in der Landwirtschaft war die Kommerzialisierung der Rechte der lokalen Steuereinziehung. Das bedeutete, daß neue Elemente, Adelige, Offizielle und Kavallerie-Offiziere Zamindaris am Hofe kauften und verkauften. Städtische Kaufleute scheinen in dieser Zeit in dem Ankauf von Steuerrechten noch keine Investition für ihr überschüssiges Kapital gesehen zu haben, aber die ländlichen Geldverleiher verwandelten ihr Kapital manchmal in Zamindari-Rechte.

Damit hat sich der Ring finanzieller Erpreßbarkeit um den indischen Bauern geschlossen:

Verschuldung der Bauern:

Aufgefordert, seine Steuern in Geld zu bezahlen, war der Bauer auf den dörflichen Getreidehändler angewiesen, der zugleich der dörfliche Wuchrer war: Dieser kaufte den Weizen nach der Ernte, wenn die Preise niedrig waren, was dem Bauern einerseits die Mittel nahm, genügend Nahrungsmittel bis zur nächsten Ernte zurückzubehalten und ihn andererseits zwang, die fehlende Summe zusätzlich beim Geldverleiher zu leihen oder beim Steuerverantwortlichen anschreiben zu lassen. Auf die erste Verschuldung folgte sodann die zweite: Bevor die nächste Ernte auf dem Halm stand, mußte der Bauer Konsumtionskredite aufnehmen, um bis zu dieser Ernte überhaupt zu überleben. Kaufte der dörfliche Geldver-

leiher und Getreidehändler dann noch zusätzlich das Recht der zamindari, das Recht auf Steuereinzug, so waren die Bauern ihm von allen Seiten ausgeliefert. Er konnte die Steuerquote manipulieren, den Marktpreis dank seines Monopols für das zu verkaufende Getreide festlegen und die Wucherzinsen diktieren.

Theoretisch müßte man deshalb annehmen, daß spätestens in der Moghulzeit die indische Bauernschaft in den Kreislauf der wachsenden, erblichen Verschuldung, der Landlosigkeit und Leibeigenschaft mit anschließendem Zustand faktischer Sklaverei geraten wäre. Daß dieser Prozeß erst unter dem Kolonialismus mit ungeheurer Rasanz einsetzte, lag an dem nach wie vor unerheblichen Bevölkerungswachstum.

Auch unter dem Islam hatte sich an der grundlegenden Relation zuviel Boden – zuwenig Menschen, nichts geändert. Land war deshalb noch immer im Überfluß vorhanden und deshalb kein „Gut", das an- und verkauft werden konnte. Im Einklang damit besaß ein Bauer auch kein Land und er zahlte, der staatsrechtlichen Vorstellung zufolge, keine Steuern, sondern er existierte dank der Gnade und Macht des königlichen Despoten, dem alles, vor allem die Bauern, gehörte und er zahlte deshalb eine „Pacht" an diesen Herrscher. Dieser Pacht unterlag aber immer das unerschütterliche Gewohnheitsrecht des Bauern, sein Land zu bebauen.

In dieser Situation konnte der Geldverleiher diese Agrarverfassung zwar pauperisieren, er konnte sie aber nicht zu einem marktwirtschaftlichen System umwälzen. Er konnte zwar das Recht auf Steuereinzug kaufen und die Bauern in immer tiefere Verschuldung zwingen, in den Besitz des Landes selbst geriet er nicht, und die Bauern vertreiben konnte er ebensowenig.

So war in der Hindu-Gesellschaft und auch noch während der Moghul-Zeit der Geldverleiher eine eher bedauernswerte Gestalt. Als Sicherheit für seine Kredite konnte er kein Land pfänden, sondern lediglich die Ernten, dem Bauern die Mittel für die Subsistenz zu lassen, lag aber wiederum in seinem wohlbegründeten Eigeninteresse, da nur ein lebender Bauer ansonsten brachliegendes Land bebaute, da dem Bauern als traditioneller Lebensstil ohnehin nur die Subsistenz zugestanden wurde, so konnte der Geldverleiher zwar die Bauernschaft verschulden, aber nie deren Stellung und die Struktur des Dorfes umwälzen. Das sollte sich erst im Kolonialsystem mit dem westlichen Besitzrecht und mit der gewaltigen Macht der Kolonialarmeen ändern.

Die direkten Wirkungen der tendenziellen Monetarisierung der ländlichen Wirtschaftsbeziehung lassen sich deshalb in der Existenz einer relativ verbreiteten Klasse von verschuldeten, landlosen Tagelöhnern nachweisen und in einem einer Börse ähnlichen Modus des An- und Verkaufs von Steuereinziehungsrechten. Eine ähnliche Situation läßt sich auch für die städtischen Handwerkerschichten aufzeigen:

Verschuldung der Handwerker:

Diese Handwerkerschichten produzierten oft, in ihnen selbst nicht gehörenden Werkstätten für die Luxusbedürfnisse der muslimischen Oberschicht und den von ihr organisierten internationalen Luxushandel. Obwohl dieser Export Indien im Mittelalter den Ruf eines Märchenlandes eintrug, war die Handwerkstechnologie und die Arbeitsproduktivität gering. Viel zu vielen Handwerkern stand ein zu geringer Markt gegenüber, und die Gewinne waren so gering, daß zumeiste nur gegen Vorschußzahlung gearbeitet werden konnte. Dieser Modus der Vorschußzahlung barg auch in der Stadt schon früh die Gefahr der Verschuldung bei Kaufleuten in sich, die für Rohstoffe, Werkzeuge und Verkaufsmöglichkeiten sorgten. Aus dieser Situation der Ohnmacht resultiert wohl das Faktum, daß es in Indien selten zur Ausbildung von Zünften und damit nie zum Entstehen einer Stadt abendländischen Typs kam – einer relativ autonomen Zentrale von Handwerkszünften, die für das Umland und den Fernhandel relativ selbständig und rechtlich geschützt produzieren konnten. Mit geringer Technologie und sehr arbeitsintensiv produzierend, vollständig abhängig von Nachfrage und Handelshäusern, ständig an der Schwelle der Subsistenz lebend, bedurfte es nur einer leichten technologischen Überlegenheit, eines geringen Konkurrenzdruckes, um dieses traditionelle Handwerk zu ruinieren. Auch hier stand der Kolonialismus bereits wie ein Menetekel an der Wand künftiger Ereignisse.

●

Die Vernichtung der alten Agrarordnung durch den Kolonialismus – Verelendung der Dörfer und ihr Anschluß an den englischen Rohstoffweltmarkt

Jakob Rösel

I Die Kolonialzeit

Die East-India-Company

Bereits auf dem Höhepunkt der Moghulherrschaft kommt Indien mitportugiesischen, französischen, dänischen, holländischen und englischen Handelskompanien in Kontakt.

Als erste hatten die Portugiesen die gefahrvolle Passage um Afrika herum gebahnt, um durch direkten Handel mit Indien und Hinterindien das lukrative Zwischenhandelsmonopol des Islam zu brechen. Seitdem gelangten indische Exportwaren in zunehmendem Maße nicht mehr über die direkte Mittelmeerroute, sondern auf der langen Reise um das Kap der Guten Hoffnung in Europa an. Da die verfügbare Schiffskapazität der Handelskompanien gering war, so bestritten sie anfangs einen gut Teil ihres Gewinns dadurch, daß sie den lukrativen Zwischenhandel zwischen Hinterindien und Indien und Indien und Arabien an sich rissen. Durch Plünderung der von den Muslims dominierten Hafenstädte und durch das Aufbringen der islamischen Dhaus zerstörten sie in weniger als einem Jahrhundert das seit einem halben Jahrtausend bestehende Handelsmonopol der Muslime.

Die englische East-India-Company fand erst relativ spät Zutritt zu diesem Spiel der großen Gewinne – bis zu 600 % – und ihre Entstehung und ihre spätere Wirkung verlangen nach einer kurzen Darstellung der Situation, in der diese Handelsgesellschaft entstand.

England stand im Jahre der Gründung der East-India-Company, 1599, mitten in einer seiner folgenreichsten geschichtlichen Umwälzungen. Aus einer feudalen Aristokratie war eine ländliche Großgrundbesitzerschicht mit auch merkantilen Interessen geworden. Die Einführung der konstitutionellen Monarchie und des Parlamentarismus standen auch im Zeichen einer Veränderung der jetzt mehr wirtschaftlichen Interessen der alten Aristokratie.

Die neuen wirtschaftlichen Interessen der englischen Aristokratie lagen in dem Aufbau einer einheimischen Tuchindustrie, dies um sich dadurch von dem flandrischen Monopol der Abnahme englischer Rohwolle zu befreien.
Eine ostindische Handelskompagnie, die von nun an mit Indiens wichtigstem Exportgut, billigen und hervorragend gewebten Baumwollstoffen den englischen Markt überschwemmen konnte, eine solche Handelsgesellschaft mußte den englischen Manufakturinteressen völlig im Wege stehen. Auf der anderen Seite war die E.I.C. auf die Zusammenarbeit mit den Manufakturkreisen angewiesen: Die Company brauchte dringend billige und große Kredite, also ein modernes Bankwesen, da zwischen Investition und Ertrag über 8monatige Spannen lagen. In England aber dominierte noch das vom Hof und der alten verschwendungssüchtigen Aristokratie lebende Geldverleihertum.

In dieser Situation kam es zu einem folgenreichen historischen Kompromiß: Gegen den Verzicht der E.I.C. ihre Baumwollstoffe auf dem englischen Markt zu verkaufen, waren die Wollmanufakturen bereit, die Gründung einer modernen Bank, der Bank of England, mit zu unterstützen.
Diese Einrichtung gab jetzt der Handelskompanien und später der kolonialen Expansion ihre überlegene und längerfristig verfügbare finanzielle Rücklage. Die Sicherung dieser finanziellen Rücklage wurde erkauft durch das Einverständnis der neuen exotischen Aktiengesellschaft, ihre Produkte außerhalb Englands zu verkaufen. Damit war der Konflikt zwischen Außenhandels- und inländischen Manufakturinteressen vor Beginn der industriellen und kolonialen Expansion bereinigt. Dies war einer der Gründe für das relativ unangefochtene Wachstum der East-India-Company in dem kommenden Jahrhundert. Bevor also die Handelskompanie zu einer bedeutenden Rolle im indischen Subkontinent aufgerückt war, hatte sie bereits strukturelle Verwandlungen im Mutterland mit herbeigeführt, die ihre künftige Expansion unterstützen mußten.

Das nun folgende Wachstum der East-India-Company durchlief die folgenden Stationen, die sich stichwortartig mit den folgenden Schlagworten charakterisieren lassen: Luxushandel, Warenmanufaktur, politische Einflußnahme, Militärhilfe und Übernahme der Regierungskontrolle.

Luxushandel

In ihrer anfänglichen Phase erwarb die Kompanie von dem Moghulreich sogenannte Firmane, Handelspatente, um an bestimmten Küstenplätzen Edelsteine, Stoffe, Gewürze und Indigo gegen Blei, Gold und anfänglich Wolle einzutauschen. Dem Erlangen eines jeden dieser notwendigen Firmane gingen oft jahrelanges Warten und Intrigen am Moghulhof in Delhi voraus. Das Firman bestand in einer Abschlagzah-

lung, die die Erlaubnis beinhaltete, von nun an über einen bestimmten Zeitraum zollfrei Handel treiben zu dürfen. Dieses Arrangement und die Umstände, die zur Erlangung eines Firmans notwendig waren, öffneten den Engländern früh die Augen über die mangelnde Kontrolle der Moghuln über ihre eigenen Küsten und über die wahren Machtverhältnisse am Hof von Delhi.

Eine Ironie der Weltgeschichte liegt dabei in der Tatsache, daß die Engländer den Portugiesen sehr rasch vorgezogen wurden, weil sie stets erklärten, keinerlei religiöse, politische und territoriale Interessen zu haben. Sie seien lediglich apolitische und tolerante Kaufleute, Gewinne, aber keine konvertierten Seelen längen in ihrem Interesse. Das half, die anfängliche Scheu vor ihnen zu überwinden. Die Engländer galten nämlich als „Königsmörder" und als anarchisches, weil parlamentarisch beherrschtes Volk.

Warenmanufaktur

Inzwischen löste sich vor den Augen der Engländer das Moghulreich unter den Raumbzügen der Mahratten, einer westindischen Hindu-Dynastie, auf. Immer wieder wurden die Küstenstädte von der Mahrattenkavallerie oder selbständig gewordenen Moghulnawabs, Moghulstatthaltern, geplündert. Dieses Machtvakuum erlaubte es der Kompanie, ihre Faktoreien zu durch Palisadenzäune gefestigte Forts umzubauen, und in zunehmendem Maße wurden die lokalen Weberkasten und andere für den Export tätigen Handwerker in den Faktoreien angesiedelt. Jene waren bisher von den lokalen Potentaten für den Handel ausgebeutet worden, bis die Überfälle und Deportationen durch die Mahratten überhand nahmen. Ursprünglich zogen sie deshalb gern in den Schutz der Palisadenforts, um erst später zu erkennen, daß sie ihre Schutzlosigkeit nun gegen eine faktische Sklaverei eingetauscht hatten.

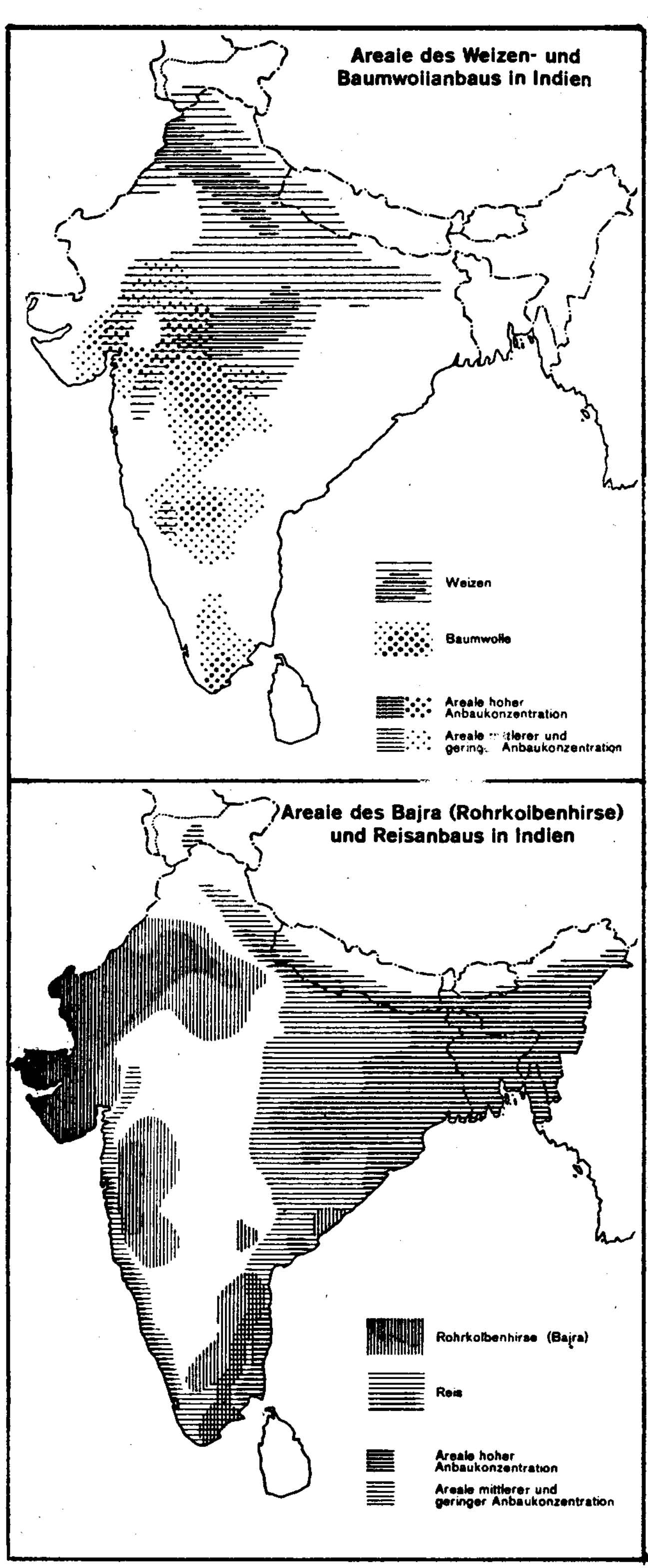
Der Kompanie war es nun möglich, ihre Handelswaren zu lächerlich geringen Kosten anfertigen zu lassen. Die schon ohnehin hohen jährlichen Dividendenausschüttungen stiegen von nun an kontinuierlich weiter. Der Reichtum der Kompanie war so groß, daß sie bis 1750 bereits über 4 Millionen Pfund Sterling der englischen Regierung als Kredite gewährt hatte. Da die einheimischen Herrscher durch die Handwerkeremigration ihrer wesentlichsten Einnahmequelle beraubt wurden, verdoppelten sie ihre Angriffe auf die Küstenforts. Die Antwort der Handelskompanien war, daß sie nun eine ständige von Küstenfort zu Küstenfort operierende Flotte unterhielten, die stets schneller war, als die langsamen und unterbezahlten Landarmeen der zahlreichen Duodez-Machthaber der Küste.

Militärhilfe

Sehr bald erkannten die indischen Machthaber, daß sie nur mit einer ähnlich beweglichen Flotte die mächtigen Fremdforts neben ihren Hafenstädten würden vertreiben können. So verbündeten sie sich im 18. Jahrhundert zusehends mit den Flottenverbänden der rivalisierenden Kompanien. Was aber ein Versuch war, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, führte nur zur politischen Einflußnahme der Handeslkompanien auf die einheimischen Herrscher. Sehr bald schon verbanden sich die Engländer oder Franzosen mit bestimmten Fürsten Südindiens, um sich wechselseitig die Forts zu belagern und zu plündern.

Wie wichtig diese kolonialen Enklaven inzwischen geworden waren, zeigt das Beispiel Bombays: Unbehindert von allen kriegerischen Auseinandersetzungen schwoll der ursprünglich auf sieben Inseln verstreut gelegene Handelsplatz der Göttin Mumbaya, Bombay, zwischen 1668 und 1674 von 10 000 Bewohnern auf 60 000 an.

Die Faktoreien waren inzwischen die Zentren der Außenhandelsproduktion und die gesamte ehemals erhebliche indische Küstenschiffahrt war zum Monopol der Handelskompanien geworden. Die zahllosen alten, von einem asiatischen Völkergemisch bewohnten Handelsstädte, wie Kochin, Kalikut, Broach etc. verbauerten und orientierten sich wieder an



Die indische Bevölkerung lebt und ernährt sich seit altersher von dem Anbau von jeweils einer der in Indien anbaubaren, monokulturellen Anbaufrüchte: Weizen oder Reis.

der Agrarproduktion ihres Hinterlandes. Zu diesem Zeitpunkt war es nur noch eine Frage der Zeit, wann Europäer auch auf indischem Boden kämpfen würden. Der Ausgangspunkt für diese Entwicklung war der spanische Erbfolgekrieg und die Kriege Tippu Sultans.

Übernahme der Regierungskontrolle

Während dieser militärischen Entwicklungen hatte die Kompanie ein unumstrittenes Handelsmonopol über Bengalen errichtet. Bengalen war die fruchtbarste, cash-crop-intensivste Provinz des Moghulreiches.
Dänische, französische und holländische Handelsniederlassungen wurden mit List, Tücke und gelegentlichen Massakern geplündert und übernommen und um 1750 stellte die Provinz den überragenden Anteil an den Exporten für die East-India-Company und finanzierte sämtliche Verwaltungskosten. Seit diesem Zeitpunkt war jedem Beamten der Kompanie klar, daß in Bengalen der Schlüssel zur endgültigen Niederwerfung des sich auflösenden Moghulreiches lag. Dieser Punkt war schließlich mit der Schlacht von Plassey 1757 erreicht. Seit diesem Zeitpunkt war die Kompanie die Königsmacherin von Bengalen und hatte zum ersten Mal die Regierungsverantwortlichkeit und das Recht auf direkte Bodenbesteuerung über die kostbarste Provinz Indiens inne. Was nun folgte, war eine länger als ein Jahrzehnt dauernde Ausplünderung dieser Provinz, die mit gewaltigen Hungersnöten und dem Zusammenbruch Bengalens bezahlt wurde. Damit fand die ursprüngliche Phase des Raubkolonialismus ihr Ende, und aus den Trümmern Bengalens entstand die Voraussetzung einer rationaleren Kolonialverwaltung. Diese Verwaltung, die Grundlage des Kolonialsystems, soll im folgenden kurz dargestellt werden.

Der koloniale Steuereinzug und die Verarmung der Dörfer

Die Kompan[illegible]ßte zu allererst das Problem der Eintreibung der Ertrag[illegible]rn lösen. Gemäß den Vorstellungen einer privaten Aktiengesellschaft sollten die Kosten einer solchen Steuereintreibung möglichst gering bleiben, statt dessen sollten die eingetriebenen Steuern einen möglichst hohen Gewinn abwerfen. Die Kompanie konnte und wollte nicht auf die seit Jahrhunderten gewachsenen und in Zeiten der hinduistischen, muslimischen und mahrattischen Okkupation sich überlagernden Strukturen der Steuereinzugsprivilegien eingehen. Sie übernahm zwar zunächst das traditionelle Muster der Steuereintreibung, tat dies aber mit dem charakteristischen Unterschied, daß sie den Unterschied zwischen seiner formalen Gestalt und seiner von Dorf zu Dorf, Ranggruppe zu Ranggruppe und von Hungersnot zu Ernte variierenden Anwendungsform systematisch übersah. Dabei wurde sie oft durch die einheimischen Aristokraten, durch eine mit „John Company" schon seit Jahrzehnten kollaborierenden Schicht von bengalischen Parvenues und Günstlingen und auch von dem schrankenlosen Ehrgeiz ihrer anfänglich unterbezahlten Angestellten unterstützt.

Theoretisch ließ sich das Problem des Steuereinzugs innerhalb von zwei Ordnungen lösen, die überall in Indien einmal zur Anwendung kamen und die die Kompanie im Laufe eines gewinnhungrigen Lernprozesses zuerst in Nord- und dann in Südindien ausprobierte. Ihr Ziel, durch eine jeweils neue Steuereinzugsart die Verarmung und Verschuldung der Bauern zu lindern, hat sie dabei nie erreicht. Das Dilemma, das sich der Kompanie dabei stellte, hatte der Satiriker Swift einige Jahrzehnte zuvor schon dargestellt: Sollte sich der koloniale Gulliver von wenigen Riesen oder vielen Zwergen fesseln lassen?

Das Zamindarisystem

Man konnte mit den Ranghöchsten der alten Steuerbevollmächtigten, den Zamindaren, zusammenarbeiten. Man brauchte also nur einen minimalen Verwaltungsapparat, und man bezahlte dieses Minimum an Kosten mit einer völligen Abhängigkeit von diesen nun sehr bald faktischen Großgrundbesitzern. Es war dies das Zamindarisystem, das im Falle Bengalens bereits seine katastrophalen Auswirkungen gezeigt hatte, aber dessen unbeschadet in weiten Teilen Nordindiens eingeführt wurde.

Das Ryotwari-System

Man konnte mit den einzelnen Dörfern, den Ryots, Bauern, direkt zusammenarbeiten. Dies erforderte einen großen Beamtenstab und genaue Landeskenntnisse, was wiederum die Zusammenarbeit mit den alten Steuerbevollmächtigten notwendig machte – diesmal aber nicht in der Rolle von Großgrundbesitzern, sondern Kompaniebeamten. Dieses System kam in Südindien unter dem Begriff des Ryotwari-Systems zur Anwendung. Anstatt die Entstehung mächtiger, sowohl Dörfer wie Kompanie dominierender Großgrundbesitzer zu verhindern, führte diese Steuereinzugsart lediglich dazu, daß die Kompanie das Entstehen eines brahmanischen Großgrundbesitzertums nun noch durch ihre Gehaltszahlungen an diese brahmanischen Kompaniebeamten finanzierte.

Wenn die Engländer die alten Systeme der Steuereintreibung, wenn auch in generalisierter Form, übernahmen, so nimmt es Wunder, wieso die Verarmung der indischen Bauern unter den Engländern sich ins Unermeßliche steigerte. Die Erklärung dafür liegt in der Form, in der die Engländer diese alten Systeme zur Anwendung brachten.
Die Engländer bestanden von Anfang an auf der vollständigen Bezahlung der festgelegten Steuerquoten. Damit stellte sich zum ersten Mal die Frage, wie verfahren werden sollte, wenn die Steuern nicht voll bezahlt wurden. Dieses Problem lösten die Engländer durch Auktion. Der oft seit Jahrhunderten in einer bestimmten Region seßhafte, feudale Clan wurde seines Rechtes auf Steuereintreibung beraubt. Der Kern seiner traditionalen Stellung und Hausmacht ging ihm dadurch verloren.

Dieses System führte in kürzester Zeit dazu, daß in Bengalen, Orissa und Bihar die einheimischen feudalen Eliten aus ihrer traditionellen und von den Bauern geachteten Stellung vertrieben wurden und an ihre Stelle in Kalkutta ansässige Kolonialkollaborateure traten. Auch ihnen war klar, daß sie nur über wenige Jahre die geforderten Steuersummen aus dem Land würden ziehen können und sich sogleich noch bereichern konnten, so lange nämlich, bis auch das Saatgut, die bronzenen Haushaltsgeräte und das Werkzeug den Bauern weggenommen wurde. Doch im Unterschied zu den alten Aristokraten, die diese Gefahr stets abzuwenden wußten, weil sie die Basis ihres Reichtums, ihrer Herrschaft und Autorität nicht ruinieren mochten, mußte sich der Steuereinzugsspekulant nach drei Jahren lediglich für zahlungsunfähig erklären lassen.
In der nächsten Auktion war das Land dann zu den festgelegten Quoten zwar nicht mehr zu versteigern, der Spekulant konnte sich aber statt dessen neue Ländereien in noch ferneren, gerade erst eroberten Gebieten ersteigern. Kalkutta wurde auf diese Weise zur Metropole von Absentee-Lords, die stets den erobernden Kolonien Armeen wie eine Schar von Raubvögeln folgend, die neu eroberten Provinzen zum Gewinn der Kompanie kaputtsteuerten.

Auf diese Weise verwandelten sich die neu eroberten Gebiete stets in ein verarmtes und ein von Fremden und dauernd fluktuierenden Steuerspekulanten ausgeplündertes Land.

Das Resultat war ein trotz dauernder Auktionen sinkendes Steuervolumen. Dies versuchte die Kompanie dadurch auszugleichen, daß sie periodisch, nach jeweils 3 bis 5 Jahren, die Steuerquote noch höher schraubte, früher steuerfreies Land, an Klöster, Tempel, Notablen oder auch Dorfhandwerker vergeben, in großem Rahmen einzog und kleine, aber wichtige Mittel, wie die Bezahlung der Steuern in mehreren Raten, Kists, abschaffte. Dadurch wurde jedoch der Prozeß nur noch weiter verschärft und 20 Jahre nach Einmarsch der Kompanie hatte beispielsweise in Orissa die Flucht ganzer Dörfer in die nicht kontrollierbaren Dschungelregionen solche Ausmaße angenommen, daß große Teile der Reiseebenen von Dschungel bedeckt waren und die Tigerplage zum ersten Mal zu einer ernsten Bedrohung der verbliebenen Bauern und der Pilgerzüge wurde.

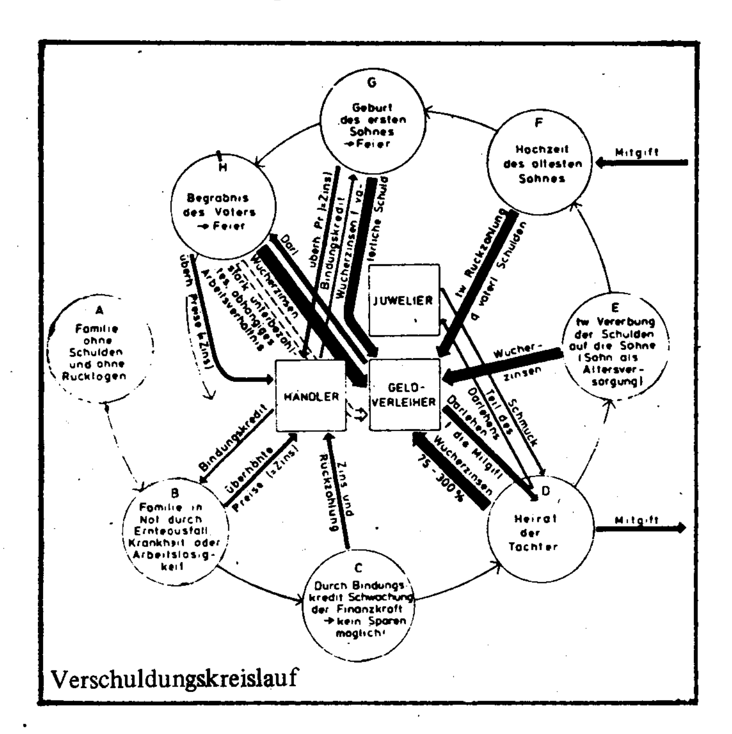
In dieser Situation verkündete die Kompanie eines ihrer „Permanent Settlements". Unbegrenzt, in Wirklichkeit nur dreißig Jahre lang, sollten die festgelegten Steuersummen von nun an gelten. Steuernachlässe wurden gewährt, sofern Land gerodet und Staudämme gebaut wurden und Bauern aus nichtenglischen Teilen Indiens wurden massenhaft zur Besiedlung des brachliegenden Landes angeworben. Nach einer gewissen Weile wurde zwar wieder die Daumenschraube der Besteuerung angezogen, aber nun nicht mehr in dem für die Kompanie ruinösen Ausmaß. Damit verhinderten die Engländer eine offene Revolte der traditionalen Mächte gegen dieses System, das sie ihrer alten Stellung zusehends beraubte.

Die Verarmung der Bauern wurde dadurch aber nicht verhindert. Die früher ambulanten Spekulanten nisteten sich nun lediglich auf Dauer ein. Für den Bauern war es gleichbedeutend, ob er mit wechselnden oder mit dem gleichen Steuerbevollmächtigten zu tun hatte. Da dieser in den großen Kolonialzentren, überwiegend in Calcutta wohnte, so war der Bauer ohnehin nur mit der nun immer zahlreicher werdenden Hierarchie von eingesetzten Untereintreibern konfrontiert, zumeist mit deren niedrigster Rangstufe, einer Gruppe von mit Schlagstöcken ausgestatteten Schlägern, Gundas, die alles, was nicht zur unbedingten Subsistenz notwendig war, im Rahmen der Steuereintreibung und für den Bedarf dieser parasitären Zwischenschicht von Steuerpächtern einzogen.

Europäisches Besitzrecht:

Alles das konnte geschehen, weil mit dem Kolonialsystem ein neuer Tatbestand nach Indien gekommen war: Die Vorstellung von Besitz. Landbesitz war bisher keine juristisch faßbare Kategorie gewesen. Selbstverständlich war es zwischen hohen Steuerbevollmächtigten üblich gewesen, das Recht auf Steuereintreibung über ein Dorf einem anderen gegen Geld zu überlassen, aber solche Transaktionen nahmen stets die Form einer Stiftung an, und eine eventuelle Bezahlung wurde verschämt als Spende deklariert. Zusätzlich bemühte sich der Stiftungsakt stets, das Ganze, als vom jeweiligen König beabsichtigt, darzustellen, da ihm ja, wie bereits erwähnt, Land, Luft und Wasser gehörte – was er sogar durch eine symbolische „Hauspacht" dokumentierte. Da solcher Besitzwechsel für die betroffenen Bauern völlig irrelevant war, weil deren Gewohnheitsrecht auf erbliche Bebauung des Bodens fortbestand, so konnten solche Transaktionen nichts an der Struktur des Dorfes ändern. Sie waren auch keine wirtschaftlichen Transaktionen, sondern stellten zumeist politische Machtprozesse innerhalb der Eliten dar. Den Engländern schwebte aber eine nicht mehr militärisch orientierte, politisch intrigante indische Aristokratie vor, sondern deren Interessen sollten von nun an auf Konsum, ein Komfort-Dasein und wirtschaftliche Belange verlagert werden. In dieser Weise würden sie zu treuen, weil egoistischen Garanten der englischen Kolonialherrschaft werden. Der Lieutnant-Governor Sir William Bentinck sprach dies 1829 unverblümt aus:

„Da es zu Beginn unserer Herrschaft keinen Schutz vor Tumult und Revolution gab, so möchte ich doch noch erwähnen, daß unser System der Besteuerung, wenn es auch sonst ein Fehlschlag in vielerlei Hinsicht gewesen sein mag... diesen großartigen Vorteil zum Mindesten mit sich brachte: es hat eine große Gruppe von Landbesitzern erschaffen, die zutiefst an der Fortsetzung der britischen Herrschaft interessiert sind und die die vollständige Kontrolle über die Masse der Bevölkerung haben."



Verschuldungskreislauf

Der Übergang zu dieser neuen Interessenausrichtung sollte durch die Einführung eines europäischen Boden- und Besitzrechts eingeleitet werden. Indem der ehemalige lokale Machthaber zum regionalen Großgrundbesitzer wurde, sollte er wirtschaftliche Interessen entwickeln, die Produktivität seiner Ländereien förderung und durch rechtlich garantierten Besitz frei von der Furcht werden, ein Machtwechsel oder neue Regierungskoalitionen könnten seine Steuerrechte beschneiden. In der ideologischen Projektion von seiten der Regierungsautoren sollte also Indien jenen Prozeß durchlaufen, den England drei Jahrhunderte früher durchlaufen hatte und der die Wurzeln zu seinem gegenwärtigen Industriesystem und Empire gelegt hatte.

Was man aber besitzt, kann man auch verlieren und die hohen Steuerquoten wirkten nun gegenüber der einheimischen Elite keineswegs als Anreiz zu erhöhter Investition in der Landwirtschaft. Statt dessen verloren sie den ihnen erst kurz zuvor rechtlich zugesprochenen Besitz an die Geldverleiher und diese, einmal in den Besitz der Ländereien gekommen, erkannten und praktizierten zum ersten Mal die Möglichkeit, die ihnen das englische Besitzrecht zugestand. Sie pfändeten und entließen die verschuldeten Bauern und siedelten noch willfährigere, weil ärmere Bauern an deren Stelle an. Die seit Jahrhunderten für die Mehrheit der indischen Bevölkerung geltende Existenzgarantie eines erblichen Bebauungsrechtes von Land wurde damit aufgelöst, und mitHilfe eines Federstrichs wurde die indische Bauernschaft in ein jederzeit kündbares Agrarproletariat verwandelt.

Der Ort, an dem solche Enteignungen und Bauernvertreibungen entschieden wurden, war das koloniale Gerichtsgebäude. Um an diesem Gerichtsort seine Interessen durchsetzen zu können, bedurfte es der Hilfe von Mittelsmännern, die die obskuren Rituale und Mechanismen eines europäischen Gerichtsverfahrens beherrschten. So entwickelte sich nun eine zusätzliche Gruppe von Menschen, deren Status und Wohlergehen eng mit der Kolonialmacht zusammenhing: Unter Sonnendächern und Baldachinen vor dem jeweiligen Justiz-Bungalow hockend boten diese, oft als einzige der Gerichtssprache des Persischen oder Englischen mächtigen und oft aus den alten Schreiberkasten entstammenden Leute den Geldverleihern, die aufs Bauernlegen aus waren, ihre Dienste an. Die schreibunkundigen Bauern und die weder des Persischen noch des Englischen mächtige einheimische Aristokratie waren dann in den ablaufenden Prozessen ihrer Vertreibung hoffnungslos unterlegen.

Was war nun das Resultat dieser Umwandlung der indischen Agrarstruktur? Obwohl an die Stelle der alten Feudaleliten das habgierige Besitztum von Geldverleihern getreten war, so führte dieser Prozeß keineswegs zu der erhofften Modernisierung des Agrarsektors. Der Agrarsektor wurde zwar kommerzialisiert, aber eine längerfristige Steigerung der Hektarerträge fand nicht statt. Zwar bewirkte der durch die neuen Oberschichten initiierte Überlebensdruck, daß in großem Umfang brachliegendes Land bebaut und nun vermehrt cash crops angebaut wurden, um die Steuern oder Pachten zu bezahlen, aber eine signifikante und längerfristige Steigerung der Hektrarerträge, die eine Reinvestition von Gewinnen vorausgesetzt hätte, ist nicht nachzuweisen. Die neuen Oberschichten waren wie die alten Rentiers, nur waren sie skrupelloser, was die Ertragsquote anging, die sie aus ihren Ländereien herauspreßten.

Dieses Faktum war zwar der kolonialen Regierung bekannt, und die Memoranden, in denen die Armut, Verschuldung und Vertreibung der Bauern beklagt wurden, sind zahllos, aber die Wurzel des Übels, die von den Engländern inthronisierte und juristisch in ihrer Macht zementierte neue Großgrundbesitzerschicht wurde in sämtlichen Reformvorschlägen mit Samthandschuhen behandelt. So gab es zwar immer wieder Versuche, ein Genossenschaftliches Bankwesen einzuführen, das das wichtigste Mittel der Wucherer gebrochen hätte, aber in die Realität umgesetzt wurden diese Vorschläge nie. Es konnte auch nicht in die Realität umgesetzt werden, denn die ganze Steuereinziehung war auf das Geldverleihertum schon lange angewiesen:

„Das Folgende geschieht: Zuerst wird die Steueranmahnung dem Bauern zugeschickt und wenn dieser, nach gewissen Arten der Druckausübung nicht zahlt dann wird eine 2. Steueranmahnung dem lokalen Geldverleiher zugeschickt, der mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit entweder der Besitzer des Landes oder der Gläubiger des Bauern ist. Wenn der Bauer nicht zahlt, laß den Geldverleiher für ihn zahlen, lautet die Bombay-formel."

Zwar hätte man durch den Bau von Kanälen die Produktivität der Landwirtschaft unerhört steigern können, nur ein geringer Prozentsatz der Felder Indiens trägt mehr als eine Ernte, aber zu solcherlei kurzfristig unrentablen Investitionen war die Kolonialregierung in charakteristischem Gegensatz zu dem von ihr geförderten Eisenbahnbau nie bereit. Die wenigen Kanäle, die sie, maßgeblich im Panjab, anlegte, waren lediglich für Neubesiedlung gedacht, um dem drückenden Problem der Überbevölkerung Herr zu werden.

Auf diese Weise änderte sich an der Technologie und der Produktivität und damit an dem Lebensstandard des indischen Bauern nichts, oder wenn, nur etwas zum Schlechteren. Die Bankrotterklärung des englischen Kolonialsystems lieferte dabei der ranghöchste Kolonialbeamte des India Office selber. In einer langen Studie wies er zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach, daß sich die Anzeichen mehren würden, daß seit fünfzehn Jahren ein Trend eingesetzt habe, der anzudeuten scheine, daß es dem indischen Bauern langsam aber sicher etwas besser als zur Zeit der Moghulherrschafft ginge. Diese Feststellung wurde 100 Jahre nach dem Beginn der territorialen Herrschaft der E.I. C. getroffen.

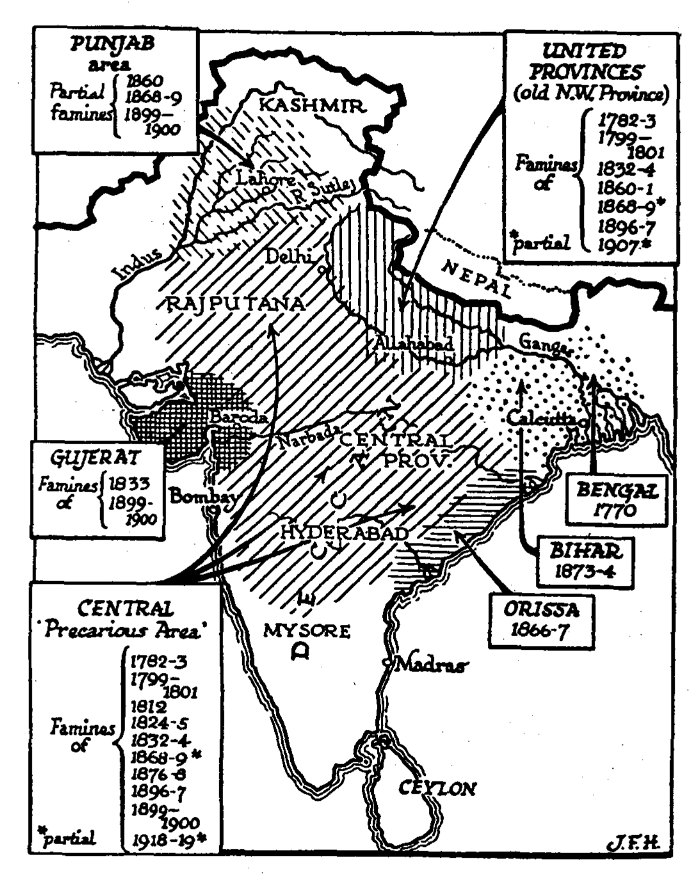
Der bekannteste Historiker im Kolonialdienst W. W. Hunter war noch deutlicher. Er schrieb 1880:

„Nach einem minutiösen Vergleich des heutigen ländlichen Indiens mit den Fakten, die sich aus den Manuskriptquellen ergeben, bin ich zu der Schlußfolgerung gezwungen, daß über weite Bereiche hinweg für die Inder der Kampf ums Überleben härter wurde, als er es damals war, als das Land in unsere Hände überging... Das traurige Resultat ist, daß ob wir das Land einer Eigentümerklasse übergeben, wie in Bengalen, oder ob wir es in unseren eigenen Händen behalten, wie in Südindien, für den großen Teil des indischen Volkes der Lebenskampf härter wird."

War das bereits ein Eingeständnis des völligen Versagens des englischen Kolonialsystems zumindest angesichts seiner eigenen Erwartungen, so sprechen die seit der Ankunft der Engländer mit ununterbrochener Häufigkeit auftretenden Hungerskatastrophen eine noch eindeutigere Sprache.

Hunger und Überbevölkerung

Zwischen 1770 und 1920 fanden in dem von dem Kolonialreich beherrschten Indien 18 Hungersnöte statt, die jedes Mal eine Region von der Größe Deutschlands umfaßten und 7 Hungersnöte, die in kleineren Provinzen auftraten.



Verzeichnis der zwischen 1770 und 1920 unter dem Kolonialsystem auftretenden Hungersnöte.

Die Opfer dieser Katastrophen wurden nie systematisch erfaßt, da ein genauer Bevölkerungszensus erst sporadisch ab 1879 begonnen wurde. Als Indikator kann gelten, daß bei der Hungersnot in Orissa von 1867 mehr als ein Viertel der Bevölkerung verhungerte. Daß bei zweimaligem Ausbleiben des Monsuns stets eine Hungersnot gegeben war, sagt einiges über den Zustand der indischen Landwirtschaft und der englischen Verwaltung aus. Man muß ein Minimum von 15 Millionen Toten als Opfer dieser Hungersnöte veranschlagen. Die Katastrophen folgten fast immer dem gleichen Verlaufsschema. Die Kolonialregierung, mißtrauisch gegenüber Informationen über Ernteeinbußen, die ja doch nur Steuersenkungen bedeutet hätten, wartete so lange, bis fast schon die ganze Provinz hungerte. Waren die Nahrungspreise auf den lokalen Märkten so hoch gestiegen, daß auch die regionalen einheimischen Kolonialtruppen nicht mehr mit Nahrung über den einheimischen Markt versorgt werden konnten, so wurden zur Feststellung der Strenge der Hungersnot sog. „public works" begonnen. „Public works" waren Straßenbauten oder der Bau von Eisenbahndämmen, bei denen die Arbeiter zu Hungerlöhnen oder – wenn sie Glück hatten – direkt mit täglicher Nahrung entlohnt wurden. Erfreuten sich diese „public works" überproportionalen Zuspruchs, so wurde langsam mit der Errichtung von relief kitchens und dem Import von surplus-Reis aus den anderen Provinzen begonnen. Da die Hilfsmaßnahmen zu spät begonnen wurden und sich aufgrund der mangelnden Infrastruktur zumeist auf die Eisenbahnstationen und die städtischen Zentren konzentrierten, so führte diese Form der Hungerhilfe zwar dazu, daß die Basis der englischen Macht nicht durch Hungerrevolten erschüttert wurde, daß aber die Mehrheit der Bevölkerung abgeschnitten in den Dörfern, ungehört und hilflos vor sich hin hungerte. Legitimiert wurde dieses Verhalten durch die Maxime der Kolonialverwaltung, man dürfe nicht in die wirtschaftlichen Gesetze eingreifen. Würde der Nahrungspreis über eine bestimmte Höhe steigen, so würden die Getreidehändler schon von selbst ihren gehorteten Reis auf den Markt werfen und zusätzliche Nahrung aus anderen Provinzen importieren. Das aber übersah just das Spiel der indischen Getreidehändler, die oft die traurigen Gewinner dieser Katastrophen waren. Sie hielten ihr Getreide zurück, bis es auf astronomische Höhen gestiegen war und gaben winzige Teile als Konsumkredite an die Bauernschaft ab, um sich in dieser Situation der wenigen Rechte und Utensilien, die jenen noch geblieben waren, bemächtigen zu können. Zugleich überschätzte dieses Argument das Ausmaß der von den Indern getragenen Getreidevermarktung und Infrastruktur. Da während der Hungersnöte immer in den Dörfern, seltener in den Städten gehungert wurde, so führten die Hungersnöte wie von selbst dazu, daß aus ihnen ein weiterer Ausbau der Machtstellung der neuen Getreidehändlereliten hervorging. Da es keine von den Geldverleihern und Getreidehändlern unabhängige Vermarktungsmöglichkeit von Notnahrung gab, so bereicherten sich diese Gruppen dann sogar an den Hilfsgütern.

Obwohl die Hungersnöte oft ganze Provinzen entvölkerten, so hatten oft wenige Jahrzehnte später die Provinzen dieses Defizit wieder ausgeglichen. Die Kolonialadministration sah zu, daß durch die Gewährung kostenloser Bahnfahrten, durch Steuernachlässe und Startinvestitionen alsbald wieder neue Bauernfamilien aus übervölkerten Provinzen angesiedelt wurden, so daß die alte Siedlungsdichte rasch wieder erreicht wurde. Ein solches Vorgehen der Regierung läßt sich dabei eher mit den Interessen eines Gemüsegärtners als mit ihren hochtönenden pathetischen Fortschritts- und Entwicklungsphrasen in Einklang bringen. Nicht tausendfacher Tod, sondern die häufigen Steuerausfälle versetzten die Administratoren in Schrecken. Just aus dieser Haltung resultiert denn auch das erstaunliche Faktum, daß während der Kolonialzeit trotz periodischer Hungersnöte und bei dem Weiterbestehen einer stagnativen Agrarproduktion und exzessiven Ausbeutungsquote die indische Bevölkerung, wenn auch langsam, so doch im Unterschied zur vorkolonialen Zeit, stetig zunahm. So nahm die indische Bevölkerung allein in dem Zeitraum von 1872 – 1931 von 206 Mill. auf 353 Mill. zu. Zwar gehen in dieser Ziffer 42 Mill. aufgrund von neuen Gebietserwerbungen ab, aber nichtsdestoweniger bleibt doch ein Zuwachs von 50 Prozent innerhalb von 60 Jahren. Die Folge dieser Entwicklung war, daß um 1900 die optimale Relation zwischen Boden und Bebauer im Rahmen dieser rückständigen Bewirtschaftungsweise überschritten wurde. Eine weitere Folge dieser Entwicklung war, daß nun der Wert von Land sprunghaft anstieg. Da Dank des Bevölkerungswachstums der Wert des Landes nun auch bei gleichbleibender und selbst fallender Produktivität weiter tieg, so wurde nun Landbesitz zu einer lukrativen Investitionsmöglichkeit, dessen Wertzuwachs wesentlich höher lag als es der Wertzuwachs durch höhere Produktivität je hätte werden können. Ein Produktivitätszuwachs hätte ja riesige Investitionssummen in Form von Bewässerung und Düngemittelimporten vorausgesetzt. Die auf der Seite der halbfeudalen indischen Oberschicht verfügbaren Kapitalsummen wurden von nun an zunehmend unproduktiv in dem Besitz und nie in der Produktivitätssteigerung landwirtschaftlicher Güter stillgelegt. Bodenbesitz wurde zu einem Spekulationsobjekt.

„Der Landbesitz wanderte weiterhin aus den Händen der alten Besitzer in die Hände von Geldverleihern, Städtern, erfolgreichen Advokaten, und wohlhabenden Händlern. Für sie war Landbesitz eine kommerzielle Anlage und der Bauer ein Rivale, den man durch Pachten ruinieren durfte."

II Die Integration Indiens im englischen Weltmarkt:

Während die East-India-Company die Umformung des Agrarsektors vornahm und zu einer der größten Wirtschafts-, Land- und Militärmächte des 19. Jahrhunderts aufstieg, war sie selbst in ihrer Interessenausrichtung letztlich zwiespältig und als Organisationsform ein Anachronismus. Adam Smith, der sich in seiner Propagandaschrift 'The Wealth of Nations' sehr früh zum Sprachrohr der aufstrebenden Stoffmanufakturen Nordenglands gemacht hatte, stellte als erster diesen Widerspruch heraus:

„Das Interesse der East-India-Company in ihrer Rolle als Territorialherrscher besteht darin, die europäischen Waren die in ihren indischen Staat gebracht werden, so billig wie möglich zu verkaufen und die indischen Waren, die aus Indien nach Europa gebracht werden, so teuer wie möglich zu verkaufen. Aber das genaue Gegenteil gilt für die Company in ihrer Rolle als Händler. Als Souverän Indiens liegt der Company Interesse bei ihrem Land, das sie regiert, als Händler liegt ihr Interesse in der entgegengesetzten Richtung."

In der vorindustriellen Ära war auf der Basis eines gleich primitiven, vorindustriellen Handwerks der Produktivitätsunterschied zwischen verschiedenen Ländern verschwindend gering gewesen. Wer profitabel Handel treiben wollte, tat dies nicht durch die Ausnutzung von Produktivitätsvorteilen, sondern durch die Bildung von Monopolen. Die Bildung solchen Monopolhandels setzte freilich die militärische und politische Macht voraus, die notwendig war, um ein Monopol erfolgreich durchzusetzen. Die Geschichte der

East India Company war die Geschichte dieser militärischen und politischen Manöver, die sie nach mehreren Jahrhundern ten in die Lage versetzten, uneingeschränkt Handel zwischen Indien und Europa zu treiben. Ein solches Verhalten war durch die Doktrinen des Merkantilismus abgedeckt und war im 18. Jahrhundert, dem Jahrhundert der europäischen Schutzzölle und Monopolkompanien, politisch en vogue. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts aber hatte sich die englische Tuchindustrie technologisch an die Spitze der europäischen Nationen gesetzt. Sie verlangte nach einer Wirtschaftsordnung, die es ihr gestattete, ihren Produktivitätsvorteil voll ins Spiel zu bringen. Die optimale Doktrin für den jeweils technologisch Fortgeschrittensten ist der Freihandel.

Diese Handelsfreiheit forderten nun die Tuchmanufakturen von Lancashire und sie waren, wie während der Frühzeit der East India Company, auch diesmal wieder zu einem historischen Kompromiß bereit. Gegen den Verzicht auf das Handelsmonopol waren sie bereit, der East India Company ihre Stellung als Territorialmacht Indiens weiterhin zu belassen. Indien sollte zum Absatzmarkt englischer Tuchwaren werden, dafür durfte die East India-Company als Territorialmacht weiter bestehen. Der Interessenwiderspruch war damit gelöst, der Anachronismus bestand weiter. Erst nach dem großen Aufstand ging die Company gemeinsam mit den alten Mächten, die gegen sie gekämpft hatten, unter. Indien wurde Kronkolonie.

Der Aufhebung des Handelsmonopols folgte nun eine komplette Veränderung der Struktur des Außenhandels. Binnen weniger Jahre ging der indische Export von Tuchstoffen schlagartig zurück, um nie mehr anzusteigen und stieg der Import von Lancashire-Stoffen nach Indien. 1815 wurden Baumwollstoffe im Werte von 1,3 Millionen Pfund Sterling aus Indien exportiert, 1832 Stoffe im Wert von weniger als 100 000 Pfund. 1815 wurden englische Baumwollsto[illegible] im Werte von 26,300 Pfund importiert, 1832 wurden S[illegible] im Wert von mehr als 400,000 Pfund importiert.

Diese Entwicklung war bereits seit langem vorbereitet worden. Bereits 1769 waren Anstrengungen unternommen worden, in Bengalen die Manufaktur von Seidengarn zu fördern und die Manufaktur von Seidenstoffen zu erschweren. Spätestens zu Beginn des 19. Jahrhunderts war dann der Entscheidungszwang zwischen englischer und indischer Tuchmanufaktur allen Betroffenen klar: „The fact being that weavers, either in the one country or the other must be sacrificed, and this sacrifice having already taken place in India, you wish to revive the population of India at the expense of this country?" Diese Frage eines Vertreters der englischen Seidenindustrie beantwortet sich selber. Mit dem Aufbau ihrer Tuchwarenexporte nach Indien schaffte sich die englische Industrie nun einen nicht mehr anfechtbaren, krisensicheren Absatzmarkt: noch 1910 gingen 40 % der Lancashire Baumwollgüter nach Indien. Die direkte Konsequenz dieses Tuchimports war der Ruin der Weberkasten und der Weberstädte Moghulindiens, die ehemals für den Export produziert hatten. Die Verbauerung und Entvölkerung wird am Beispiel von Dacca deutlich, einer Stadt, in der früher die weltberühmten Musselinstoffe hergestellt wurden. Binnen eines Jahrhunderts schrumpfte diese Weberstadt von 200 000 Einwohnern auf 79 000.

Daß es aber nur eines so kleinen Konkurrenzstoßes und nur so kurzer Zeit bedurfte, um dieses klassische indische Exporthandwerk zu ruinieren, zeigt bereits, auf welch labiler und kapitalarmer Basis dieses Handwerk betrieben wurde.

Parallel zu dem Niedergang der Weberkasten fand aber auch der gesamte Niedergang des städtischen Handwerks statt. Dieser Niedergang der gesamten indischen Handwerkerökonomie läßt sich durch die gewandelte Handelsstruktur allein nicht erklären.

Die städtische Handwerkerökonomie war, wie wir gesehen haben, von den Luxus- und Exportbedürfnissen der moghulischen Oberschicht abhängig gewesen. Diese alte Oberschicht aber wollten die Administratoren vernichten: „In England mag es angemessen sein, daß ein Gutteil der Früchte des Landes für die Unterstützung gewisser einflußreicher Familien bereitgestellt wird, damit sie Senatoren, Weise und hervorragende Männer für den Dienst im und die Verteidigung des Staates bereitstellen ... Lange mögen sie ihre Stellung genießen, aber in Indien sollte der arrogante Geist, die geistige Unabhängigkeit und die tiefen Gedanken, welche der Besitz großen Reichtums manchmal verleihen, unterdrückt werden, wir wollen hier keine Generäle, Staatsmänner und Gesetzesgeber, wir wollen fleißige Bauern."



Nachdem diese Oberschicht von den Engländern aus ihren alten Machtstellungen vertrieben, als Steuereintreiber entweder verbauert oder als Absentee Lords in den Bann der neuen, kolonialen Warenproduktion gebracht worden waren war das vollständig von dieser Klasse abhängige städtische Handwerk nicht mehr lebensfähig. Ihres wichtigsten Marktes beraubt,und ohne organisatorische zunftmäßigen Rückhalte, ohne Kapitalreserven und auf einem niedrigen technologischen Niveau stehend, löste sich die Handwerkerökonomie binnen weniger Jahrzehnte auf. So rasch und vollständig daß ein zeitgenössischer Beobachter meinte:
„Architektur, Maschinenbau, Literatur und Kunst, alles stirbt aus, so rasch, daß Anglo-Inder bezweifeln, ob Inder überhaupt über die Fähigkeit verfügen, zu bauen, obwohl sie Benares schufen, ob sie technische Kenntnisse haben, obwohl sie die künstlichen Seen von Tanjore ausgruben."

Beschleunigt wurde dieser Niedergang noch durch die neue, von kolonialen Interessendurchgesetzte Infrastruktur. Die alten Zentren des Handels und Handwerks wurden von den neuen Straßen- und Eisenbahnlinien nur selten erfaßt, abgeschnitten vom Außenmarkt und ihren alten Kundschaften, verbauerten diese alten kulturellen Zentren des klassischen Indiens.

Die Bildung einer kolonialen Infrastruktur:

Den wesentlichsten Anstoß zum Aufbau einer Infrastruktur und zur kolonialen Inwertsetzung Indiens hatte der Bau des Suezkanals gegeben. Schlagartig wurde nun die Entfernung zwischen Indien und England halbiert. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich aus dem Kanalbau ergaben, waren so unübersehbar, daß es länger als fünfzig Jahre dauerte, bis die englische Industrie alle diese Möglichkeiten ausgeschöpft hatte. Mit dem dazu parallel laufenden Ausbau der Telegraphenlinien wurde Indien nun endgültig ein fester Bestandteil des englischen Empire ...

Da Segelschiffe im Roten Meer nur langsam operieren konnten, so gestattete der Suezkanal der englischen Dampfschiffahrt den endgültigen Durchbruch zur Wirtschaftlichkeit. Die Dampfschiffahrt ruinierte in kurzer Zeit die alten englischen Schiffswerften und riß über 80 % des Indienhandels an sich. Die Dampfschiffahrt war auf Kohlestationen angewiesen. Kohle konnte in Indien nur im bengalischen Hinterland, in Dhanbad, ungefähr 200 Kilometer von der Küste entfernt, profitabel abgebaut werden. So machte einerseits die Dampfschiffahrt den Transport der für den indischen Eisenbahnbau notwendigen Materialien möglich und war zugleich vital auf diesen Eisenbahnbau angewiesen. Desgleichen drängte die englische Industrie auf den Ausbau einer indischen Eisenbahn. Sie mußte ein Interesse daran haben, für ihre Fertigwaren neue Absatzmärkte und für ihre Rohstoffbedürfnisse neue Anbauregionen zu erschließen. An dritter Stelle drängten noch die großen Handelshäuser auf den Ausbau der Eisenbahnlinien, denn was half ihnen ein billiger Transport in die indischen Hafenstädte, wenn der Inlandstransport die Produkte ungeheuer verteuerte und damit nicht mehr konkurrenzfähig machte. Dieser Kombination von Wirtschaftsinteressen gelang es sehr bald, das englische Parlament für den Ausbau von Eisenbahnlinien zu mobilisieren. Zusätzlich war die englische Regierung an einem raschen Ausbau der Eisenbahn interessiert. Zu Beginn der „Great Mutiny" hattten lediglich 400 Meilen Eisenbahnstrecke zur Verfügung gestanden und die Kosten der Niederschlagung dieses größten Aufstandes der indischen Geschichten waren durch den Mangel an Transportmöglichkeiten immens gewesen. Sie hatten die Kompanie fast ruiniert und diese mußte bei der englischen Regierung Anleihen aufnehmen. Das sollte künftig vermieden werden.

Nach der Gewährung der formellen Erlaubnis wurde der Eisenbahnbau in Form privater Aktiengesellschaften begonnen. Die indischen Eisenbahnanleihen wurden rasch eine begehrte Kapitalanlage für englische Wirtschaftskreise, die indische Oberschicht zog statt dessen andere Invesitionsarten vor.
Politische Unterstützung und Finanzierung waren deshalb eine rein englische Angelegenheit und das bewirkte, daß die Ausrichtung der Strecken sich an englischen Wirtschaftsinteressen orientierte. Die Linien wurden von den großen Hafenstädten aus direkt in die großen Baumwollgebiete, Kohlegruben oder aber in neue prospektive Absatzgebiete für Tuchwaren gebaut. Die alten regionalen und lokalen Marktzentren lagen damit schlagartig im Abseits und konnten von den Transportvorteilen nicht profitieren. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden sie über den systematischen Ausbau von Sacklinien an die großen Strecken angeschlossen. Sehr bald zeigte sich, daß der Ausbau der Eisenbahnen von den Gesellschaften selbst nicht eigenständig finanziert werden konnte. Es folgte die erste Garantiephase und der gewichtigen englischen Interessenkoalition gelang es, eine durch das indische Steueraufkommen garantierte Gewinngarantie für den Eisenbahnbau durchzusetzen. In dieser Weise wurden die indischen Bauern und Dorfhandwerker gezwungen, mit ihren Steuern den Ruin ihrer alten dörflichen Selbstversorgungsökonomie selbst zu finanzieren. Denn für die indische Landwirtschaft gingen von dem Ausbau der Eisenbahnlinien zwei verhängnisvolle Wirkungen aus.

Zum einen bewirkte die massenhafte Rekrutierung von billigen Arbeitskräften beim Streckenbau die endgültige Durchsetzung von Geldbeziehungen in Gegenden, in denen bisher noch Tauschformen vorgeherrscht hatten, und zum anderen waren englische Fertigwaren nun überall im Umkreis der Eisenbahnlinien gegenüber den ländlichen Handwerksgütern konkurrenzfähig. Desgleichen konnten sich erst jetzt in größerem Umfang bestimmte regionale Spezialisierungen und eine interregionale Arbeitsteilung durchsetzen: Bestimmte Provinzen wurden nun zu reinen, exportorientierten cash-crop-Provinzen umgewandelt. So wurde der Pandschab zu einer Weizen- und Baumwollprovinz, Ostbengalen und Khandesch zu einer Jute und Gujerat und Berar zu einer Baumwollprovinz. Dies führte aber nicht zu einer Verbesserung des Einkommens der Bauernbevölkerung. Denn obwohl in diese Provinzen „Feeder Lines" bis in die Kleinstädte vordrangen, waren es die Agenten der englischen Handelshäuser und die lokalen Wucherer, die den Handel unter sich ausmachten.

Mit welcher schlagartigen Wirkung der Ausbau des Eisenbahnwesens die Gesetze und Preise der internationalen Rohstoffmarktwirtschaft auch in die kleinsten Dörfer trug, hat eine neuere Studie nachgewiesen. Binnen weniger Jahre nivellierten sich in den vom Eisenbahnbau erfaßten Gebieten die vorher erheblichen Preisdifferenzen für die Anbauprodukte. Sie nivellierten sich alle in Richtung auf die hohen Weltmarktpreise und erwartungsgemäß lief die Nivellierung für diejenigen Güter, für die die Welthandelsnachfrage am höchsten war, am raschesten ab. Für die verschuldeten und nun im Bereich von Geldbeziehungen stehenden Bauern und Handwerker bedeutete diese Nivellierung aber nur, daß sie Grundnahrungsmittel nun zu höheren Preisen kaufen mußten, nicht aber, daß sie vom Wertzuwachs ihrer Produkte profitierten. So schrieb die Zeitung KAYASTHA SAMAC 1901: „Wie wir bereits gesagt haben, ist die Zunahme im

Rupienwert der landwirtschaftlichen Produkte auf den Preisanstieg rückführbar, hauptsächlich auf Knappheit und Hunger. zugleich ist er aber auch zu einem großen Umfang auf den Einfluß der europäischen Märkte auf die indischen Produkte rückführbar. Von dieser Preiszunahme erhalten die Bauern nur einen geringfügigen Anteil, der überwiegende Teil des Profits fließt in die Taschen der Händler und Mittelsleute."

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts operierten in Indien 96 verschiedene Linien mit 3 verschiedenen Spurweiten. Im Kampf um die größten Marktanteile waren dabei die Linien teilweise so angelegt worden, daß sie für eine konkurrenzierende Eisenbahngesellschaft profitable Bevölkerungszentren einfach blockierten oder „gegnerische" Kundenpotentiale „anzapften". Die Tarife der einzelnen Gesellschaften wurden so gestaltet, daß, wer seine Güter auf dem schnellsten Weg und deshalb auf verschiedenen Linien transportierte, sehr viel höhere Tarife zahlte, als jener, der auf einer Linie riesige Umwege in Kauf zu nehmen bereit war. Zudem gelang es den Unternehmern, die Anleihen aufgenommen hatten und in der Verwaltung der Eisenbahnlinien vertreten waren, sich günstige maßgeschneiderte Tarife zuzuschanzen. Auch das wirkte sich gegen die schwache indische Wirtschaft aus.

Das Vorherrschen englischer Wirtschaftsinteressen zeigt sich auch an der fast vollständigen englischen Kontrolle über alle mit dem Eisenbahnbau verbundenen zusätzlichen Erwerbschancen. Von Anfang an monopolisierte England die möglichen „spin-off"-Effekte dieser größten englischen Investition: Die Investitionen im Eisenbahnbau machten stets 40 % aller in Indien getätigten englischen Investitionen aus.

Lokomotiven, Waggons, Schienen und der gesamte sekundäre Maschinenpark wurden importiert und blieben das Monopol der englischen Maschinenindustrie. Neben den Baumwollspinnereien von Lancashire hatte deshalb die englische Industrie in dem Komplex der Lokomotiv- und Eisenbahnindustrie zu allen Zeiten einen krisenfesten Bestandteil, weil beide auf einen kolonial abgesicherten Absatzmarkt zurückgreifen konnten. Als nämlich gegen Ende des 19. Jahrhunderts die amerikanische Lokomotivindustrie auf den indischen Markt zu drängen begann, bewirkte dieser Versuch einmal Free Trade auch zum Vorteil Indiens durchzusetzen, schon fast endzeitliche Befürchtungen bei den betroffenen englischen Industriellen und wurde mit Hilfe politischen Drucks unterbunden. Die Inder waren aber nicht nur in den Bereichen der Finanzierung und im Bereich der Zuliefererindustrien, sondern auch im Anstellungsbereich von jeder realen Mitwirkung ausgeschlossen. Zwar waren nur ein Prozent der Eisenbahnangestellten Engländer, aber diese „7000 verhielten sich wie eine dünne Ölschicht in einem Glas Wasser, obenauf schwimmend, sich aber kaum mit den unteren 700 000 vermischend. Keiner der höchsten Posten wird von Indern besetzt, sehr wenige nur von den höheren."
(Report of the Acworth Committee on the Administration and Working of Indian Railways, 1921).

Die Operation der Eisenbahn, des größten modernen Wirtschaftssektors des Landes konnte deshalb nicht, wie in Amerika eine neue, eigene Wirtschaftsentwicklung auslösen und sollte es auch nicht. Welche langfristigen Wirtschaftsinteressen hinter dem Eisenbahnbau standen, zeigt der Vergleich zur indischen Eisenindustrie. Im Unterschied zum Eisenbahnausbau kam der indischen Eisenindustrie nicht einmal ein Bruchteil der regierungsamtlichen Unterstützung zu, die allein den indischen Eisenbahnbau finanzieren geholfen hätte. Eine solche Industrie hätte ja die Absatzchancen zunichte machen können, die durch den Eisenbahnbau erst realisiert worden waren.

Daß sich die Inder bei der Aufnahme von Eisenbahnanleihen zurückhielten, hat die ohnehin fremdbestimmte Planung der Eisenbahnen nicht weiter erschwert. Sie erlaubte es aber, den englischen Politikern stets, auf das angeblich fehlende Interesse der indischen Oberschicht an produktiven Industrie-Investitionen hinzuweisen. Der Schlüssel für dieses erklärungsbedürftige Verhalten lag aber vermutlich darin, daß die indische Oberschicht Investitionsbereiche bevorzugte, in denen sie und nur sie sich auskannte und in denen die Gewinnraten noch höher waren. Dies war die Landwirtschaft. Es war derjenige Investitionsbereich, der den indischen Oberschichten aktuell und traditionell die angemessene Anlagemöglichkeit für ihr überschüssiges Kapital offerierte.

Was nun die anderen englischen Kapitalinvestitionen in Indien anging, so kam größenmäßig nichts außer den lukrativen India-Loans an die Investitionen im Eisenbahnbau heran. Die Investitionen im Bereich des Tee-, Kaffee-, Jute- und Indigoanbaues und Bergbau waren gemessen an den Anleihen und den Eisenbahninvestitionen verschwindend gering.

Drei neue Indien-Filme
Von Peter Krieg und Heidi Knott

1. SANGHAM – Hilfe zur Befreiung
(Farbe, 16 mm, 30 min).
Wie arme Bauern in einem indischen Dorf eine Bauernbewegung aufbauen.

2. Der Politiker und die Bauern
(Farbe, 16 mm, 15 min.)
Gespräche mit südindischen Bauern über ihre Regierung und mit Industrieminister George Fernandes über die Bauern.

3. Auf der Flucht erschossen ...
Bericht über die neue indische Bürgerrechtsbewegung, die sich gegen die Ermordung gefangener Naxaliten durch die Polizei richtet.

Verleihauskunft: Teldok-Film, Schillerstraße 52, 7800 Freiburg

Der Plantagensektor

Auch dieser Investitionsbereich war an den Interessen der aufstrebenden englischen Industrie orientiert. Plantagengewinne kamen selbstverständlich der indischen Landbevölkerung nicht zugute, noch setzten sie die indische Oberschicht einem Modernisierungsstimmulus aus.
Der Anbau von Tee erfolgte mit starker regierungsamtlicher Unterstützung in zumeist neu gerodeten Berggebieten. Er sollte England unabhängig von dem chinesischen Teemonopol machen und 85 % der Ernte gingen nach England. Wie in vielen Teilen Indiens noch heute, mußtensich die indischen Bauern mit den Teeabfällen, dem Tea-dust, zufrieden geben. Das starke Interesse Englands am Ausbau der Teeplantagen geht auch aus der personellen Verflechtung beim Plantagenbesitz hervor. Neue Rodungsgebiete wurden oft ehemaligen Verwaltungsbeamten und Militärs übergeben.

Der Teeanbau wäre nicht möglich gewesen ohne ein mobiles Agrarproletariat von Teearbeitern, der „Kuli-Labour". Diese Kuli-Labour stand Dank der Ausbeutung der indischen Dörfer, die den Erntearbeitern und Dorfhandwerkern die Existenzmöglichkeit genommen hatte und Dank der indischen Eisenbahn nun ständig oder saisonal zur Verfügung. Die Ausbeutung der indischen Dorfstruktur schuf also wie von selbst eine Klasse von arbeits- und landlosen Menschen, die den Aufbau eines Plantagensektors zu geringfügigen Kosten ermöglichte.
Die frühe Einführung eines Systems der Geldüberweisung förderte zusätzlich die Entstehung dieser von Familie und Heimat lösbaren, den jeweiligen Investitionsbedürfnissen stets disponiblen Gruppe von kolonialen Heloten. Denn dank der telegraphischen Geldüberweisung konnte der Arbeiter seinen Lohn in sein Heimatdorf überweisen lassen und der koloniale Unternehmer war nicht mehr gezwungen, sich um die Unterbringung und Versorgung von Frauen und Kindern zu kümmern.
Obwohl der Teehandel große, wenn auch oft unregelmäßige Gewinne abwarf, so zieht sich wie ein Leitfaden die Klage über die Unterbezahlung der Arbeiter durch die regierungsamtlichen Reports:
„Die Inspektoren von Teeplantagen berichten oft von Plantagen, in denen die Kulis unterernährt und blutarm wirken, in denen die Sterbequote hoch ist und wo Abwanderungen zahlreich sind, wobei die Hauptursache der Unzufriedenheit im ungenügenden Lohn liegt."
1901; Chief Commissioner of Assam.

Die Versorgung der Plantagen mit billigen Arbeitskräften wurde, wie auch im Bergbau, durch ein System der Labour-Contractors organisiert. Unter diesem System garantierten Mittelsmänner den Plantagen- oder Bergbaubesitzern eine bestimmte Anzahl von arbeitsfähigen Kulis. Zugleich ließen sich die Plantagenbesitzer von der Regierung strafrechtliche Kompetenzen über die Arbeiter einräumen. Die Arbeiter wurden dadurch für die Dauer ihres Lohnkontraktes zu faktischen Lohnsklaven. Als die Regierung später gegen die exzessive Ausbeutung dieser Menschen vorgehen wollte, da erklärten die gleichen Unternehmer, die im Falle des Eisenbahnbaus und der Gewährung der für sie günstigen Plantagenanlagen stets für den Staatsinterventionismus gewesen waren: „Dies zeigt nur wie katastrophal die Industrien dieses Landes durch die hastige Verabschiedung von Gesetzen angegriffen werden können. Die Industrien Indiens müssen sich spontan entwickeln können, gemäß ihren Notwendigkeiten und Bedürfnissen." Noch größer war die Ausbeutung bei dem Indigoanbau. Die Bauern wurden in eine Schuldknechtschaft gezwungen, aus der sie sich zumeist nicht mehr befreien konnten. Ein zeitgenössischer Beobachter meinte launig: „Bei dem Wort Indigo kommen den Indern unangenehme Gedanken."

Die anderen wesentlichen cash-crop-Investitionen waren im Bereich der Jute-Industrie angelegt. Dabei konkurrenzierte die indische Jute-Industrie die schottische Jute Industrie von Dundee.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß der Außenhandel eine fast ausschließlich englische Angelegenheit war. Tee, Kaffee, Jute und Kohle wurden von englischen Unternehmen produziert und auf englischen Eisenbahnen in fünf Hafenstädte – Karatchi, Bombay, Madras, Kalkutta und Rangun – befördert, über die 95 % des Außenhandels abgewickelt wurden. Die großen Handelsfirmen waren ebenso englisch wie die großen Dampfschiffahrtslinien. Schon von dieser Seite war die indische Bevölkerung von allen Gewinnen und von den durch den Handel möglichen Modernisierungseffekten ausgeschlossen. Die vollständige Abhängigkeit kommt aber, wie bereits erwähnt, in dem Charakter der ausgetauschten Güter zum Ausdruck. Nimmt man die Einteilungsform der englischen Handelsstatistiken, so hatten über 90 % der indischen Ausfuhren den Charakter von Rohstoffen, während 90 % der Einfuhren den Charakter von Fertigwaren hatten.

Die Kontrolle des indischen Außenhandels durch in Indien ansässige fremde, englische Interessen, erläutert auch ein weiteres bemerkenswertes Faktum. Die Untersuchung der Entwicklung der terms of trade, ergibt keinen Anhaltspunkt für eine Verschlechterung der terms of trade zu Ungunsten Indiens. Wie aber bereits die früheren Ausführungen nachgewiesen haben, ist die Frage der terms of trade für die Stellung Indiens im englischen Weltwirtschaftssystem irrelevant. Ob sie sich verschlechterten oder wie im indischen Fall evtl. sogar verbesserten, war für die indische Bevölkerung gleichgültig. Die Kapitalströme zirkulierten in einem „expatriate sector" und kamen nie der von Indern betriebenen indischen Ökonomie als Investition zugute. Die Gewinne solcher Investitionen landeten letztlich alle wieder im Bankenbereich der englischen Wirtschaft:

Der Silberstandard als Mechanismus struktureller Gewalt

Diese Tatsache läßt sich durch die Form der Finanzbeziehung, die zwischen dem Mutterland und der Kolonie bestand, deutlich machen. Sie zeigt sogleich, daß Indien keineswegs den direkten Zugang zum englischen Kapitalmarkt hatte, den englische Wirtschaftshistoriker gerne behaupten,um dank dieser Feststellung die Unfähigkeit der Inder, eine eigenständige Wirtschaft zu entwickeln, bestaunen zu können.

Der indische Außenhandel, ein Außenhandel, der jedes Jahr riesige Überschüsse abwarf, war in monetärer Hinsicht auf den Silberstandard festgelegt, d.h. der Handel wurde in Silber abgewickelt und die aus den Überschüssen resultierenden Bankguthaben des India Office wurden real oder fiktiv in Silber festgelegt.
Nun sank wegen der im Silberbergbau möglichen Technisierung der Weltmarktpreis für Silber seit 1870. Die indische Kolonialbehörde, das India-Office, wurde aber von der Londoner City gezwungen, seinen Handel weiterhin in Silber abzuwickeln. Da somit die riesigen Handelsüberschüsse in Silber getätigt wurden, die anderen Wirtschaftsnationen wegen des Preisverfalls zum Goldstandard übergingen, so war Indien schon deshalb gezwungen, weiterhin beim Silberstandard zu bleiben und Silber zu kaufen, weil der Weltmarktpreis ansonsten ins Bodenlose gefallen wäre und es seine Überschüsse, die von der Regierung in England als Bankanleihen verwertet wurden, selbst entwertet hätte. Dieser Zustand führte gegen Ende des 19. Jahrhunderts dazu, daß Indien fast 70 % der jährlichen Welt-Silberproduktion ankaufte. Bei in Gold notierten, stabilen Weltmarktpreisen konnte deshalb der in Indien ansässige Exporteur zu in Silberstandard stets, in Relation zum Silberpreisverfall, steigenden Preisen exportieren. Waren diese „Gewinne" auch außerhalb Indiens fiktiv, so stellten sie in Indien eine Realität dar. In Indien konnte man also seine Gewinne investieren. Indiens noch immer halb feudale Oberschicht und seine Landbevölkerung horteten wie seit eh und je Silber und stabilisierten damit den indischen Silberpreis. Dank dieses monströsen Arrangements konnte die englische Wirtschaft jahrzehntelang zu stabilen Preisen Nahrungs- und Rohstoffe aus Indien importieren und konnten die dabei in Silber realisierten hohen Gewinne in Indien lukrativ beim Ausbau der Teeplantagen und Bergbauindustrien investiert werden. Es läßt sich schwer nachweisen, daß die englische Regierung genau diesen Mechanismus installieren wollte, als sie Indien weiterhin zum Sil-

berstandard zwang. Aber selbst die naheliegendere Erklärung ist symptomatisch: Hätte Indien seine Handelsüberschüsse in Gold getätigt, so hätte dies alle europäischen Länder in den Sog einer riesigen Goldverteuerung gebracht. Da die Wirtschaft des englischen Mutterlandes aber selbstverständlich Vorrang hatte, so schaffte man sich den indischen Goldaufkaufer per Gesetz vom Halse.

Da für den Silberstandard die Weltmarktpreise ständig stiegen, übte dieser Zusammenhang einen Druck gegenüber der indischen Landwirtschaft aus und immer höhere Prozentbeträge der Agrarproduktion konnten somit profitabel für den Export bereitgestellt werden. Dies führte nun weniger dazu, daß für die einheimische Nahrungsproduktion immer geringere Prozentsätze an Boden bereitstanden, aber es führte dazu, daß neue oder wertvolle Böden für die Marktproduktion verwendet und Produktivitätsverbesserungen nur im Bereich der Marktproduktion unternommen wurden. Auf diese Weise entzog die exportorientierte Marktproduktion der Subsistenzproduktion wertvollen Boden, knappen Kuhdung und wichtigen Arbeitseinsatz. Nur das erklärt, warum die Per-acre-Erträge im Zeitraum von 1880 bis 1910 bei Marktprodukten fast dreimal so rasch zunahmen, wie im Bereich der Nahrungsmittelproduktion. Angesichts der Hungersituation der Bauernschaft hätte man das Gegenteil erwartet. Deshalb kann man auch über die von damaligen Ökonomen vorgebrachte, aber auch heute noch geläufige, Unterentwicklungserklärung nur staunen:

„Das Versagen des indischen Bauern, genügend Land für cash-crops zur Verfügung zu stellen, ist die grundlegende Erklärung für die Stagnation Indiens während unserer Epoche."

Unterentwicklung fand nicht aufgrund des Mangels an „Marktwirtschaft" statt, sondern wegen einer Weltmarktwirtschaft, die auf die Existenz einer kolonialisierten Bauernschaft angewiesen war. Diese Bauernschaft wurde stets zum Opfer und nicht zum Gewinner dieser Spielregeln, weil die englischen Kolonialinteressen und die von ihnen unterstützte indische Elite diese Gewinne einstrichen.

Ganz im Einklang dazu war es jurst jene Provinz, in der die höchsten Prozentsätze für die Marktproduktion bereitstanden, die auf dem Höhepunkt der Kolonialzeit am stärksten verarmte – der Pandschab. Marktabhängigkeit und Silberstandard konstituierten damit einen sich selbst regelnden Mechanismus der Unterentwicklung. Ein struktureller Zwangsmechanismus war damit entstanden, der ganz von selbst dafür sorgte, daß die indische Landwirtschaft zum Schaden der einheimischen Nahrungsproduktion „exportfreudig" wurde.

Groteskerweise wurde die Beibehaltung des Silberstandards auch noch von nationalistischen Autoren unterstützt. Sie gingen von der irrigen Annahme aus, der indische Bauer könne sich nun aus der Schuldknechtschaft befreien, weil er doch nur Gewinne machen könne. Dieses Argument übersah, daß der indische Bauer von den Gewinnen am Markt systematisch ausgeschlossen blieb; die machte der Händler und Geldverleiher und zudem änderten die Geldverleiher in Situationen möglicher Gewinnbereicherung von seiten des Bauern die Verträge einfach von Geldforderungen zu Nießbrauchrechten um.

Schluß: Anglosthan und Hindusthan

Betrachtet man das Zusammenspiel der beiden wesentlichen Wirtschaftsbereiche, die indische Landwirtschaft und die ihr übergelagerte koloniale Marktwirtschaft, so fühlt man sich unwillkürlich an die zwei Sektoren-Ökonomie des Moghulreiches erinnert:

So, als ob dieses Modell in gewalttätiger Vergrößerung, mit allen seinen Nachteilen, aber ohne seine Vorteile in ganz Indien und auch auf unterster Ebene durchgesetzt worden wäre.

Hatten die Geldbeziehungen während der Moghulzeit noch vor dem Dorfe halt gemacht, so waren sie nun in die Dorfökonomie eingedrungen und hatten dabei die Existenz eines Drittels der Dorfbevölkerung, die Existenz der Landlosen ruiniert. Der durch diese Durchsetzung hohe Steuereinzug hatte als Äquivalent das Aufkommen riesiger landwirtschaftlicher Überschüsse. Während der Moghulzeit scheiterte die Extraktion solcher Überschüsse an der traditionellen Subsistenzgarantie für alle Dorfbewohner. Der Kolonialen Wirtschaft standen nun diese Überschüsse und das durch deren Extraktion erzeugte Agrarproletariat zur freien Verfügung; erst diese beiden Faktoren erlaubten den kostengünstigen Ausbau einer Infra-, Plantagen- und Vermarktungsstruktur: Alle 3 Bereiche konnten von nun an die Gewinnchancen, die sich aus disponiblen und billigen Agrarüberschüssen und Arbeitern ergaben, für sich monopolisieren. Dabei war es im Prinzip gleichgültig, ob dies durch Engländer oder durch die einheimischen Eliten geschah. Da die 3 Bereiche weltmarktorientiert waren, so konnten die realisierten Gewinne entweder Indien verlassen oder als Investitionen in diesen 3 Bereichen diese Weltmarktabhängigkeit weiter verstärken – die pauperierte Masse der Inder selbst, Grundlage dieses Zustandes, war kein Investitionsbereich. Während der Moghulzeit hatten die geringeren Überschüsse immerhin noch eine einheimische Handwerker- und Verschwendungskultur am Leben erhalten, jetzt wanderten die größeren Überschüsse oder ihr Wert im wesentlichen außer Landes. Sie finanzierten den spektakulären Industrialisierungsprozeß Englands, seine imperialistische und koloniale Expansion und last not least die Verschwendungskultur dieses fremden Landes.

Trotz all dieser Unterschiede war aber eines geblieben, noch immer finanzierten die 80 % der bäuerlichen Bevölkerung den immensen Reichtum ihrer Herrschaft, ohne daß sich an der einseitigen Aneignung ihrer Arbeit und Produkte irgend etwas geändert hätte. Im Namen von Fortschritt, Free Trade und Liberalisierung war nur beides global verfügbar und investierbar und zugleich immens vergrößert worden.

Erschrocken hat ein Engländer 1918 die Konsequenz dieses Abhängigkeitssystems beschrieben:

„Während des Verlaufs eines Lebens habe ich eine Menge Armut erlebt, und ich habe viel über Armut gelesen, dennoch habe ich die äußerste Erbarmungswürdigkeit des Elends nicht erkannt, bevor ich nicht das sogenannte „Heim" der ärmeren Inder sah ... Betrachtet man den indischen Arbeiter in seiner Heimstatt, inmitten seiner Familie, so fragt man sich unwillkürlich: ist das noch ein menschliches Wesen oder habe ich hier eine imaginäre Kreatur, seelenlos und aus einer Unterwelt, heraufbeschworen?"

Literaturliste:

Die beste, deutschsprachige Darstellung des Kolonialsystems in Indien ist die Studie von Wrner Keller:
Strukturen der Unterentwicklung, Indien 1757 – 1914, eine Fallstudie über abhängige Reproduktion, Zürich 1977.

Dieser Studie sind die meisten Zitate dieses Artikels entnommen. Eine ausfürhlichere Darstellung bieten E. Thompson und G.T. Garrat: Rise und Fulfillment of British Rule in India, Allahabad 1973.

Die beste Darstellung vor allem der vorkolonialen indischen Geschichte findet sich bei V. A. Smith; The Oxford History of India, Oxford 1958.

Auf eine ausführlichere Bibliographie kritischer Literatur zu Indien wird an dieser Stelle verzichtet, da eine ausführlichere, kurzkommentierte Bibliographie nach Bedarf von dem Informationszentrum 3. Welt zugeschickt wird.

Das Scheitern der indischen Landreform

Jakob Rösel

1947 erhält Indien seine Unabhängigkeit, allerdings gibt dieser Termin, trotz aller staatlichen Festtagsfreude, wenig Anlaß zur Begeisterung. Indien wird mit seinem Gründungstag in zwei verschiedene Hälften geteilt – in das überwiegend hinduistische Zentralindien und in das überwiegend islamische im industal und östlich des Gangesdelta gelegene West- und Ostpakistan.

Die Situation auf dem Lande ist alarmierend. Die „größte Demokratie der Welt" ist zugleich auch eine ihrer ärmsten. Um Indien aus diesem Zustand herauszuführen, steht nun an der Spitze des neuen Staates eine Partei, die alle wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche, die sie eigentlich zu lösen hätte, in sich selbst enthält, und die zusätzlich durch eine nationalkonservative Ideologie Gandhi's geprägt wird, die das Problem des Großgrundbesitzes durch freiwillige Landschenkungen der Reichen und den Mangel an Konsumgütern durch eine Rückkehr zum Dorfhandwerk beheben will.

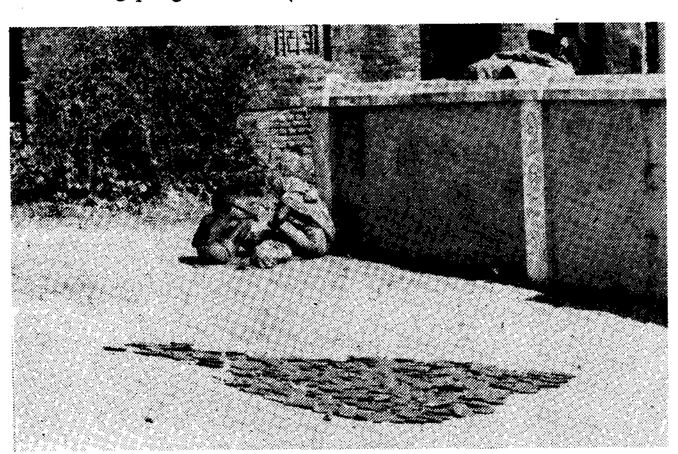
Während Gandhi als Heiliger, fernab der Cliquenkämpfe in Delhi in der Provinz fastet, sind die Machtkämpfe in der nun Gesamtindien beherrschenden Congress-Partei bereits im vollen Gange.

Ursprünglich war ja der Congress ein Diskussionsforum indischer Unternehmer gewesen, lediglich das immense Elend Indiens und das Charisma Ghandis hatten dieser Partei eine völlig unvorhersehbare Dynamik gegeben, die schließlich zur Unabhängigkeit Indiens führte. Nun in der Stunde Null mußten sich die feudalen Oberschichten gemühen, die Fäden in dieser in ihrer Organisation und in ihren Erwartungen latent revolutionären Massenpartei wieder in die Hand zu bekommen. Denn im Eifer des Unabhängigkeitskampfes war sehr viel versprochen worden, das nun jeden, der an die Stelle der Engländer treten wollte, hinwegzufegen drohte. Alle Gruppen, die mit den Engländern kollaboriert hatten, mußten nun rasch umsatteln, um nicht zum Opfer einer eventuell realisierungshungrigen radikalen Congressrhetorik zu werden. Die gefährdetsten unter diesen Gruppen waren natürlich die von den Engländern eingesetzten steuerverantwortlichen Großgrundbesitzer, die Zamindare. Sie waren stets als die einheimischen Statthalter und Nutznießer des Kolonialsystems hart attackiert worden und für sie war auch in der gandhianischen Vision eines neuen „alten" Indiens kein Platz mehr. Gefährdet waren auch die indischen Unternehmer, die – als gedemütigte Trittbrettfahrer des kolonialen Industriesystems – sich ihre Textil- und Eisenindustrie als kleine Enklaven in einem Agrarland aufgebaut hatten. Gandhis Lehre sah stattdessen eine sich selbst erhaltende Dorfkeimzelle vor, in der entfremdete Industriearbeit nicht notwendig war.

Ehe den indischen Massen genau oder jemals später bewußt wurde, was eigentlich 1947 anstand, formte sich der Congress zu einem politischen Sammelbecken um, in dem die Hinduunternehmer ebenso wie die Zamindare, die Getreidehändler und Geldverleiher als großagrarische Lobby vertreten waren. Die Einsicht in die Klassenspezifität des Congress wurde aber mit Hilfe der gandhischen Ideologie, dem Mythos des Befreiungskampfes und durch eine formal sozialistische, planwirtschaftlich Rhetorik bis heute verschleiert.

Der Entwicklungsweg, den der Congress nun für Indien programmatisch vorplante, galt im Zeitalter des Kalten Krieges als der „dritte Weg". Es sollte ein Entwicklungsweg zwischen „Ost" und „West" sein. Weder das „industriell-privatwirtschaftliche Gewinnstreben" des Unternehmers noch der „Totalitarismus einer gelenkten Planwirtschaft" sollten im Vordergrund stehen. Mit diesem „indischen Weg zum Sozialismus" – ein Nehru-Konzept – und der Gandhischen Gewaltlosigkeit machte sich Indien als Führer der blockfreien Staaten in dem Zeitalter des Kalten Krieges zu einem der ersten Wortführer der Dritten Welt. Im Inland zeigte sich aber rasch, daß dieser indische Weg zum Sozialismus leider auch seinen klassenspezifischen Standpunkt hatte. Denn die wirtschaftliche Unabhängigkeit, auf die Indien stets pochte, stellte sich als eine Maßnahme heraus, die den indischen Industriellen einen von jeder Konkurrenz freien Markt erhielt, während das Schlagwort vom Sozialismus lediglich eine Dekade der unverblümten Refeudalisierung auf dem indischen Dorf einleitete. Das soll im folgenden kurz dargestellt werden:

Über 100 Jahre Kolonialismus hatten in Indien einen Agrarsektor entstehen lassen, der durch exzessive Landfragmentierung, stagnative Produktivität und auf Seiten der Bewohner von exzessiver erblicher Verschuldung und Armut gekennzeichnet war. Dieser Zustand sollte durch zwei Maßnahmen abgeschafft werden. Durch die Enteignung der Großgrundbesitzer und durch ein ländliches Entwicklungsprogramm.



Das Sammeln und Trocknen von Kuhdung ist die Aufgabe spezieller Kasten. Angesichts des Holzmangels und unbezahlbarer Kerosinpreise ist Kuhmist der wichtigste Brennstoff, dadurch gehen dem Feldbau wichtige billige Düngemittel verloren.

Damit stürzte sich der Congress, der sich inzwischen schon wieder wahltaktisch auf die Großgrundbesitzergruppen stützte, in ein noch heute anhaltendes Manöver der legislativen Heuchelei. Zwar wurden im Parlament in Delhi Höchstbegrenzungen festgelegt, da aber alle diese Enteignungsgesetze später in den Provinzparlamenten noch einmal ratifiziert werden mußten, begann ein jahrzehntelanges Verschleppungsmanöver, das den Großgrundbesitzergruppen in den Provinzparlamenten genügend Zeit ließ, den

Boden erst auf ihre Familienmitglieder und später, nach entsprechenden Gesetzesänderungen, auf Strohmänner umschreiben zu lassen, so daß schließlich nichts mehr oder nur sehr wenig zum Umverteilen vorhanden war. Da enteignetes Land zusätzlich nur an Pächter abgegeben werden darf, so schafften es die Großgrundbesitzer durch massenhafte Kündigungen von Pachtverträgen, ein Landarbeiterproletariat zum Entstehen zu bringen, das zum Empfang des enteigneten Landes ohnehin nicht zugelassen war. Ausgangspunkt und Scheitern der Landreform läßt sich am besten am Beispiel des dichtbevölkerten nordindischen Gliedstaates Uttar-Pradesh darlegen.

Die Landfragmentierung hatte in Uttar-Pradesh dank der ruinösen Kolonialpolitik 1945 die folgenden Ausmaße angenommen. Nur 6 % der bäuerlichen Bevölkerung verfügten über mehr als vier Hektar Land, 94 % der bäuerlichen Bevölkerung über weniger, davon verfügten weit mehr als 65 % über weniger als ein Hektar. Immerhin kontrollierten die 6 % mehr als 35 % der Gesamtfläche. Allerdings betrug die durchschnittliche Größe dieses Großgrundbesitzes normalerweise 9 Hektar.

1949 wird zum ersten Mal ernsthaft von Enteignung gesprochen. Aber in der folgenden Weise: Als höchstzulässiger Besitz soll gelten „18 Hektar guter, 25 Hektar mittlerer oder 33 Hektar minderer Qualität. Zusätzlich können für jedes sechste oder weitere Familienmitglied 3, 5 bzw. 7 Hektar angerechnet werden." Diese Regelung allein bewirkte schon, daß bei dem Ausmaß der Landfragmentierung nur ein winziger Prozentsatz überhaupt in den Bereich der Enteignung geraten konnte. Zusätzlich ließ man sich aber auch noch viel Zeit.



In Südindien liefern die Blätter der Taropalme das Baumaterial für die Hütten der Bauern. Die Kuh dient als Zugtier und Abfallverwerter, weniger als Milch- und Fleischlieferant.

Coca-Cola in Indien

Trinkwasser ist in den meisten indischen Dörfern eine Kostbarkeit. Da ist es schon leichter, Coca Cola zu bekommen, das in jedem Dorfladen erhältlich ist – oder besser war, denn Coca Cola macht jetzt in Indien Pause . . .

Indiens Industrieminister George Fernandes, ehemaliger Gewerkschaftsführer der Eisenbahner und Sozialdemokrat, hat gleich nach seinem Amtsantritt Coca Cola stellvertretend für andere Multis aufs Korn genommen. Da die Firma sich nicht unter indische Kontrolle stellen wollte, wurden ihr die Importlizenzen entzogen. Damit können die 22 Abfüller nicht mehr das geheimnisvolle 7-X-Gemisch importieren, das allein von der Coca-Cola Muttergesellschaft in Atlanta/ USA bezogen werden kann und das die Seele des Gebräus wie auch des Geschäftes ausmacht.

Denn die Abfüller in aller Welt müssen 7-X zu Monopolpreisen bei Coca Cola einkaufen.

In Indien wollte die neue Regierung nicht einsehen, warum man dieses Geschäft nicht im Lande machen könnte. Ein staatliches Forschungsinstitut entwickelte ein alternatives Gemisch, das jetzt landesweit Coke ersetzen soll. Für Coca Cola endet damit ein 20-jähriges Geschäft in Indien, dessen Profitrate astronomische Höhen erreichte.

Im Herbst 1958 mit dem bescheidenen Kapital von nur einigen tausend Rupien gegründet, machte die indische Tochter bereits im 2. Geschäftsjahr einen Profit von 400.000 Rupien (vor Steuerabzug) und das bei einem Umsatz von knapp 1,3 Millionen Rupien.

Bis 1971 erreichte der Umsatz über 63 Millionen Rupien, bei einem Gewinn von 33 Millionen Rupien. Selbst für indische Verhältnisse sind Profitraten von 55-60 % des Umsatzes, wie bei Coca-Cola, außergewöhnlich. Der Durchschnitt bei Konsumwaren liegt dort bei 15 - 25 %. Das Kapital der Gesellschaft lag lange bei 660.000 Rupien, was einen Ertrag des eingesetzten Kapitals von 800-1200 % erbrachte. Darin sind natürlich nicht die Gewinne enthalten, die die Muttergesellschaft durch den Verkauf des 7-X machte.

Trotz der 200.000 indischen Verkaufsstellen macht der indische Anteil nur 0,2 % der Umsätze und 0,25 % des Profits der Coca-Cola-Muttergesellschaft in den USA aus. Dennoch geht in Indien das Gerücht um, Washington's Weigerung, Indien angereichertes Uranium zu liefern, stehe in Zusammenhang mit dem indischen Druck auf Coca Cola. Immerhin ist Carters engster politischer Berater, Charles Kirbo, ein ehemaliger Coca-Cola Mann, wie auch Charles Duncan, der Coca Colas Anwalt war, bevor ihn Carter zum Unter-Staatssekretär für Verteidigung berief. Und auch Cola's Präsident J. Paul Austin, zählt zu Carter's Atlanta-Freunden.

Natürlich sind die genauen Summen, die Coca Cola USA bisher aus ihrem Indiengeschäft überwiesen bekam, ein wohlgehütetes Geheimnis. dennoch kann man sich leicht ausrechnen, was für Goldgruben bevölkerungsreiche Entwicklungsländer wie Indien für Multis vom Schlage Coca-Cola darstellen.

Peter Krieg

1946 wurde das erste Enteignungskomitee ernannt, nach zwei Jahren legte es seinen Bericht vor. 1949 wurde ein entsprechender Gesetzestext dem Landesparlament vorgelegt. 1951 erst wurde das Gesetz verabschiedet und sollte dann ab Mitte 1952 gelten. In diesen sechs Jahren konnte sich also die Zamindarischicht ausgiebig auf ihre eventuellen Enteignungen vorbereiten. Zu große Beditzungen wurden auf die zahlreichen Mitglieder der Großfamilie überschrieben, Zwangsvertreibungen langjähriger Pächter waren an der Tagesordnung, um so die von der Enteignung ausgenommene Fläche unter „selbstbewirtschafteten Landes" zu erhöhen. Schließlich aber brauchte man zur Durchführung jeder Agrarreform einen verläßlichen Apparat und Grundbücher. Damit wurde den schlechtbezahlten Patwaris, den Dorfschreibern, eine Chance zugespielt, die sie zu ihrem vollen Vorteil nutzten. Im großen Stil überschrieben sie Felder auf diejenigen, welche die höchsten Bestechungssummen aufbringen konnten.

Zu allem Überfluß war aber auch noch an eine angemessene Entschädigung der Zamindare gedacht. 1,5 Mill. Rupies erhielten die Zamindare von Uttar-pradesh für die wenigen überhaupt enteigneten Flächen. Auf diese Weise wurde die Landreform zu einer Möglichkeit, schlechten Boden profitabel loszuschlagen. Die Entschädigungen wurden von den Bauern durch die Erhöhung der Grundrente erhoben. So erhöhte sich das Grundsteueraufkommen von Uttar-Pradesh von 78 Mill. Rupien auf 195 Mill. Rupien.

Einen ähnlichen Verlauf nahm die Landreform in allen anderen Provinzen. Sie führte lediglich dazu, daß die Zamindare noch stärker wurden und noch direkter in das Dorfgeschehen eingreifen konnten. Eine gute Möglichkeit dazu bot ihnen das Community Development Program, ein Programm, der innerindischen Dorfentwicklung.

In einem weiteren ideologischen Kraftakt hatte man sich nämlich zu einer Realisierung Gandhi'scher Ideale entschlossen. Die Dörfer sollten, wie in der von Gandhi unterstellten guten alten Zeit, wieder zu sich selbst verwaltenden autarken „Dorfrepubliken" werden. Sie sollten sich selbst verwalten dürfen, die innerdörfliche Rechtsprechung in die eigene Hand nehmen und damit die Distriktgerichtshöfe entlasten und schließlich sollten die Dörfer ihre eigenen Entwicklungskredite selbst beantragen dürfen. Mit der Einführung einer eigenen Dorfverwaltung, eigenständigen Dorflaiengerichten und einem Community Development Program wurden von legislativer Seite dann nach der Unabhängigkeit die Weichen dazu gestellt.

Diese Maßnahmen nahmen aber bewußt oder unbewußt den Klassencharakter des indischen Dorfes überhaupt nicht zur Kenntnis. In kurzer Zeit führten diese Maßnahmen dazu, daß die Großbauern auf der Ebene des Dorfes wieder in jene ausbeuterische Position zurückkehren konnten, aus der sie das Kolonialsystem vertrieben hatten, in dem es sie einem noch größeren Ausbeuter, dem Zamindar, dem steuerverantwortlichen Großgrundbesitzer unterworfen hatte. Zusätzlich hatten aber die Landreformversuche bewirkt, daß die Zamindare aus der Rolle der Steuerverantwortlichen in die Rolle der reinen Großbauern geschlüpft waren, so daß sie nun innerhalb des Dorfes die zentrale Rolle spielen konnten. Bis zum heutigen Tag dominieren deshalb die lokalen Großbauern die Laiengerichte und die Dorfverwaltung. Beides wurde damit bis zum heutigen Tage zum Zentrum eines innerdörflichen Klassenkampfes von oben. Dabei können es sich die führenden Bauerngruppen nicht leisten, auf die Kandidatur in diesen Gremien zu verzichten und der Gewählte kann es nicht riskieren, gerechte Urteile gegen seine eigene Großbauerngruppe zu fällen, da er ansonsten mit Ernteverbrennungen oder sonstigen Strafen rechnen muß. Was als Gandhi'sches Ideal der Gerechtigkeit eingeführt wurde, wurde damit lediglich zu einem feudalen Instrument der alten dörflichen Klassenpolitik.

Die legale Bestätigung der Macht der Landbesitzenden im Dorf zeigt sich denn auch im Community Development Program. Durch diese inner-indische Entwicklungsagentur sollten die Dörfer mit billigen Agrarkrediten versorgt werden, sollten Entwicklungshelfer – sog. Gramsevaks – in die Dörfer entsandt werden, um die Bauern zum Anbau von Gartengemüse, zum Anlegen von Hühnerfarmen und zum Genuß proteinreicherer Kost anzuregen. Die dörflichen Eliten bedienten sich aber dieses Instruments bis heute, um ihre Ernten zu steigern, die Habenichtse des Dorfes blieben von den Früchten dieses Programms stets ausgeschlossen. Inzwischen ist das Programm zu einer reinen Ertragsförderung heruntergekommen und dem Landwirtschaftsministerium angeschlossen worden. Da sich die Ertragsförderung natürlich auf einen Markt richtet, 80 % der indischen Dorfbewohner aber aufgrund der Landfragmentierung gar nicht für einen Markt produzieren können, so bewirkt die Ausrichtung dieses Programms von vornherein eine Unterstützung der wenigen Großbauerngruppen, die marktorientiert produzieren können, weil sie allein über die Subsistenz hinaus, noch Überschüsse produzieren können.

30 Jahre Congress-Regierung haben also an der Situation der indischen Bauernbevölkerung nichts verändert. Bei einem Agrarland wie Indien reicht allein dies aus, um ein vernichtendes Urteil über die Politik dieser Regierung zu fällen. Das sei an einigen Zahlen zur Situation auf dem Land noch einmal verdeutlicht. 1963 betrug der durchschnittliche Bodenbesitz in den typischen indischen Agrargebieten 1,5 Hektar, wobei 70 % der ländlichen Haushalte unter diesem Durchschnitt lagen. Was diese dürren Zahlen konkret bedeuten, hat Detlev Kantowsky an einem von ihm genau untersuchten Dorf ausgeführt. Nimmt man dieses Dorf als Modellfall, so stellte sich 1966 die folgende Situation:

In diesem Dorf wohnen 1200 Menschen, die in 200 Familieneinheiten zusammengefaßt sind. 50 % der Bewohner sind jünger als 20 Jahre. Bebaut wurden 158 ha Land, von denen 50 % bewässert wurden. Ein Viertel der Dorfbevölkerung verfügt über keinerlei Land, 5 % der Dorfbauern haben produktive Flächen über 4 Hektar, 45 % der Dorfbewohner verfügen über Flächen um 1 Hektar, Flächen also, die allenfalls für die Subsistenz reichen. Diese Landfragmentierung weist bereits nach, daß das Dorf aus sich heraus nicht mehr lebensfähig und in der bisherigen Struktur auch nicht mehr entwicklungsfähig ist. Das zeigt sich an den Zahlen über die zusätzlichen Erwerbsquellen. Über 43 % der Erwerbspersonen sind von außerdörflichen Arbeitsplätzen abhängig. 25 % der Erwerbspersonen arbeiten als Pendler in der näheren Umgebung des Dorfes, 14 % aber arbeiten bereits dauerhaft in Großstädten, die über 1000 km von dem Heimatdorf entfernt liegen. Leben oder besser Überleben auf einem indischen Dorf ist also bereits abhängig von den marginalen und unterbezahlten Arbeitsplätzen in den indischen Großstädten. In dieser Weise stellt die strukturelle Ausbeutung des indischen Dorfes, der indischen Industrialisierungspolitik stets ein erpreßbares Proletariat zur Verfügung.

Alle Angaben aus:
D. Kantowsky:
Indien – Gesellschaftsstruktur und Politik;
Frankfurt, 1972

Insbesondere die beiden Teile:
„Das Versagen der indischen Landreform", S. 11-25 und
„Die vergleichsweise düstere Zukunft dichtbevölkerter Agrargebiete Asiens, illustriert am Beispiel eines Dorfes bei Benares", S. 47-52.

Ermordung eines Bauernführers

Einem Begräbnis auf dem Land folgen normalerweise an die ein- bis zweihundert Leute, wobei die Frauen zu Hause bleiben müssen. Aber als Gambhiras toter Körper von der Distriktstadt zu seinem Dorf gebracht wurde, kamen 10.000 arme Bauern von nah und fern. Unter ihnen waren 3 000 Frauen. Sie alle weinten, außer einem Dutzend eng vertrauter Genossen Gambhiras.

Durch die Ermordung Gambhiras wurde ein großes Gebiet des Ost-Champaran-Distrikts im Bundesstaat Bihar führerlos. Vor sechs Jahren hatte Gambhira sich daran gemacht, Bauern und Arbeiter zu organisieren, die durch bewaffnete und brutale Großbauern über ein Jahrhundert lang unterdrückt worden waren. Er begründete einen Bauernbund, in dem sich Kleinbauern, Pächter und Erntearbeiter zusammenfanden, um sich gegen die Unterdrückung seitens der Großgrundbesitzer, der Zamindare, zur Wehr zu setzen.

Gambhiras Geburtsort, Chaundadane, ist feudal. Da gibt es immer noch Zamindare mit vielen Hunderten Hektar Land, die Hunderte von Pächtern beschäftigen. Jedes Dorf wird durch den einen oder anderen Zamindar kontrolliert. Der Zamindar kann, wann immer er will, jeden bauern vertreiben und ihm sein Land abnehmen; er kann seine Söldnerbande loslassen, um den Bauern zu berauben oder um ihm seine Frau, Schwester oder Tochter wegzunehmen. Der Bauer muß aufstehen, wenn der Zamindar vorbeikommt und wenn er zum Zamindar spricht, hat er darauf zu achten, daß es in einem leisen und demütigen Ton geschieht. Verhält sich der Bauer anders, verurteilt ihn der Zamindar zu einer Geldstrafe. Alle Zamindare besitzen Waffen. Jeder von ihnen verfügt über eine Truppe, ausgerüstet mit Gewehren und anderen Waffen. Der Zamindar siedelt diese Söldner in abgetrennten Vierteln an und gewährt ihnen Land. Eben diese Söldnertruppe schlägt sich für den Zamindar mit den Bauern und Arbeitern.

Gambhira bildete die erste Einheit seines Bauernbundes im Dorf Pipra, dessen Einwohnerschaft 8.000 überschreitet. Innerhalb weniger Monate organisierte sich sein Bauernbund in der ganzen Region. Die Führung setzte sich aus jungen Männern zusammen: Gambhira, Ramchandra, Madan, Mohamed Rasul, die alle jünger als 30 waren. Der Bauernbund begann die Zamindare wegen wirtschaftlicher Belange zu bekämpfen, wegen Pachtrechten und Löhnen, und er belästigte sie mit einer Menge legaler Anliegen. Der neuentdeckte Mut der Bauern und Arbeiter erschreckte die Zamindare in Chaundadane. Die Zamindare, die untereinander um die Beherrschung der Region kämpften, fanden sich nun gegen den „Aufruhr" der Bauern schnell zusammen. Ram Khelwan Goswami, der Abt des Klosters von Darpa, verfügt über 150 Hektar Landbesitz und stand auf Kriegsfuß mit Dharman Singh, dem Zamindar des nahegelegenen Dorfes Sukhahia, das einen Besitz von 120 Hektar darstellte.

Als Gambhiras Gefolgsleute die Arbeiter anstifteten, das Land des Zamindars zu „besetzen" – um den Abt zu zitieren –, da begruben die beiden Großgrundbesitzer schnell ihren Streit. Laut der Aussage des Abts „waren die Arbeiter früher gutartig. Aber seitdem die Außenseiter anfingen, hier aufzutauchen, um ihnen die Rebellion zu lehren, haben sie sich verändert." Der Abt, der 200 Erntearbeiter regelmäßig beschäftigt, beschloß deshalb vor 4 Monaten, diesen Tagelöhnern zu kündigen, weil „sie sich verschwörten, um sein ganzes Land zu besetzen."

Der Rausschmiß der 200 Tagelöhner durch den Abt von Darpa wurde zum unmittelbaren Grund für die Ermordung Gambhiras. Unter seiner Führung forderten die Tagelöhner ihre Wiedereinstellung.

Der Abt, im Bund mit allen Zamindaren der Region, beschloß sie auszuhungern, „um ihnen eine Lehre zu erteilen". Die Arbeiter fanden in der gesamten Region keine Beschäftigung, da die Zamindare alle möglichen Arbeitgeber gewarnt hatten. Innerhalb weniger Tage hätten die Tagelöhner nichts mehr zu essen gehabt. Aber Gambhira bereiste die Dörfer und bat die Bauern, den arbeitslosen Tagelöhnern Getreide zu geben. Sein Appell bewirkte phantastische Ergebnisse. Das Tagelöhnerviertel von Darpa wurde mit großen Mengen Getreide versorgt. Wenige Tage später versammelten sich die Tagelöhner wieder beim Abt, um ihre Wiedereinstellung zu fordern. Binnen weniger Minuten erschien der Zamindar und eröffnete blindlings das Feuer. Zwei Tagelöhner wurden verwundet, einer in der Hüfte und der andere im Arm.

Drei Tage später gingen zwei Arbeiter zum Markt von Chaundadane. Die Söldner des Zamindars fingen sie, schlugen sie und schlossen sie in einem Raum ein. Zwei Wochen später wurde der Zamindar, Ramchandra Singh, ermordet aufgefunden. Verschiedene Mitglieder des Bauernbundes wurden der Polizei als verdächtig gemeldet. Polizeiposten wurden zum Schutz des Abts von Darpa aufgestellt, aber die Zamindare fühlten sich noch nicht sicher genug. „So lange Gambhira lebt", mußten sie gedacht haben, „können die Kleinbauern, Pächter und Tagelöhner nicht geknechtet werden." Aufgrund solcher Gedanken gaben die Zamindare den Polizisten von Chaudadane angeblich eine Belohnung von 16.000 Rupies.

Gambhira schlief außerhalb einer Hütte im Dorf Bathuhia, als das Polizeiaufgebot, das beim Abt von Darpa stationiert war, ankam, um ihn zu verhaften. Der Polizist, der das Polizeiaufgebot anführte, erzählte Gambhira angeblich, sie wollten ihn zum Kloster führen, um einen Kompromiß zwischen dem Abt und den Arbeitern auszuhandeln. „Du kannst nach dem Zustandekommen des Kompromisses wieder gehen". Unterwegs wurde das Polizeiaufgebot von den inzwischen benachrichtigten Zamindaren und ihren Söldnern überfallen. Gambhira wurde von ihnen seiner Habe beraubt, geschlagen und geknüppelt.

Im Kloster wurde er weitere vier Stunden gefoltert. Er starb gegen morgen.

Die Leiche wurde zur Autopsie nach Motihari gebracht. Der dort erstellte Bericht erwähnte „nur ein paar Schrammen hier und dort."

Die Zamindare feiern.



Gandhi oder Mao? Bei den Bauern von Telengana

Telengana, eine Region im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh, hat eine lange Tradition von Bauernkämpfen. Berühmt wurde vor allem der „Bewaffnete Kampf von Telengana" 1946-51. Vor der Unabhängigkeit gehörte Telengana zum Fürstentum des Fürsten Nizam von Hyderabad, das wiederum den Briten unterstand.
Die Briten hatten den feudalen Charakter dieses Fürstentums nicht angetastet, sondern seinen Apparat zur Einziehung der Steuern genutzt. Welche Summen der Nizam und die Briten aus dem Fürstentum herauspreßten, läßt sich schon daran ermessen, daß der Nizam noch nach Ende des 2. Weltkrieges als der reichste Mann der Welt galt – reicher als die Rockefellers.
Die feudale Ausbeutung der Bauern verschärfte sich unter dem britischen Kolonialismus enorm, da es den Briten nur um den kurzfristigen Profit ging, nicht aber um ein langfristiges Überleben der Bauern. Die wachsende Unruhe auf dem Land wurde von der damals noch ungespaltenen KPI aufgegriffen und organisiert. Hauptforderungen waren die Abschaffung der Zwangsarbeit, die Einstellung ungesetzlicher Zusatzabgaben, keine Vertreibung von Pächtern und keine erzwungenen Getreiderequisitionen durch die Regierung. Die Bewegung wurde teilweise von liberalen Grundbesitzern angeführt, die verhinderten, daß die Landfrage grundsätzlich angegangen wurde. Nur im Distrikt von Nalgonda, wo die KPI besonders stark war, richtete sich der zunehmend militante Kampf auch gegen die Großgrundbesitzer.
Als nach der Unabhängigkeit die Zentralregierung mit Militär gegen den Nizam vorging, um ihn zum Eintritt in die indische Union zu zwingen, brach der bewaffnete Kampf der Bauern praktisch zusammen, mit Ausnahme der Distrikte Nalgonda und Warangal, wo die CPI von starken revolutionären Bauernbewegungen unterstützt wurde. Dort sollte das Land der Großgrundbesitzer über 100 ha hinaus verteilt und Dorfräte aufgebaut werden. Mit diesen Forderungen standen die Bauern aber auch im Gegensatz zur Zentralregierung, die mit Armee und Polizei den Aufstand niederzuschlagen suchte. Die „Polizeiaktion" der Zentralregierung gegen den Aufstand dauerte bis 1951 und endete mit der Niederlage der Bauern.

Vor diesem Hintergrund muß man das heutige Bewußtsein der Bauern von Telengana sehen, das sicher höher ist als das der durchschnittlichen indischen Bauern.

Mitten in diesem ehemals „Befreiten Gebiet", im Nalgonda-District, konnten wir im Sommer '77 drehen und mit armen Bauern und Tagelöhnern sprechen. Das Entwicklungsprogramm, das wir filmen wollten, versuchte, neue Bauernvereinigungen aufzubauen und die Armen der Region zusammenzuschließen.

Von der alten Tradition war oft nicht mehr viel übriggeblieben. Wir sahen zwar Gedenksteine für gefallene Führer des Aufstands, und in einem Dorf wehte noch eine verblichene rote Fahne mit Hammer und Sichel über einem solchen Stein. Aber von dem Land, das die Bauern damals besetzt hatten, war nur noch wenig in ihren Händen. Die Regierung hatte eine gezielte „Entwicklungspolitik" betrieben. Dörfer mit starkem kommunistischen Einfluß erhielten keinerlei Hilfe oder Kredit, keinen Strom, keine Brunnen, keine sonstige Hilfe. Dennoch bekannten sich noch viele Bauern zu ihrem damaligen Kampf. Einer von ihnen war ein alter Schäfer, den wir nach seinen Erinnerungen an den Telengana-Kampf befragten:
„Unsere Partei sagte damals, sie würde uns unterstützen, wenn wir das brachliegende und das Regierungsland besetzen und bearbeiten würden, auch das Land der Tempel. Wir bräuchten nicht mehr als Leibeigene arbeiten".
– Waren sich alle Armen darin einig?
„Ja, aber die Führer waren gebildete Leute. Noch heute genießen manche die Früchte der Landbesetzungen. In dieser Gegend wurde viel Land besetzt, das wir noch heute bearbeiten."
– Wie haben die Großgrundbeseitzer auf die Besetzungen reagiert?
„Sie kamen und sagten, dieses Land gehöre den Fürsten, wir sollten abhauen. Aber wir haben das Land trotzdem bearbeitet. Die Fürsten konnten keinen wirksamen Widerstand organisieren, denn sie wurden zugleich von der Zentralregierung und den Kommunisten angegriffen... Wir gaben den Kommunisten zu essen aber wir hatten Angst dabei."
– Warum?
„Die Großgrundbesitzer schlossen sich zusammen und schlugen uns. Hier in der Gegend wurden Leute verprügelt, weil sie eine rote Fahne aufrichteten. Wir wurden bei der Polizei angezeigt, daß wir Kommunisten zu Essen gäben. Die Polizei kam und erschoß zwei, sie starben da drüben."

Die Unruhen in Telengana hielten auch nach der Niederschlagung des Aufstandes an, denn die Situation der armen Bauern und Landlosen verbesserte sich unter der Congressregierung keineswegs.
Telengana und vor allem der nalgonda-Distrikt wurden Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre zu einem der Zentren der Naxalitenbewegung.
Die Naxalitenbewegung, Ende der 60er Jahre in Bengalen entstanden und nach der Gegend von Naxalbari benannt, ging von militanten Kommunisten aus, die von der zunehmend reformistischeren Politik der nun in CPI und CPM gespaltenen KP enttäuscht waren und nach dem Vorbild Chinas eine Bauernrevolution organisieren wollten. Doch die gleichzeitig unter starkem studentischen Einfluß stehende Bewegung isolierte sich trotz anfänglich breiter Unterstützung seitens der armen Bauern zunehmend von den Massen und scheiterte schließlich. Noch heute jedoch melden die Zeitungen in Telengana gelegentliche Angriffe von „Naxaliten" (heute ein Synonym für aufständische Bauern) auf Großgrundbesitzer. In den Gefängnissen von Andhra Pradesh sitzen noch Hunderte von „Naxaliten", soweit sie nicht von der Polizei des Congress-regierten Bundesstaats „Auf der Flucht" oder „Bei Zusammenstößen" erschossen oder zu Tode gefoltert wurden.

Die Congresspartei hat sich in den Augen der Bauern trotz ihrer sozialdemagogischen Propaganda längst als Partei der Reichen und Landbesitzenden entlarvt. Dennoch wählten die armen Bauern in Telengana bei der letzten Wahl wieder vorwiegend Congress.
Während des Wahlkampfes hatten nämlich die zur Janata-Partei (diese ist aus einer Abspaltung vom Congress hervorgegangen und hat bei den letzten Wahlen Indira Gandhi abgelöst) übergetretenen Großgrundbesitzer der Gegend

Traktordemonstrationen für die Janata in den Kreisstädten abgehalten. Die Bauern wußten – wo mit Traktoren demonstriert wird, wird für die Reichen demonstriert. Ihre Wahl für Congress war deshalb mehr eine Protestwahl gegen die Großgrundbesitzer, die ihnen bisher immer vorschrieben, für wen sie zu stimmen hätten. Sie bedeutet nicht, daß die Bauern sich noch große Illusionen über die Congresspartei – oder über irgend eine andere Partei machen. Das zeigt auch das Gespräch, das wir mit Mitgliedern einer Bauernvereinigung in einem Dorf führten:

„Die Führer der Kongress-Partei haben gerade erst diese Janata-Regierung gebildet – es sind dieselben Leute, die jetzt in der Janata Partei sind.

Sie kamen vom Kongreß, von der Sozialistischen Partei, von Jana Sang, den Kommunisten und anderen Parteien und sie haben sich zur Janata-Partei zusammengeschlossen. Wir hätten viel früher dahinter kommen sollen und uns im Dorf einig werden sollen. Wenn sich alle Armen zusammengeschlossen hätten, wären wir jetzt in einer besseren Position. Sie fürchteten die Landbegrenzungsgesetze, Jagjivan Ram und die anderen Bonzen, um ihre Fabriken, ihr Land und ihre Bungalows zu retten, haben sie diese Janata Partei gegründet. Aber wenn wir alle zusammenstehen, kann uns auch die Janata nichts anhaben."

Tatsächlich ist die Landfrage immer noch das Problem Nummer eins in Indien, denn weder Landbegrenzungsgesetze noch halbherzige Landreformen haben an der ungleichen Landverteilung etwas geändert. Die Congressregierung von Andhra Pradesh hat zum Beispiel rund 700 000 ha Land zu „Überschußland" erklärt, das an arme Bauern und Landlose verteilt werden sollte. Davon wurden aber gerade 60 000 ha verteilt, also nicht einmal 10 %, das meiste unbewässertes, steiniges Brachland, das nicht genutzt werden kann. Demgegenüber haben Bauern allein in 5 Distrikten von Andhra etwa 160 000 ha Land besetzt. Es gibt also Land, das verteilt werden könnte – aber es ist zumeist in der Hand von Großgrundbesitzern, die die Landbegrenzungsgesetze dadurch umgehen, daß sie das Land auf ihre Kinder oder Verwandte überschreiben. Auch die Janata Partei scheint keine Pläne zu haben, eine echte Landreform durchzuführen. Sogar Industrieminister Fernandez, unter Indira Gandhi aufgrund seiner führenden Rolle im großen Eisenbahnerstreik im Gefängnis, und gehätscheltes Kind der Sozialistischen Internationale, redet sich auf das Märchen hinaus, es gäbe gar kein Land zu verteilen:

„Es gibt da diese irrige Idee, daß es viel Land in Indien gäbe, das verteilt werden könne. Es gibt ein wenig Land in einigen Ecken einiger Bundesstaaten. Aber nehmen wir zum Beispiel Kerala, wo wir den größten Druck aufs Land den größten Bevölkerungsdruck haben. Da gibt es kein Land zum verteilen. Da gibt es keinen Quadratzentimeter übriges Land. Und das trifft für einen großen Teil des Landes zu. ..."

Vom luftgekühlten Büro des Industrieministers aus ist das Land, das verteilt werden kann allerdings nicht sichtbar. Die Bauern wissen, was sie von den Versprechungen der Regierungen zu halten haben:

„Wenn sie einmal die Wahlen gewonnen haben, treten sie uns in den Hintern. Seht ihr nicht, was sie mit uns machen?
-- Sie sagen, sie werden Land an uns verteilen, aber dann geben sie uns Ödland, mit dem man nichts anfangen kann.
– sie geben uns unbebaubares Land, Ödland und zudem ist es noch weit abgelegen."

Zwischenfrage des Interviewers: „Aber in den Zeitungen sind doch spaltenlange Ankündigungen, wieviel Land verteilt würde..."

Bauer: „Sie geben etwas Land, aber die Behörden überwachen nicht, ob es gutes Land ist oder schlechtes. Sie verkünden über die Zeitung oder übers Radio, daß sie Land verteilen, aber keiner kümmert sich, was für Land verteilt wird und wo.

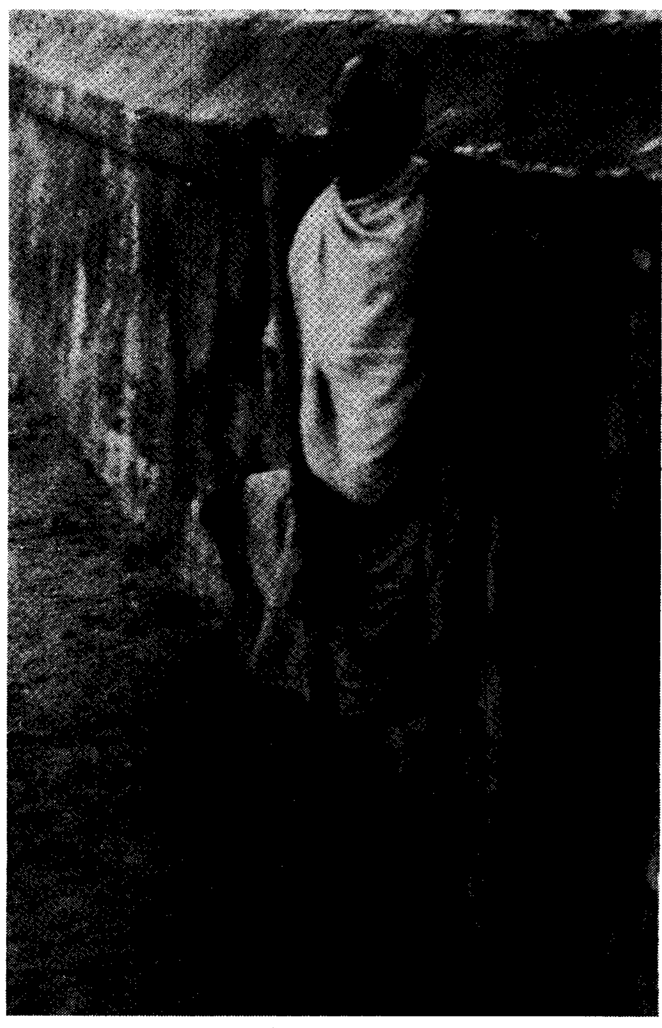
– Sie wollen nur ihre eigene Haut retten. Sie wollen Macht und deshalb protzen sie mit all den guten Taten, die sie angeblich vollbracht haben. Und während sie sich mit den Behörden gutstellen, beuten sie uns aus und tun uns alles mögliche an.

Vor den Wahlen kommen sie und sagen: 'Komm her, wir werden dir Land geben und Nahrungsmittel und vieles mehr, die Regierung wird ein Budget für das Dorf verabschieden für dieses und jenes ...' Dann verlangen sie, daß wir für den Congress oder die Janata-Partei stimmen oder für eine andere Partei. Wenn die Wahlen vorbei sind, reisen sie wieder ab und sind nie wieder zu sehen. Sobald die Wahlurnen nach dem Dritten Wahltag entfernt sind, kümmert sich keiner mehr um uns. Kurz bevor dann neue Wahlen anstehen, kommen sie wieder und reden auf uns ein.

– Wir werden der Janata-Partei erst dann glauben, wenn sie uns gutes Land gibt und das Ödland wieder zurücknimmt, und wenn sie uns Brunnen gribt. Dann werden wir vielleicht Vertrauen in diese Partei bekommen."

Frage des Interviewers: „Warum wählt ihr dann Leute, die ihr nicht als eure Vertreter anseht?"

Antwort: „Weil sie kommen und uns vo viel Versprechungen machen. Manchmal geben sie uns 10 Rupien, damit wir für sie wählen – also tun wir's Einer bekommt 10 Rupien um damit die Stimmen von 10 Leuten einzukaufen. Sie



Wer verkrüppelt ist, dem bleibt nur noch der Bettel.

schnappen sich 2 Leute und bestechen sie. Dann schnappen sich diese wiederum 10 Leute und schleppen sie zur Wahl. Das sind eben große Leute im Dorf. Arme Leute wie wir haben Angst, nicht so zu wählen, wie sie wollen, weil sie uns sonst am nächsten Tag etwas antun. Mit dieser Angst gehen wir zur Wahl.
– Alle diese Dorfhonoratioren wie der Polizeichef, der Dorfschreiber oder der Sarpanch sind wichtige Leute im Dorf. Von früh bis spät müssen wir mit diesen Leuten arbeiten. Wenn wir nicht tun, was sie sagen, tun sie uns etwas an,und davor haben wir Angst. Deshalb hören wir auf sie. Da ist zum Beispiel die Sache mit den 4 Hektar unbebauten Regierungslands, das brachliegt. Als wir zum Dorfschreiber gingen, der den ersten offiziellen Schritt einleiten muß, und ihn baten, das Land auf uns zu überschreiben, gab er uns nur lahme Ausreden, er müsse noch zu dieser Schule gehen, er müsse noch jene Steuer eintreiben, er müsse noch da und dort hingehen, er habe noch eine Sitzung und andere Ausreden. Er versuchte uns auszuweichen. Er ging nicht ins Büro um die Sache zu erledigen. Dann, neulich, als wir einfach alle zu ihm hingingen und ihn dazu aufforderten, sagte er: 'Wir sind nicht mehr in den alten Zeiten, die Regierung hat gewechselt, ihr müßt jetzt vorsichtig sein und solltet nicht so mit mir reden!'
Seit die Janata Partei an der Regierung ist, haben die Armen ein Viertel von dem, was sie hatten, verloren. Die Leute, die jetzt an der Macht sind, sind dieselben, die vorher an der Macht waren. Sie reden nicht gut zu uns. Sie verhalten sich genauso wie früher..."
politiker wie Fernandes, die gerne das Wort von der „größten Demokratie der Welt" im Munde führen, reden sich nach den Wahlen gerne auf ihr angeblich fehlendes Mandat für echte Veränderungen heraus:

„Die Janata Partei ist von den Schwächsten der Schwachen dieses Landes an die Macht gewählt worden. Sie leben in den abgelegendsten Dörfern des Landes. Sie haben diese Partei an die Macht gewählt. Also ist das Mandat, das ich heute habe, nicht von den Städtern oder der Elite. Mein Mandat kommt von diesen Leuten. Sie haben mir kein Mandat für radikale Veränderungen gegeben. Sie haben nicht gesagt: 'Sorge für eine strukturelle Umwälzung der Gesellschaft hier und jetzt.' "

Damit hat Fernandes durchaus recht: Die Armen haben Janata gewählt, weil diese ihnen einen Weg aus Unterdrückung und Elend versprochen hat. Fernandes weiß wohl, daß dieser Weg nur über Strukturveränderungen gehen kann, denn gerade die Strukturen, die er mangels Mandat angeblich nicht verändern kann, sind es ja, die die Masse der Inder immer tiefer ins Elend stürzen. Die Politiker, von Indira Gandhi bis George Fernandes, versprechen alle das Omlett, ohne die Eier zerschlagen zu wollen ...
Fernandes: „Was nun die grundlegenden Veränderungen im System oder in der Struktur unserer Gesellschaft angeht, dafür habe ich einfach kein Mandat ... Jeder von uns, der einen gewissen radikalen oder sozialistischen Hintergrund hat, steht unweigerlich vor zwei Möglichkeiten: Die eine ist, innerhalb des Systems zu arbeiten, der Bevölkerung Erleichterung zu verschaffen und die unmittelbarsten Probleme zu lösen. Die andere Möglichkeit ist, das System zu brechen, es zu zerstören. Ich bin nicht bereit, das Zweite zu tun. Ich bin nicht bereit, es zu zerstören oder zu berechen."

In einem Dorf hatten die Bauern die Nase voll von dieser Art „Demokratie". Der Vorsitzende ihrer Bauernvereinigung meinte: „In unserem Dorf wird niemand mehr wählen, solange die Regierung nichts tut. Wir werden leere Wahlurnen zurückschicken."

Während die Regierungen und die großen Parteien systematisch Vertrauen verlieren, wächst in vielen Dörfern und Gegenden das Bewußtsein, daß sich die armen Bauern und Landlosen selbst organisieren müssen, daß sie ihr Schicksal nicht den Dorfhonoratioren, den Großgrundbesitzern und Politikern anvertrauen können. Die Bauernvereinigungen, die wir in Andhra Pradesh kennenlernten, schienen ein vielversprechender Anfang zur Selbstorganisation der Armen zu sein. Auffallend war, daß in den Dörfern, wo eine aktive Vereinigung (Sangham) bestand, keinerlei Anzeichen von Unterwürfigkeit, und Fatalismus, vor allem unter den „Unberührbaren", den Harijans, festzustellen waren. Während sich sonst Harijans Fremden und Angehörigen höherer Kasten oft nur in gebückter Haltung nähern, traten die organisierten Harijans uns voll Selbstbewußtsein und Kampfgeist gegenüber und erzählten stolz von den Erfolgen ihrer Sanghams:
„Früher haben uns die Großgrundbesitzer ausgeschimpft und geschlagen. Aber dann haben wir unsere Sangham gegründet und jetzt spüren sie unsere Einheit. Jetzt haben sie Angst vor uns. Früher, wenn jemand z.B. 100 Rupien schuldete und konnte nicht zahlen, haben sie ihn zum Dorfplatz geschleppt und Steine auf seinen Rücken geladen. Sie haben ihm Hände und Füße gefesselt und ihn mit Knüppeln geschlagen. ... Aber seit wir die Sangham haben, hat sich alles geändert. Es hat noch nicht ganz aufgehört, aber es ist schon besser geworden. Wenn jetzt ein Harijan etwas anstellt, dann fragen sie bei der Sangham an, was sie tun sollen. Sie haben nicht den Mut, selber etwas zu tun. ... "
„Organisiert die Landlosen!" ist derzeit auch ein Lieblingsslogan der Regierenden in Indien, der nicht ernster zu nehmen ist, als die entsprechenden Slogans des Congress. Denn wenn sich die Harijans und die Landlosen wirklich einmal organisieren, ist die Regierung die erste, die den Großgrundbesitzern zu Hilfe kommt.
Auch Georges Fernandes scheint dies zu ahnen:
„Ich kann mir nicht vorstellen, daß meine Partei mit ihrer Gandhianischen und sozialistischen Philosophie auf landlose Bauern und Habenichtse schießt oder Gewalt gegen sie anwendet. Das kann einfach nicht geschehen und wenn doch eine solche Situation eintritt, dann werde ich auf der anderen Seite sein."

In den Dörfern Telenganas aber sehen die Bauern das anders:
„Hier im Dorf sagen die Großgrundbesitzer, daß jetzt ihre Regierung an die Macht gekommen ist, daß es jetzt keine Landverteilungen und Landbegrenzungsgesetze mehr geben wird und daß sie alles verteilte Land wieder zurückholen würden. Sie haben jetzt Mut bekommen und sagen: 'Alles gehört jetzt den Reddys (= der Landbesitzerkaste)'. "
– Wenn es zu Auseinandersetzungen kommt, und ihr müßt die Regierung um Schutz bitten, wird es dann nicht schwierig für Euch werden?
– „Nein, denn dann machen wir es wie beim Bewaffneten Telengana-Kampf..."
– Glaubt ihr an einen friedlichen Weg?
„ – Wenn die Großgrundbesitzer sich nicht gerecht verhalten, dann ist eine gewaltsame Revolution der einzige Weg. Nur dann werden wir gleiche Rechte bekommen."
– Mit Gandhis Prinzipien könnt ihr das nicht erreichen?
„Mit Mao's Prinzip können wir es besser erreichen. Gandhis Prinzip heißt warte, warte, warte – bis du stirbst ..."

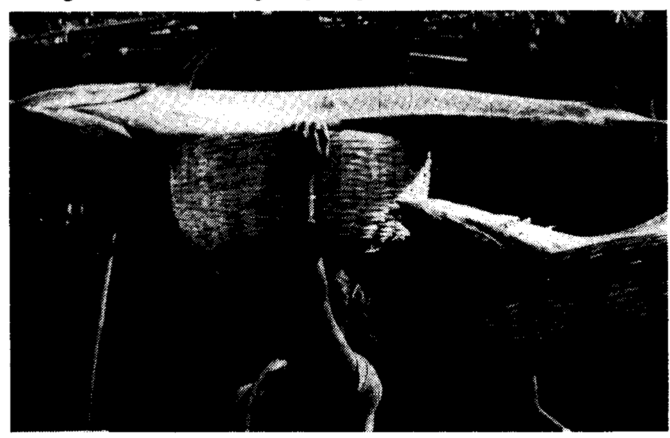
Peter Krieg

Kastengesellschaft im alten und neuen Indien

Jakob Rösel

Immer wieder wird in der einschlägigen Literatur das Kastenwesen als eine Ursache für die Rückständigkeit der indischen Landwirtschaft genannt: Da die Verfechter dieser Annahme in den seltensten Fällen konkrete Beispiele für diesen Zusammenhang nennen können, so weichen sie gern auf die pauschalierende Feststellung aus, daß das Kastenwesen eine Mentalität erzeugt habe, die Fortschritt, Gewinnstreben, Rationalisierungen etc. erschwert habe. Als Erklärung für die gegenwärtige Misere der indischen Landwirtschaft ist aber diese Argumentation in vielerlei Hinsicht falsch:

1. Das Elend des indischen Agrarsektors geht nicht darauf zurück, daß eine alte „Kastenordnung" bis zum heutigen Tag weiterlebt, sondern, daß der Kolonialismus eine alte, selbstversorgerische Wirtschaftsform zerstört hat. Innerhalb dieser Wirtschaftsform hatte die Kastenordnung ihren vernünftigen Stellenwert.
2. Da dies dem Kolonialismus gelungen ist und weil er sich dabei ausgerechnet der alten Geldverleiher- und Getreidehändlerkasten bediente, so zeigt sich bereits daran, daß diese „Kastenordnung" keineswegs so fortschrittsfeindlich gewesen sein kann – immerhin hat sie zu ihrer eigenen Abschaffung beigetragen.



Die Salzwasserfischerei, spielt, ebenso wie die Süßwasserfischerei noch eine große Rolle. Sie wird von spezialisierten Stämmen oder Kasten betrieben, die oft noch relativ autark leben und noch wenig für einen Markt produzieren.

3. Die Kastenordnung war also der Ausdruck einer bestimmten Sozialstruktur. Der wesentliche Fehler der „Kasten" Argumentation liegt deshalb darin, das Kastenwesen als einen unabhängigen, unwandelbaren Faktor anzusehen. Sozialordnungen sind aber abhängig von dem polit.-ökonomischen Rahmen, innerhalb dessen sie einen funktionalen Stellenwert einnehmen können. Daraus folgt, daß diese Sozialordnungen obsolet werden und verchwinden, wenn ihre Sachgesetzlichkeit, ihr polit-ökonomischer Rahmen, der sie notwendig machte, verschwindet.

Dies ist in Indien durch das Kolonialsystem geschehen: Der Kolonialismus vernichtete eine alte Agrarordnung, in der die Kaste eine Funktion erfüllen konnte. Ihrer Funktion beraubt, hat sich die Kaste entweder aufgelöst oder verändert. Weder kann das Kastenwesen heute die Machtvorstellung in einem indischen Dorf erklären, noch die Zusammensetzung der städtischen Arbeiter oder der Plantagenkulis erläutern. Stattdessen läßt sich beides ohne größere Schwierigkeit aus dem Machtgefälle von Großgrundbesitzern, Kleinbauern, Pächtern und landlosen Dorfhandwerkern und Tagelöhnern ableiten. Je ärmer, also landloser die Stellung eines Inders in seinem Dorf, desto höher die Wahrscheinlichkeit ihn in Stadt und Plantage auch in den unterbezahltesten und elendesten Berufsstellungen wiederzufinden.

Entstehung und Auflösung des Kastenwesens sollen im folgenden kurz erläutert werden.

Die Kastengesellschaft im traditionellen Indien

Die Sozialform der Kaste war die indische Antwort auf die Frage, wie versorge ich eine traditionelle, bargeldlose Agrargesellschaft mit lebensnotwendigen, spezialisierten Dienstleistungen?

Die Basis der indischen Agrargesellschaft war das sich selbst versorgende, „autarke" Dorf.
Die Bauern brauchten neben anderem die folgenden, spezialisierten Dienstleistungen in ihrem Dorf:

Schmiede
Töpfer
Wäscher
Schreiner/Wagner
Weber
Seiler/Mattenflechter
Dachdecker
Kalkbrenner
Abdecker

Die Dienstleistungen dieser Spezialistengruppen wurden durch kleine Parzellen von Gemeindeland oder durch Ernteabgaben abgegolten. Diese „Kasten" waren also Teil des Dorfes, aber der schwächere Teil: Im Gegensatz zur „dominierenden Kaste" der Ackerbauern verfügten sie nicht gewohnheitsrechtlich über Land.
Durch dieses Arrangement bauten die indischen Agrargesellschaften auf isolierten, stabilen und damit gleichzeitig hochkonservativen Dorfkernen auf: Geld– und Marktbeziehungen konnten und brauchten auch keine Rolle zu spielen.

Die veränderten Bedürfnisse der Klöster, der Tempel und Palaststädte wurden ebenso befriedigt.
Die für sie notwendigen Steinschneider, Steinpolierer, Kalkbrenner, Maler, Sänftenträger, Elefantenwärter, Bademeister, Gold-, Silber-, Bronce- und Kupferschmiede, Trommler, Standartenträger, Betelnuß- und Blumengärtner etc. wurden entweder in Naturalien oder mit Parzellen im Umfeld dieser Zentren entlohnt.
Das soziale Gefälle bestand hier ebenso wie im Dorf: auch hier standen Gruppen, die über Land verfügten, Spezialistengruppen gegenüber, die faktisch landlos waren.
Die Besonderheiten dieses in vielen frühen Agrargesellschaften auffindbaren Musters einer bargeldlosen, statischen Dienstleistungsversorgung sind nun die folgenden:
Die Dienstleistungsgruppen sind erblich
Die Dienstleistungsgruppen sind hierarchisiert.

Während die Erblichkeit der Berufe an sich nichts Außergewöhnliches darstellt, kommen in der Hierarchie der Gruppen spezifische indische Besonderheiten zum Ausdruck: Da in einer Agrargesellschaft Landbesitz die fundamentale Voraussetzung für Macht, Reichtum und Sicherheit und die Kontrolle über andere darstellt, so ist der Landlose per se unterprivilegiert. Die eigentümliche Leistung des indischen

Kastenwesens besteht nun darin, diese generelle Unterprivilegierung noch weiter differenziert zu haben:
Der Aufbau der indischen Agrargesellschaft begann mit der Verdrängung von einheimischen Stämmen durch die Landnahme neu einwandernder Bauerngruppen. Die verdrängten Stämme konnten nur überleben, indem sie degradierte, „landlose" Handwerksberufe übernahmen.
In dem Maße, in dem diese Tätigkeiten gegen ihre oder ackerbäuerliche Tabus verstießen, mußten diese Tätigkeiten verachtet werden: Zentrale Stammestabus waren der Kontakt mit Menstruationsblut, mit Haaren und Fingernägeln, mit Aas. Zentrale Tabus der erst buddhistischen, später hinduistischen Oberschicht waren die Tötung von Tieren. Abdecker, Barbiere, Wäsche, Jäger, Fischer und Metzger wurden deshalb in unterschiedlichem Maße diskriminiert. Rein war, wer gegen ein Maximum an Tabus nicht verstoßen mußte, unrein war, wer dies tat.

Im Rahmen der traditionellen Gesellschaft entschied damit der Akt der Geburt über Beruf, Reinheit, Ansehen, Heiratspartner und zumeist auch Wohnsitz des Menschen.
Es war damit nur konsequent, daß der Hinduismus und der Buddhismus die Frage, ob, wann und wie man überhaupt wiedergeboren werde, zur zentralen Frage erhoben.
Der Akt der Geburt war aber nur so lange alleinentscheidend, wie die Gesellschaft, die über Land und Landlosigkeit entschied, unverändert andauerte.

Die Kastengesellschaft im modernen Indien:

Durch den Kolonialismus änderte sich diese Gesellschaft formal in zweierlei Weise: Neue Berufsmöglichkeiten kamen auf, deren Zugang zumindest nicht direkt an die Kastenzugehörigkeit, sondern an den Ausbildungsgrad gebunden war.
Neue Marktmöglichkeiten kamen auf, die allerdings nur in seltenen Fällen, den bisher armen, landlosen Handwerkergruppen Gewinnchancen eröffneten, die früher von der landbesitzenden Aristokratie abgeschöpft worden wären.
So stiegen beispielsweise die dörflichen Palmschnapsbrenner zu einer relativ reichen Kaste auf, weil sie während der Kolonialzeit ihre Produkte zum ersten Mal mit hohen Gewinnen auf überlokalen Märkten verkaufen konnten. Endgültig war der Aufstieg aber erst dann vollzogen, wenn man die Gewinne in Landbesitz umgewandelt hatte – etwas, was es erst seit der Kolonialzeit gab. Der Aufstieg war also in letzter Instanz ein Übergang von der Landlosigkeit zum Landbesitz.



Einer der wichtigsten Berufe für die in die Städte strömenden landlosen Bauern, ist der Beruf des Fahrradrickshawfahrers. Die Rickshaw selbst gehört einem einheimischen Unternehmer, der dem Fahrer kaum etwas für das Überleben läßt.

Mit dem Kolonialismus änderte sich die indische Gesellschaft aber nicht nur formal, sondern auch fundamental: Die alte Agrarordnung wurde vernichtet und an ihre Stelle trat eine Agrarverfassung in der zum ersten Mal in aller Deutlichkeit die soziale Stellung, vor allem aber die Überlebenschance eines Menschen von seiner Klassenlage abhängig war: In einem weitgehenden Agrarland wie Indien leitet und leitete sich seit jeher diese Klassenlage von der Verfügungsgewalt über Boden ab. Mit der Verarmung und der partiellen Kommerzialisierung des Agrarsektors seit dem Kolonialismus und dem dadurch bewirkten Verlust der Überlebensgarantie im Dorf, prägte sich diese Klassenspezifität nun immer deutlicher aus. Einerseits ruinierte der koloniale Fertigwarenimport, die Einführung der Geldbeziehungen in die bargeldlose Dorfzelle, und die Überbesteuerung des Dorfes erst die Dorfhandwerker, die Tagelöhner und schließlich die Kleinbauern, andererseits brauchte das koloniale Plantagensystem und heute die nachkoloniale Industrialisierungspolitik keine berufständisch-kastenspezifisch gebundenen Handwerker und Tagelöhner, sondern saisonal und universal einsetzbare Lohnarbeiter. Ganz im Einklang zur Zerstörung des dörflichen Rahmens der Kastenordnung und den neuen kolonialen und postkolonialen Arbeitsverwertungsbedürfnissen, löst sich das Kastenwesen auf oder verliert an Relevanz bei der Erklärung der sozialen Herkunft der Fabrik- und Plantagenarbeiter: Will man die Herkunft der unterbezahlten Teepflücker, Bergarbeiter, Rikshawfahrer, Bauarbeiter, und kleinen Manufakturangestellten und -arbeiter bestimmen, so läßt sich eine Vielzahl von Kasten nennen, die aber eines gemeinsam haben – die Landlosigkeit oder landwirtschaftlicher Kleinstbesitz.

Das Kastenwesen weist sich deshalb als das aus, was es für jeden unvoreingenommenen Betrachter der indischen Agrarordnung schon immer war – als traditionelles Gruppenbildmuster, um in einer auf Autarkie und Erblichkeit beruhenden Dorfgesellschaft die notwendigen Spezialistendienste bereitzustellen. Solange die alte indische Agrarordnung noch funktionsfähig war, konnte diese Kastenordnung auch die reale Besitz- und Klassenteilung im Dorfe wirkungsvoll überdecken, konnte sie so ausdifferenzieren, daß man die Klassen vor lauter Kasten nicht mehr sehen konnte. Dazu kam, daß diese zugrundeliegende Ordnung wenig Relevanz hatte: Da alle Dorfbewohner eine, wenn auch gestaffelte, Überlebenschance hatten, so wirkte sich die Verfügungsgewalt über Land noch nicht mit jener brutalen Deutlichkeit aus, mit der sie sich mit dem Aufkommen des Kolonialsystems durchsetzen sollte. Seit der Kolonialzeit hat aber weder der kastengebundene Beruf noch die Überlebensgarantie im Dorf irgendeinen Wert für die neuen Herrschaften und ihr Wirtschaftssystem. Der polit-ökonomische Rahmen und bald auch die ideologische Wirkung des Kastenwesens werden obsolet.
Damit ist aber das Kastenwesen als Erklärungsfaktor der gegenwärtigen Verelendung des Agrarsektors ebenso hinfällig.

GRUNDDATEN ZU INDIEN

I. Grundsätzliches

Fläche: 3 287 590 km^2, davon: 42,37 % Ackerland; 20,03 % Wald; 3,99 % Weideland; 33,61 % Brachland

Einwohner: 610 080 000 (Mitte 1976); 189 pro km^2;
Wachstumsrate der Bevölkerung (1970 – 1974) 2,1 % pro Jahr

Analphabetenrate: 70,5 % (1971)

Religionszugehörigkeit: (1971)
82,7 % Hindus
11,2 % Muslims
2,6 % Christen
1,9 % Sikhs
0,7 % Buddhisten
0,5 % Jains
0,4 % andere

Großstädte: (1971)
Calcutta : ca. 7 Mio
Bombay : ca. 6 Mio
Delhi : ca. 3,65 Mio
Madras : ca. 3,2 Mio

Es gibt 142 Städte mit mehr als 100 000 E., 109 Mio. Inde leben in den insgesamt 2921 Städten, davon über 50 % in den Großstädten. Der Rest verteilt sich über mehr als 500 000 Dörfer. Das Verhältnis Stadt- zu Landbevölkerung beträgt 19,9 % zu 80,1 %.

Erwerbsstruktur: (1971)
1. Landwirtschaft: 72,05 %
2. Industrie: 11,2 %
3. Tertiärer Sektor: (Handel, Banken, Verkehr & andere Dienstleistungen) 16,75 %

Währung:
1 Rupie zu 100 Paisa
1 Rupie = 0,2675 DM
1 US-Dollar = 8,812 Rp.

II. Wirtschaft

BSP zu laufenden Marktpreisen: 1976: 641 680 Mio Rps
ca. 117 \$; davon erbringt die pro Kopf — Landwirtschaft: 42 %; Industrie: 20 %

Industrieproduktion:
Index: 1970 = 100
Juni 1976: 128

Der Produktionsindex für Konsumwaren blieb hingegen fast konstant 1960 = 100

65	71	72	73	74
128	160	168	162	164

Gründe hierfür liegen in der hohen Preissteigerungsrate und der geringen Kaufkraft der Massen:

Preisindex für Konsumwaren: 1960 = 100

73	74	75	76	77
216	275	321	286	312

Kaufkraft der Rupie in Relation zu 1960er Preisen:
1961: 96 Paise; Dez. 75: 33 Paise

Import: 1976 50 217 Mio Rupien
Export: 1976 50 894 Mio Rupien

Indien weist damit eine positive Handelsbilanz auf. In den Jahren zuvor war sie jedoch chronisch defizitär.

Wichtigste Importgüter:
Erdöl und Ölerzeugnisse, Nahrungsgetreide (vor allem: Weizen), Maschinen und Transportmittel, chem. Düngemittel

Wichtigste Exportgüter:
Zucker, Jute- und Baumwollerzeugnisse, technische Güter (Maschinen, Metallwaren etc.), Tee, Eisenerz, handwerkliche Erzeugnisse, Leder und Lederwaren

Wichtigste Handelspartner:
USA, Sowjetunion, Japan, Iran, Großbritannien, BRD

III. Landwirtschaft

Agrarproduktion: Produktionsindex 1960 = 100

	65/66	68/69	70/71	71/72	72/73	73/74	74/75	75/76
	95,8	114,8	131,4	130,4	118,5	131,6	128,6	148,6
davon Reis:	90,0	116,5	123,8	126,3	113,3	129,0	k.A.	k.A.
davon Weizen:	93,4	157,1	214,2	237,3	223,9	198,4	k.A.	k.A.

Entscheidend ist jedoch die Netto-Verfügbarkeit (Net Availability) der Nahrungsfrüchte (Reis, Weizen, Hülsenfrüchte) pro Kopf und Tag:

1961	1966	1971	1972	1973	1974	1975
469	408	469	467	425	453	415

Die Angaben für Vanaspati (Öl zur Speisezubereitung, in jeder Familie unerläßlich) lauten:
Kg pro Jahr

1956	1961	1966	1971	1972	1973	1974	1975
0,7	0,8	0,8	1,0	1,1	1,0	0,8	0,6

Diese Tabellen berücksichtigen nicht die ungleichen Verteilungsstrukturen, die sich bei sinkendem Angebot weiter verschärfen.

Bewässerung:
Anteil der Brutto-Bewässerungsfläche an der gesamten Anbaufläche

1950/51	1955/6	1960/1	1965/1	1968/9	1970/1	1971/2
17,3	18,0	18,3	19,9	22,3	23,3	23,5

Landverteilung: (Lt. Far Eastern Economic Review, 32.4.76 S. 137)
51 % der bäuerlichen Betriebe sind kleiner als 1 ha. Sie beanspruchen insgesamt nur 9 % der gesamten Ackerfläche Indiens. 19 % der Betriebe besitzen 1 - 2 ha; 15 % der Betriebe besitzen 2 - 4 ha; 11 % der Betriebe besitzen 4 - 10 ha; 4 % der Betriebe besitzen 10 ha u. mehr. Dies ist fast ein Drittel der gesamten Ackerfläche.

Die beiden letzten Gruppen verfügen über fast zwei Drittel des gesamten Ackerlandes. Oder: Auf 85 % aller Betriebe entfällt nur 1/3 des bebauten Bodens.
Insgesamt gab es 1971 70,5 Mio bäuerliche Betriebe
Bis Juli 1976 waren von dem offiziell geschätzten Surplusland (4.40 Mio. ha) lediglich 0.69 Mio. ha verteilt.

Hinweis: Weiterführende Statistiken in:
Fischer Länderkunde, Bd. 2, Südasien

Quellen:

1. Fischer Länderkunde, Bd. 2, Südasien
2. Länderkurzbericht Indien, Stat. Bundesamt Wiesbaden
3. Far Eastern Exonomic Review Yearbook 1976, 1977.
4. Statistical Outline of India, 1976, Bombay
5. Fischer Weltalmanach 1978

Clemens Jürgenmeyer

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Im Oktober vom 1. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in München beschlossen – seit Anfang des Jahres erhältlich:

Nr. 1 des Bundesrundbriefes
(2,50 DM in Briefmarken)

Soeben fertiggestellt:

Protokoll

des ersten Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen – mit Presseecho, Teilnehmerliste und dem Protokoll der ersten Sitzung des neuen Koordinierungsausschusses –

Bestellungen: ig3w, c/o R. Pohl, Jägerhorst 6, 2300 Kiel 1

VIETNAM – KAMPUCHEA

Hintergründe der jüngsten Grenzzwischenfälle

Die im vergangenen Jahr vereinzelt auftretenden Zwischenfälle an der kampucheanisch-vietnamesichen Grenze (vgl. 'blätter...' Nr. 64, S. 4 ff) eskalierten um die Jahreswende; am 31. Dezember 1977 wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abgebrochen. Erste Konflikte gab es bereits, nachdem man in einem 30-jährigen Krieg gemeinsam gegen französische Kolonialherren, amerikanische Besatzer und deren Statthalter erfolgreich gekämpft hatte; im Juni 1975 war es vietnamesischen Truppen gelungen, mehrere (kleinere) Inseln im Golf von Siam (1) zu besetzen – Inseln auf die von beiden Ländern Anspruch erhoben wurde. Der unmittelbare Ausbruch der Grenzquerelen nach der Befreiung zeigt, daß die Gründe für die Territorialkonflikte weiter zurückliegen: der Kampf gegen den gemeinsamen Feind hatte diese Konflikte nur notdürftig überkleistern können.

Man erinnere sich: Bereits im Februar 1965 wurde das bisher 'neutrale' Kambodscha in die Luft- und Artillerieangriffe der US-Marine-Infanteristen mit einbezogen (2). Ziel der US-Bombardements war der strategisch wichtige grenzüberschreitende Verbindungsstrang der (vietnamesischen)

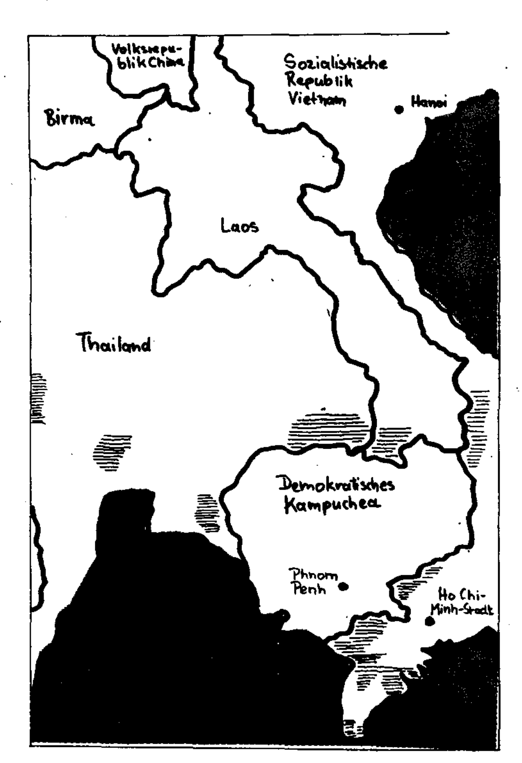


Nationalen Befreiungsfront, der unter dem Namen 'Ho-Tschi-minh Pfad' bekannt wurde.

Auch nach der Vertreibung der US-Imperialisten blieb dieser grenzüberschreitende Ho-Tschi-minh Pfad für die Versorgung 'Südvietnams' wichtig, war der 'Pfad' doch zum Teil als Allwetterstraße ausgebaut und verlief er doch entlang einer Pipeline. Während Laos die 'Grenzüberschreitungen' von vietnamesischer Seite widerspruchslos hinnahm, befürchtete die kampucheanische Regierung eine 'heimliche Invasion'.

Das gegenseitige Mißtrauen hat eine lange Tradition: Bis in das 17. Jahrhundert hinein beherrschte das mächtige Königreich der KHMER das heutige Gebiet Kampucheas und das (heute vietnamesische) Mekongdelta („Cochinchina"). Saigon ist z.B. eine alte Khmergründung, welche damals den Namen Prey Nokor trug.
Die Geschichte der Neuzeit beginnt für Kampuchea mit der französischen Kolonisation, die sich 1858 mit der Ankunft von französischen Kriegsschiffen – angeblich zum Schutze der französischen Missionare – ankündigte. Tatsächlich ging es den Kolonialisten um die Ausplünderung des Landes; neben der Reisausfuhr gewann die Kautschukproduktion an Bedeutung. Noch heute ist die Grenze zwischen Kampuchea und Vietnam z.T. mit den früheren Plantagengrenzen der Kautschukfirmen Kleber und Michelin identisch. Ohne Rücksichtnahme auf ethnische und geschichtliche Fakten zogen die Kolonialisten 'ihre' Grenze nach ökonomischem Kalkül: lediglich die Bodenverhältnisse und das Vorhandensein von Arbeitskräften ging in ihre Überlegungen ein.
Während des 2. Weltkriegs (1941) eroberten die japanischen Faschisten das gesamte Indochina; bald darauf erhob sich das kampucheanische Volk erfolgreich gegen die 'neuen' Unterdrücker; 1945 übernahmen patriotische Widerstandskämpfer die Macht – dies jedoch nur für wenige Monate, denn im Oktober 1945 besetzten die Franzosen erneut Kampuchea. Der Versuch der französischen Invasoren, in den Norden von Vietnam und Laos vorzudringen, scheiterte vorerst an dem erbitterten Widerstand der Bevölkerung. Diese Lage zwang die Franzosen, Kambodscha Zugeständnisse zu machen, um zumindest an dieser 'Widerstandsfront' Erleichterung zu bekommen. Im Januar 1946 wurde Kambodscha „im Prinzip" die volle Unabhängigkeit zugesprochen. Die Unterzeichnung eines Abkommens zögerten die Franzosen jedoch immer wieder hinaus.
Die Kambodschanische Khmer-Freiheitsfront bemerkte sehr bald dieses Betrugsmanöver der französischen Kolonialisten und setzen den Widerstandskampf fort. Rekrutierungsfeld der Befreiungsfront waren vor allen Dingen die Kautschukplantagen (nahe der heutigen Grenze zu Vietnam), in denen bis zu 12 000 Arbeiter von bewaffneten Wachmannschaften der Kolonialmacht zur Zwangsarbeit getrieben wurden (2). Die Franzosen versuchten, die Widerstandsfront zu brechen, indem sie eine Belohnung für Denunziationen aussetzten; es gelang ihnen, die kambodschanischen Arbeiter gegen Arbeiter vietnamesischer Herkunft geschickt auszuspielen. (3) Die ethnischen Unterschiede nützten die französischen Kolonialisten seit alters her für ihre Vorteile aus: so besetzten sie seit dem Beginn der Kolonisation (1858) ihren Verwaltungsapparat in ganz Indochina mit Vietnamesen, was diesen manche Antipathie einbrachte.

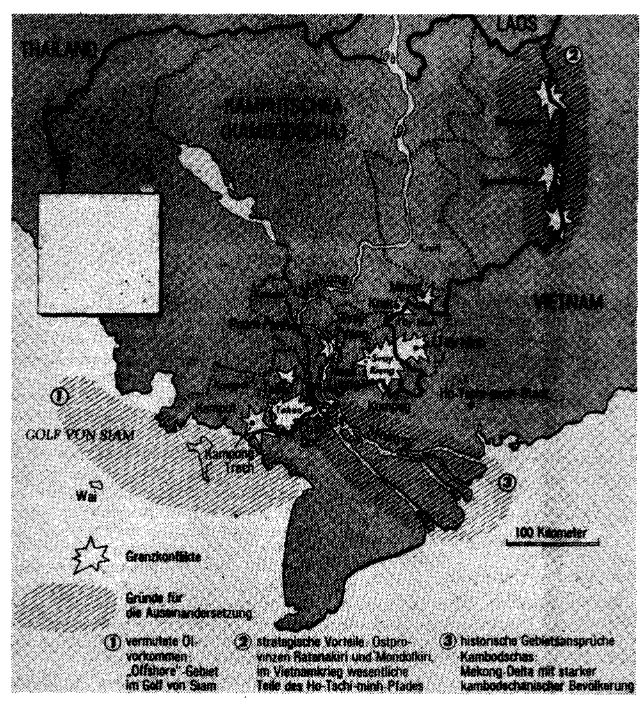
Ab 1950 gelang es den französischen Invasoren immer weniger, sich in Gesamt-Indochina zu behaupten. Am 7. Mai 1954 errang die Vietnamesische Volksarmee den historischen Sieg über die Kolonialisten. Am gleichen Tag wurde in Genf die Waffenstillstandsverhandlung eröffnet. Auf dieser Konferenz wurde erstmals die volle Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten Kambodscha, Vietnam und Laos in internationalen Dokumenten schriftlich fixiert. Die Regelung der Grenzfragen blieb jedoch ausgespart.
Der Zusammenbruch der französischen Kolonialmacht bedeutete keinesfalls Frieden für Indochina. Die Vereinigten Staaten begannen nun die Aufgabe der französischen Kolonialmacht zu übernehmen. Doch die US-Imperialisten hatten aus den jüngsten Ereignissen gelernt. Ihr Engage-



ment war vorerst indirekter Art. Mit Hilfe der antikommunistischen Militärorganisation SEATO (einem ähnlichen 'Bündnis' wie dem der 'NATO') und großzügiger Wirtschafts-„Hilfe" an die vom Krieg gezeichneten Staaten, versuchten die USA in Indochina Fuß zu fassen. Prinz Sihanouk, der damalige Ministerpräsident Kambodschas, erkannte (erst) 1963, daß diese „Hilfe" nur dazu diente, eine Klasse von Kompradoren-Kapitalisten zu schaffen; folglich lehnte er und die Nationalversammlung einhellig jede weitere amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe ab. Seit dieser Zeit wurde das amerikanische „Engagement" zunehmend aggressiver; ständige Verletzungen des kambodschanischen Luftraumes durch US-Militärflugzeuge eskalierten zu offenen Bombardements von kambodschanischem Hoheitsgebiet.
1966 vereinbarte Sihanouk in einem Geheimabkommen mit der vietnamesischen Nationalen Befreiungsfront, daß diese von kampucheanischem Gebiet aus operieren könne. Die Frage der Grenzziehung wurde auf einen Zeitpunkt nach der Befreiung verschoben.
Im März 1970 gelang es dem US-Gemeindienst CIA mit Hilfe der antikommunistischen Organisation „Khmer Serai", die heute von thailändischem Gebiet aus operiert, Sihanouk zu stürzen; statt seiner wurde die us-hörige Marionette Lon Nol eingesetzt. Kurz zuvor hatte Nixon Präsident Johnson abgelöst und den Indochinakrieg in eine neue Phase eskalieren lassen; seine 'Zauberformel' hieß „Vietnamisierung des Krieges": ein mit Luxusgütern, westlicher 'Zivilisation' und guter Bezahlung angeheuertes Söldnerheer (es bestand aus 65.000 Südvietnamesen) machte Kambodscha zu einer US-Kolonie.

Mit der Invasion Kambodschas durch amerikanische Truppen und Panzer sowie vor allen Dingen durch ussubventionierte südvietnamesische 'Marionettentruppen' konnte nicht länger von verschiedenen 'kleineren' Kriegen (Bodenkrieg in Südvietnam – seit Ende 1961; Luftkrieg gegen Nordvietnam; vereinzelte Angriffe durch US-Militärflugzeuge gegen Laos und Kambodscha) gesprochen werden. Seit der offenen Invasion in Kambodscha (30. April 1970) war die US-Aggression auf Gesamtindochina ausgedehnt worden; der 2. Indochinakrieg hatte begonnen.

Auf diesem Hintergrund der jahrelangen, ständigen Massenflucht und Zwangsrekrutierung der Völker Indochinas ist es verständlich, daß die drei 'nachkapitalistischen' Staaten, die alle ihre eigene Sprache, ihre eigenen Bräuche und ihre eigene Kultur hatten und sich zudem in verschiedenen Stadien wirtschaftlicher und sozialer Ent-



wicklung befanden, selbst nach der Abschüttelung der Imperialisten nicht so schnell zueinander finden werden.

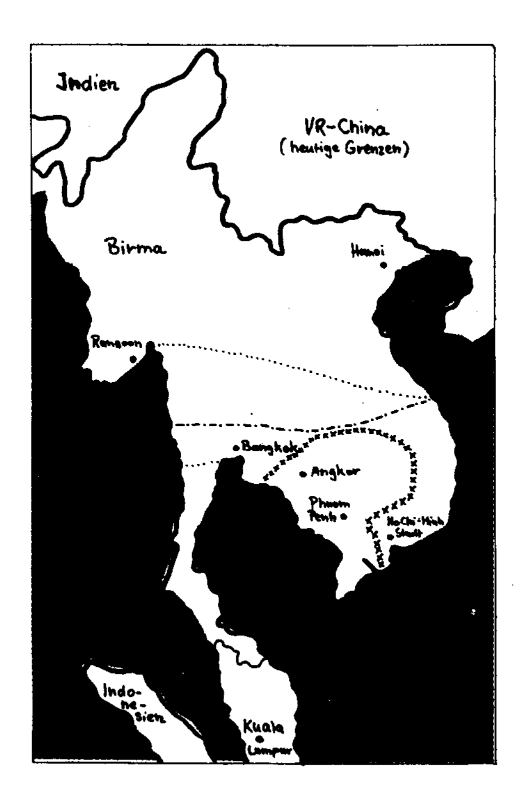
Die historischen Hintergründe können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß derzeit die 'roten Khmer' der nationalistischen Ideologie völlig freien Lauf lassen. Die berechtigte Sorge Kampucheas um seine Souveränität (Vietnam ist unbestreitbar die beherrschende (Militär-) Macht im indochinesischen Raum), das in leidvollen Erfahrungen gewachsene Nationalbewußtsein, steigerte sich in jüngster Zeit zu geradezu chauvinistischen Aktionen und Äußerungen: „Angespornt durch die Flammen des nationalen Hasses gegen den vietnamesischen annektionistischen Feind und durch ihre Kapazität als kampucheanische Nationalisten, Söhne und Töchter des kampucheanischen Volkes ... haben unsere jungen revolutionären Arbeiter ... die Aggressoren bekämpft ...", heißt es in einer Erklärung von Radio Phnom Penh vom 23.1.1978 (4). Derartige Propagandathesen lassen u.a. auch den Schluß zu, daß Kampuchea stark unter innenpolitischen Spannungen steht, die in Aktivitäten nach Außen eine erwünschte Kompensation erfahren (5); die konterrevolutionären Aktionen von ehemaligen Mitgliedern der antikommunistischen 'Khmer Serai' nahmen in der letzten Zeit zu (6).

Entsprechend den Meldungen sowohl von vietnamesischer Seite als auch von kampucheanischer Seite sind die offenen Kämpfe an der Grenze inzwischen abgeflaut. Sie sind jedoch nicht beendet. Vietnam berichtet nach wie vor von Zusammenstößen an der südlichen Grenze. Aber Kämpfe wie zu Jahresbeginn finden augenscheinlich nicht mehr statt. Während Vietnam immer wieder Kampuchea zu Friedensverhandlungen und Schaffung einer entmilitarisierten Zone aufruft (und gleichzeitig jegliche Gebietsansprüche an Kampuchea verneint), lehnt Kampuchea solche Angebote kategorisch ab. Es wendet ein, daß es sich bei dem Konflikt nicht um einen einfachen Grenzstreit handele, sondern um den Versuch Vietnams, die Vorherrschaft in Indochina zu gewinnen und Laos und Kampuchea zu seinen Satelliten zu machen (7).

Wie stehen die Großmächte zu den Auseinandersetzungen? Während die Sowjetunion die Chinesen als die Drahtzieher des Konflikts denunziert, beglückwünscht die VR China durch den stellvertretenden Außenminister Hah Nien – eng die kampucheanische Revolutionsarmee zu ihrer „Energie bei der Verteidigung des Landes" (8). Die sowjetische Führungsspitze ist offenbar daran interessiert, daß Vietnam zur beherrschenden Macht (als Gegengewicht zur VR China) im indochinesischen Raum wird; dagegen dürfte der VR China nicht daran gelegen sein, einen weiteren 'Gegenspieler' zu bekommen (vgl. „blätter ..." Nr. 64). Eine direkte Einmischung der Großmächte ist jedoch nicht auszumachen.

Die schweren Aufgaben des Wiederaufbaus, die sowohl Vietnam als auch Kampuchea nach jahrzehntelangem Krieg noch zu bewältigen haben, sollten beide Staaten veranlassen, Konflikte durch V e r h a n d l u n g e n beizulegen. Eine weitere kriegerische Eskalation würde schließlich nur imperialistischen Kreisen Vorteile bringen (9).

uk



Anmerkungen:

1) Es handelt sich im wesentlichen um die Insel Wai im Golf von Siam (SPIEGEL 2/78).
Dieses Küstengewässer soll reich an Ölvorräten sein (Far Eastern Economic Review, 3.2.78).
Schon am 20.5.1977 hat Vietnam eine 200-Meilen-Wirtschaftszone vor der Küste beansprucht. Diese Erweiterung war nur mit Thailand abgesprochen.
2) Nachzulesen in dem Buch von W. Burchett; Titel: 'Kambodscha und Laos oder: Nixons Krieg?' Reinbeck 1970, Seite 38
3) Siehe Anmerkung 2.)
4) 'Summary of the World Broadcasts', 23.1.78.
5) Far Eastern Economic Review, 21.10.77
6) Die 'Khmer Serai' (eine antikommunistische Organisation – nicht zu verwechseln mit der 'Khmer Rouge') startete wiederholt auch von thailändischem Gebiet aus Provokationsaktionen; Vergl. 'blätter...' Nr. 61 und 64
7) Nach Berichten der Bad. Zeitung vom 6.2.1978; die Forderung Kampucheas nach vietnamesischem Grenzgebiet ist so neu nicht: 1965 beanspruchte schon der spätere Wiederstandskämpfer Sarin Chhak in einer wissenschaftlichen Arbeit (Paris 1965) die Provinz Darlac. Frank. Rundschau vom 3.1.78.
8) Bad. Zeitung vom 20.1.78.

Kommentar von Radio Belgrad / Jugoslawien zu den Grenzzwischenfällen

Dieser Kommentar dürfte auch die Meinung anderer blockfreier Staaten zum Verhältnis Kampuchea / Vietnam widerspiegeln.

„... Eins stimmt: daß es Konflikte um das Territorium gibt, die zu den bewaffneten Zusammenstößen führten. Es stimmt aber auch, daß überall, wo Kolonialisten herrschten, den unabhängig gewordenen Ländern eine schwere Last nicht geregelter Grenzen hinterlassen wurde, die eine latente Quelle der Instabilität bildet. Übrigens, zeigt sich das nicht auch am Beispiel Äthiopiens und Somalias? ...
Wie in Afrika, so kann auch der Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha nur zum Versuch der Einmischung von außen führen, und das wiederum kann zur Eskalation des Konflikts führen. Es ist bekannt, daß sich die Interessen ausländischer Mächte auch auf dem Boden Asiens kreuzen, und es wäre sinnlos, Wasser auf diese Mühle zu treiben. Denn dies würde vor allem den Interessen Vietnams und Kambodschas schaden ...
Aus dem ganzen geht hervor, daß die einzige Lösung der gute Wille ist, zur Sprache der Diplomatie überzugehen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Weg der Verhandlungen auf der Basis der gegenseitigen Achtung der Prinzipien der gutnachbarlichen Zusammenarbeit und der bekannten Prinzipien der friedlichen Koexistenz ... sicherer ist..."

aus: MONITOR DIENST, 4.1.78)

Teures Programm

Während des Krieges in Südostasien wollte der US-Auslandsgeheimdienst CIA auch für Kambodscha ein propagandistisches Fernsehprogramm ausstrahlen. Dazu bauten die Geheimdienstler im Rahmen des Projektes „Blue Eagle" (Blauer Adler) in ein altes Flugzeug vom Typ Constellation ein Fernsehstudio ein, das hinter sich einen langen Draht als Antenne her zog, während es am Himmel über Kambodscha kreiste, um Fernsehprogramme zu senden. Was die CIA-Männer jedoch übersahen, war die Tatsache, daß es in ganz Kambodscha nur drei Fernsehapparate gab — und die standen im Palast des Staatschefs.

„Das war ein sehr teures Unternehmen", sagte in der Nacht zum Freitag William Porter, der während des Vietnam-Krieges US-Botschafter in Saigon war, vor dem Geheimdienstausschuß des Repräsentantenhauses aus, der gegenwärtig die Beziehungen zwischen der CIA und den Medien unter die Lupe nimmt. AP

Frankfurter Rundschau

KAPVERDEN
Zur derzeitigen Lage – Interview mit L. Fonseca (PAIGC)

Frage: *Wie definieren Sie die PAIGC, was für ein Typ Partei ist sie?*

Luis Fonseca: Sie ist eine Befreiungsbewegung an der Macht, an der Regierung. Wir müssen einige unserer Fähigkeiten, die wir während des Befreiungskampfes entwickelt haben, wie auch viele Haupteigenschaften aus der Kampfzeit beibehalten, da wir der Auffassung sind, daß wir die Freiheiten unseres Volkes noch nicht völlig erreicht haben. Wir sind z.B. immer noch hochgradig von fremder Hilfe abhängig. Für uns ist die Unabhängigkeit aber erst dann erreicht, und die Befreiung unseres Landes vollständig, wenn wir Herr unserer Wirtschaft sind, und unser Parteiprogramm entsprechend unseren Vorstellungen realisieren können.

Was den Bereich der Innenpolitik angeht, verfolgen wir eine Politik der nationalen Einheit, um alle sozialen Kräfte zu sammeln, um eine Nation und eine Wirtschaft aufzubauen.

Außerdem wollen wir eine nationale, demokratische, revolutionäre Wirtschaft aufbauen. D.h., viele sollen an der Verantwortung des Staates beteiligt sein. So gibt es auch keine Diktatur einer Klasse über eine andere.

Frage: *Das bedeutet, die PAIGC versteht sich nicht als marxistisch-leninistische Partei?*

Luis Fonseca: Nein, das ist nicht unser Selbstverständnis. Wir haben hier keine Arbeiterklasse, wie man sie in den europäischen Ländern hat. Die Arbeiterklasse macht höchstens 5 % der Bevölkerung aus. Es gibt einige Elemente des Begriffs Arbeiterklasse. Aber sie existiert nicht als Klasse.

Der Aufbau unserer unabhängigen Ökonomie soll mit der Mobilisierung aller Menschen und aller Ressourcen geschehen. Dazu brauchen wir auch die Hilfe anderer Länder. Aber es ist unser oberstes Prinzip, daß wir uns auf unsere eigene Leistungskraft stützen. Wir brauchen und gebrauchen die fremde Unterstützung. Aber für uns ist es nicht der Hauptzweck unserer Politik. Wir versuchen dahin zu kommen, daß diese Hilfe in naher Zukunft nicht mehr nötig ist.

Frage: *Wie weit ist die Vereinigung von Guinea-Bissao und Cabo Verde gediehen?*

Luis Fonseca: Auch dies ist ein Hauptziel unserer Partei. Wir haben vor, einen Staat zu gründen, der aus diesen beiden Teilen besteht. Aber unsere Vorstellung ist es, daß wir das nicht beschleunigt durchführen müssen. Wir wollen warten, bis es das ganze Volk will und bis es der Überzeugung ist, daß es diese Einheit braucht. Wir forcieren diese Einheit nicht, denn wir wissen von anderen Erfahrungen in Afrika, wo diese Versuche fehlschlugen. Wir wollen nicht scheitern, die Notwendigkeit der Einheit soll von der Bevölkerung verstanden und akzeptiert werden. Der dritte Parteikongreß zum Ende des letzten Jahres hat beschlossen, daß diese Vereinigung Schritt für Schritt vollzogen wird, ohne zuviel Eile. Wir haben niemals einen Zeitpunkt angegeben, denn wir müssen erst einmal unsere Länder genauer kennen. Da gibt es einfach Lücken im Wissen über die Länder auf allen Gebieten. Es fehlen z.B. Statistiken. Wir sind jetzt dabei, statistische Daten zu sammeln und uns damit die Voraussetzungen für die genaue Planung zu beschaffen. Die Portugiesen hinterließen uns keinerlei brauchbares Material. Wir können die Vereinigung nicht forcieren, sie ist in einem Zeitraum von z.B. 3, 5 oder 10 Jahren durchzuführen. Das hängt in vielem von der gemeinsamen Entwicklung beider Länder ab. Denn für eine Vereinigung braucht man eine materielle Basis. Deshalb haben wir es nicht eilig.

Frage: *Aber die PAIGC ist die gemeinsame Partei der Völker von Guinea und Cabo Verde?*

Luis Fonseca: Die Partei hat ein gemeinsames Programm, ein gemeinsames Status, gemeinsame Direktiven und der Oberste Rat ist übernational konstituiert. Daneben gibt es einen nationalen Rat sowohl in Guinea als auch in Cabo Verde. Der Oberste Rat ist jedoch binational.

Frage: *Ist die PAIGC eine Volksfront-Partei?*

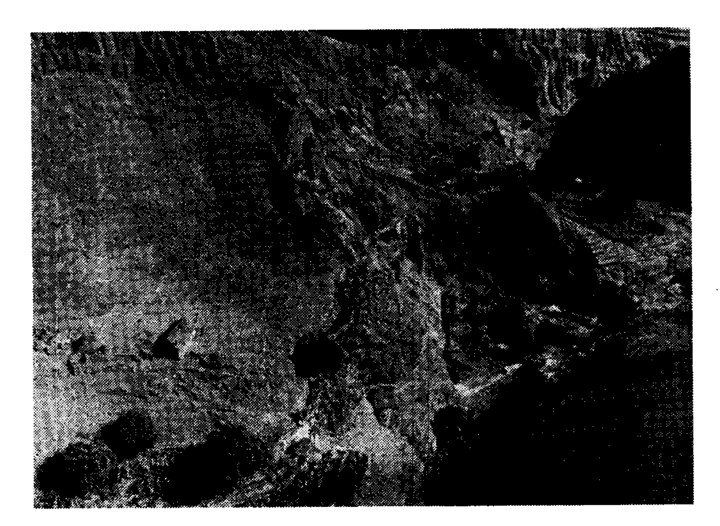
Luis Fonseca: Nein, sie ist keine Volksfront. Zu Beginn des Kampfes haben wir versucht, mit existierenden Parteien ein Bündnis zu schließen. Aber sie traten im Grunde genommen überhaupt nicht in Erscheinung. Einige Gruppen versuchten sich nach dem Putsch in Portugal zu organisieren. Sie hatten jedoch keine Programme, keine Führung, sie hatten nichts. So verschwanden sie von selbst. Unsere Partei ist eine eigenständige Partei. Wir nennen uns Befreiungsbewegung. Nicht weil wir uns nicht als eine Partei verstehen, sondern weil sich in unserem Land noch so viel entwickeln muß, um nicht wieder politisch abhängig zu werden. Deshalb nennen wir uns Befreiungsbewegung. Wir haben die Struktur einer Partei – also keine Volksfront.

Frage: *Zur aktuellen Situation. Es gab große Anstrengungen des Aufbaus in den letzten zwei Jahren seit der Unabhängigkeit, es gab Kampagnen der Partei, Gesundheitskampagnen, Alphabetisierungskampagnen usw. Im letzten Jahr gab es keinen Regen. Das hat doch bei einer vor allem agrarisch strukturierten Gesellschaft, wie in diesem land, auch politische Folgen. Am Tag der Unabhängigkeit hat es nach 8 Jahren zum ersten Mal wieder geregnet. Im letzten Jahr blieb der Regen wieder aus. Natürlich liegt das nicht in der Verantwortung der Partei und der führenden politischen Kräfte. Trotzdem – es ist doch wohl eine schwierige Situation?*

Luis Fonseca: Natürlich ist es eine sehr schwierige Situation. Denn 85 % unserer Bevölkerung leben von der Landwirtschaft. Aber seit 10 Jahren hat es keinen nennenswerten Regen gegeben. Als wir 1975 unabhängig wurden, machten wir eine Studie über die allgemeine Situation. Sie kam zu der Schlußfolgerung, daß wir im Agrarbereich sehr große Anstrengungen machen müssen, um gemäß unseren Bewässerungsplänen das Regenwasser zu erhalten. Unglücklicherweise gab es nach 8 vorherigen Dürrejahren auch 1975 nur sehr wenig Regen, 1976 noch weniger und 1977 hatten wir gar keinen Regen. Trotzdem sind wir sicher, daß sich das ändert, denn es gibt einen Zyklus des Regens. In etwa 20 Jahren geht die Niederschlagsskala einmal hinauf und hinunter. Und wir sind überzeugt, daß es Regen geben wird.

Sonst würden wir keine Dämme und Terrassen bauen, keine Aufforstungsprogramme durchführen.

Daß es keinen Regen gibt, darunter hat die Landwirtschaft schwer zu leiden. Die künstlich bewässerten Gebiete sind zu klein. Mit ihnen können nur Bruchteile der ländlichen Bevölkerung versorgt werden. Wir versuchen, diese Flächen mittelfristig zu vergrößern. Deshalb die Arbeit mit Dammbauten, Terrassenbau und mit anderen Entwicklungsprojekten.



Im Jahr 1978 werden wir Investitionen in der Höhe von 1,2 Mio. Contos, das sind etwa 40 Mio. Dollar, durchführen. Es gibt auch Investitionprojekte, mit denen Infrastrukturmaßnahmen nicht nur für den ländlichen Bereich, sondern auch für andere Bereiche wie z.B. für die Fischerei und den Straßenbau durchgeführt werden.

Frage: *Ich kann mir jedoch vorstellen, daß es z.B. jetzt unmöglich ist, Landkooperativen, wie sie die PAIGC in ihrem Programm hat, aufzubauen. Wenn es nicht regnet, gibt es keine Arbeit, keine Ernten auf den Feldern, es gibt keine Möglichkeit für die Bauern, in den Kooperativen Erfahrungen zu sammeln. Ist die Landreform gestoppt?*

Luis Fonseca: Nein, die Landreform wird nicht gestoppt. Aber da ist z.B. folgende Realität: das Land ist stark aufgeteilt. Über 50 % der Landbesitzer haben weniger als einen Hektar Land. Die großen Grundbesitzer, vor allem die Portugiesen, haben das Land verlassen. Ihr Grund und Boden befindet sich in staatlicher Verwaltung. Im Bereich der Kooperativen gibt es nur über den Zusammenschluß von Kleinstbetrieben Erfahrung. Aber das muß alles in großem Rahmen durchgeführt werden. Wenn unsere staatlichen Agrarprojekte fertiggestellt sind, die Bewässerungsanlagen usw. installiert sind, dann können wir das Land an die Bauern übergeben. Das ist jetzt in der Dürreperiode schwierig.

Frage: *Das bedeutet, es ist nicht die Strategie, die Kleinbauern im Rahmen der Landreform jetzt schon zu Kooperativen zusammenzuführen, sondern erst einmal mit Landarbeitern bestimmte Gebiete zu kultivieren, um dann die Anbaugebiete den Kooperativen zu übergeben?*

Luis Fonseca: Ja, wenn ihre Ausbildung abgeschlossen ist, wenn sie in der Lage sind, die Agrarkooperativen zu führen, wird ihnen das Projekt übergeben.

Frage: *Das bedeutet jedoch auch, der Privatbesitz an Grund und Boden bleibt bestehen?*

Luis Fonseca: Sicher. Aber wir haben keine Großgrundbesitzer. Sie müssen wissen, daß die überwiegende Mehrheit unserer Bauern Kleinst- und Kleinbauern sind.

Frage: *Aber es gibt doch ein Pachtsystem.*

Luis Fonseca: Wir haben da andere gesetzliche Grundlagen für das Pachtsystem geschaffen. Früher war es so, daß der Pächter einen Pachtzins in Form von Geld sowie die Hälfte der Ernte an den Grundbesitzer abgeben mußte. Heute jedoch zahlt er nur Pachtzins.

Frage: *Nun wird der Pächter in der jetzigen Dürreperiode kaum etwas ernten. Das führt doch, wenn er Pachtzins bezahlen muß, zu Härten.*

Luis Fonseca: Das haben wir berücksichtigt. Wenn es nicht regnet, wird der Pachtzins entsprechend den Ernteausfällen reduziert. Wenn nichts geerntet wird, dann zahlen sie auch nichts. Das führte zwar bei den Grundbesitzern zu einigem Widerstand, aber inzwischen haben sie sich damit abgefunden.

Frage: *Zu einem ganz anderen Problembereich: die Mehrheit der Einwohner der kapverdischen Inseln sind Frauen. Es gibt ganz besondere Frauenprobleme: Oft versorgen sie alleine die Familie, die Männer arbeiten im Ausland. Auch der Unabhängigkeitskampf hat seine Opfer gefordert. Zudem standen die Inseln während der 500jährigen Kolonialzeit auch unter dem in Südeuropa stark ausgeprägten Bewußtsein der völligen Dominanz des Mannes. Was unternimmt hier die Partei, der Staat?*



Luis Fonseca: Es gibt jetzt eine Frauenorganisation. Aber das ist weder die einzige noch die Hauptreaktion der PAIGC

auf dieses Problem. Eine Veränderung, eine wirkliche Veränderung, kann nur im Rahmen der Gesamtentwicklung erreicht werden. Denn erst dann, wenn die Frauen auch wirklich „Herr der Familie" sein können, wenn sie Arbeitsplätze finden können, erst dann sind sie voll in die Probleme der Gesellschaft einbezogen. Natürlich haben jetzt Männer und Frauen die gleichen Rechte. Auch in der Familie sind sie gleichberechtigt. Dennoch müssen sich die Gewohnheiten des Mannes stark verändern.

Frage: *Mehr als 300.000 Kapverdianer leben derzeit in den USA. Eine andere große Gruppe lebt in Europa, vor allem in Holland, in Belgien, in Frankreich und in Portugal. Die Ausreise und die Arbeitssuche im Ausland ist nicht beschränkt. Gibt es denn nicht einen sehr starken ideologischen Einfluß aus dem westlichen, industrialisierten Ausland. Gibt es da keine Probleme für die PAIGC?*

Luis Fonseca: Nein, das ist kein wirkliches Problem. Natürlich, da gibt es einige Gruppen, die versuchen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Sie behaupten, daß die Einwohner leiden, daß wir Leute erschießen. Oder, daß die Kapverden von Guinea-Bissao kolonisiert werden sollen usw. Aber das ist letzten Endes kaum ein Problem. Denn die im Ausland arbeitenden Kapverdianer können jederzeit hier Urlaub machen; sie sehen, was geschieht und stellen fest, daß das, was ihnen erzählt wurde, Märchen sind. Deshalb haben wir damit wirklich keine Probleme.

Frage: *Da gab es doch vor zwei Jahren einen Kongreß in Boston (USA), auf dem kurz vor der Unabhängigkeit eine Art Exilregierung gebildet und eine Gegenrepublik ausgerufen wurde.*

Luis Fonseca: (lachend) Ja, die proklamierten eine unabhängige Republik Cabo Verde in einem Hotel. Das kann man nicht ernst nehmen. Diese Bewegung ist am Ende. Sie haben sich in viele Fraktionen aufgeteilt und haben sich gegenseitig beschuldigt, daß sie Gelder verschleudert haben, die sie sammelten. Das ist eine schmutzige Sache. Für uns ist sie unbedeutend.

Frage: *Hierdurch hätten aber doch „interessierte" amerikanische Kreise die Möglichkeit gehabt, sich in die innere Entwicklung des Landes einzumischen. Haben die Kapverden heute gute Beziehungen zu den USA? Inzwischen gibt es ja auch ein amerikanisches Konsulat. Ist das eine Änderung der Außenpolitik der kapverdianischen Regierung?*

Luis Fonseca: Wir haben gute Beziehungen zu den USA wie zu anderen Staaten. Für uns gilt die Charta der Vereinten Nationen, das Völkerrecht. Wir versuchen, mit allen Staaten gute Beziehungen zu haben. Wir haben gegen die portugiesischen Kolonialherren gekämpft. Damals waren verschiedene Staaten Verbündete der Portugiesen, sie unterstützten Portugal. Heute sind wir ein unabhängiger Staat und befinden uns nicht im Krieg mit Portugal. Das alles brachte Veränderungen mit sich.
Wir haben gute Beziehungen zu nahezu allen Staaten, mit einigen Ausnahmen wie z.B. Chile, Südafrika und Israel. Wobei wir natürlich zu einigen Staaten, wie z.B. zu Mozambique und Angola, besonders freundschaftliche Beziehungen unterhalten.
Wir haben auf Grund der Geschichte besondere Verbindungen zu Portugal.
Besonders gute nachbarschaftliche Beziehungen bestehen zum Senegal und zu Guinea-Conakry. Auch das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern, die uns während des Befreiungskampfes sehr viel geholfen haben, ist sehr gut. Aufgrund unserer offenen, freundschaftlichen Außenpolitik erhalten wir die Hilfe von vielen Ländern, auch aus Noramerika und Europa. Wir betreiben eine Politik der Bündnisfreiheit. Wir gehören keinem Block an. Wir erlauben niemandem, in unserem Land irgendwelche Militärstützpunkte zu halten, da wir wirklich unabhängig werden wollen.

Walter Schütz
medico international



BOLIVIEN

Indianische Selbsthilfeorganisation: Nein zur Invasion der Rassisten aus dem südlichen Afrika in indianisches Land

EINIGE INFORMATIONEN ÜBER MINK'A

Das Centro de Coordinacion y Promocion Campesina MINK'A (Zentrum für Koordination und Förderung von Bauern) ist eine autonome indianische Organisation, die 1969 als Zusammenschluß zahlreicher indianischer Dorfgemeinschaften und Genossenschaften Boliviens gegründet wurde. MINK'A begreift sich als Teil der indianischen Befreiungsbewegung und kämpft für das politische, wirtschaftliche und kulturelle Selbstbestimmungsrecht der Indios in Bolivien. Gleichzeitig unterhält es vielseitige Kontakte zu den nationalen indianischen Befreiungsbewegungen anderer Länder Amerikas.

Seit der Eroberung Mittel- und Südamerikas durch die Spanier unterlag die indianische Kultur, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen einem systematischen Prozeß der Ausmerzung. Die Greuel während der Sklavenzeit der Indios in den Minen und auf den Feudalgütern, ihre fast vollständige Ausrottung sind bekannt. Heute wird diese Ausrottung mit subtileren Methoden fortgesetzt: Erinnert sei an die wiederholten Sterilisierungsprogramme der Regierungen, die ohne Wissen der betroffenen Frauen durchgeführt wurden. Diese physische Vernichtung ist jedoch nur ein Aspekt dieser Ausrottungspolitik. Der Indio unterliegt zunächst der selben feudalistischen und kapitalistischen Ausbeutung wie weiße Bauern und Arbeiter in vergleichbaren Ländern. Darüber hinaus wird er aber in seiner Identität als Indio unterdrückt: Die spärliche Bildung, die ihm zugestanden wird, ist an städtisch-westlichen Mustern orientiert. Die einzige Unterrichts- und Amtssprache ist Spanisch, obwohl 75 - 80 % der Bevölkerung Boliviens indianischer Abstammung sind und die Mehrheit von ihnen vorwiegend Ketschua oder Aymara (die beiden wichtigsten Indiosprachen Boliviens) spricht. Technologien, Industrieprodukte, „Entwicklungsmodelle" werden dem Indio aufgezwungen. Er muß sich mit der Lebensweise in den Städten, den Zentren westlicher Zivilisation, auseinandersetzen. Die individualistische Struktur (Privater Landbesitz, Verhaltensweisen wie z.B. die Konkurrenz) widersprechen seinem Leben in der Gemeinschaft, wie er es seit jeher gewöhnt ist. Dies alles sind Bestandteile einer dem Indio fremden Kultur, fremden Denkweise, die sich unter völlig anderer gesellschaftlichen Bedingung, nämlich den Bedingungen Europas und der USA, entwickelt haben.

MINK'A fordert deshalb unter anderem das Recht der indianischen Bevölkerung auf eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung auf Grundlage ihrer eigenen Werte und Bedürfnisse. Es unterstützt z.B. die Entwicklung solcher Technologien in Landwirtschaft und Viehzucht, die mit eigenen Mitteln und Anstrengungen praktikabel sind.

So fördert MINK'A den Anbau und die Weiterentwicklung des Hochlandgetreides Kinua, das früher ein wichtiger Nahrungsbestandteil war und in großem Umfang angebaut wurde. Unter dem Einfluß der Europäer wurde der Anbau von Kinua immer mehr eingeschränkt, obwohl es mit einem Proteinanteil von 14,5 % eine wesentliche Bereicherung der Ernährung der Hochlandbauern wäre, die heute fast ausschließlich aus Kohlehydraten (Kartoffeln, geschälter Reis, geschälter Weizen) besteht.

Ein weiteres Ziel von MINK'A ist die Anerkennung von Ketschua und aymara als Amtssprache, die Errichtung eigener Schulen und anderer Bildungseinrichtungen.

Die MINK'A hat weitere zentrale Forderungen an den Staat:

- *er soll den indianischen Gruppen ihr Recht auf Leben und Bewahrung ihrer eigenen Kultur garantieren;*
- *er soll ihr Recht anerkennen, sich in freier Selbstbestimmung nach ihren kulturellen Besonderheiten zu organisieren und zu verwalten.*
- *MINK'A fordert die Anerkennung des Landeigentums der einzelnen indianischen Gruppen. Dies soll garantiert werden, indem das Land als ewiger, unverkäuflicher Kollektivbesitz genau registriert wird, in einer Größe, die auch das zukünftige Bevölkerungswachstum berücksichtigt.*

Ebenso formuliert MINK'A Forderungen an die Agenten des Kulturimperialismus wie die Anthropologie (siehe Blätter des iz3w, Nr. 62) und die Kirche, mit dem Ziel, die indianische Kultur und ihre religiösen Werte gegen die „zerstörerische Kraft ihrer missionarischen Aktivität" zu bewahren.

(Zitiert nach den programmatischen Grundlinien der MINK'A, vertreten auf einer Zusammenkunft von Anthropologen 1975 in La Paz, nach pogrom Nr. 50/51).

Organisationen wie MINK'A wird immer wieder vorgeworfen, sie betrieben Rassismus von der anderen Seite. Eine der grundsätzlichen Veröffentlichungen, auf die sich MINK'A bezieht, das Manifest von Tiahuanaco, schließt mit folgenden Worten: „Wir möchten unsere Werte wieder vollkommen herstellen, ohne im geringsten den kulturellen Reichtum anderer Völker zu verachten." (pogrom 50/51)

In diesem schwierigen Prozeß einer Identitätsfindung ist es durchaus berechtigt, alles, was von Weißen kommt, in Zweifel zu ziehen und voller Mißtrauen zu beurteilen. Dies gilt auch gegenüber linken Parteien, die die besondere Unterdrückung der Indios leugnen und sie auf eine ökonomisch-politische Unterdrückung reduzieren.

Das Papier der MINK'A, das wir abdrucken, geht auf Behauptungen ein, die im Zusammenhang und zur Rechtfertigung der Ansiedlung von Weißen aus Namibia und Südafrika in Bolivien von verschiedenen Seiten gemacht wurden (z.B. bolivianischen Regierungsstellen). Ihre Tendenz ist eine weitere rassistische Diskriminierung der Indiobevölkerung, da sie nur den Weißen die Fähigkeit zugesteht, das Land in Wert zu setzen.

Ging die Stellungnahme der bolivianischen illegalen Opposition, die wir in Heft Nr. 60 (März 77) abdruckten, auf die

imperialistischen Verflechtungen in der Kolonisierungspolitik ein, so wird hier von den ansässigen Ureinwohnern der Kolonisationsgebiete die ethnische, kulturelle Seite beleuchtet.

Red.

Minka
Nein zur Invasion der Rassisten aus dem südlichen Afrika in indianisches Land

Mündliche und schriftliche Veröffentlichungen von couragierten Angehörigen der Presse und orientierende Stellungnahmen von Intellektuellen, die sich dem indio-mestizischen Collasuyo (1) verpflichtet fühlen, verraten uns das finstere Zusammenwirken, die Millionengeschäfte und die beschämenden Erklärungen unserer europafreundlichen Feinde, (2) um die Stiefbrüder ihrer Rasse zu retten, die in der afrikanischen Hölle wegen ihrer rassistischen Intoleranz gefangen sind, wollen sie die „Apartheid" mitten ins Herz dieses dunkelhäutigen Kontinents verpflanzen; damit verschlimmern sie unsere angegriffene sozio-ökonomische Lage und schicken uns die verstocktesten Rassisten der Welt auf den Hals.

Dieser erneute Angriff der Erben des Hasses gegen den Indio (gegen Bauern, Minen- und Fabrikarbeiter) zwingt uns, unseren Protest vor die freien Völker der Welt, vor internationale Organisationen, die für Menschenrechte eintreten, vor bürgerlich-vaterländische Institutionen und vor Schüler und Studenten dieses Landes zu bringen, damit diese darüber urteilen, ob es sich hier nicht um eine neue, heimtückische Invasion europäischer Rassisten handelt.

Die Natur hat jedem Volk seine Wiege und jeder Hautfarbe ihren Bereich gegeben: Amerika gehört dem Indio, Afrika dem Neger, Asien dem Mongolen und Europa dem Weißen.

Europa, das Erbe des der Sklaverei anhängenden Roms, hat blutige Ungeheuer hervorgebracht und eine Todesmaschinerie erfunden, seine Gesinnung ist ethno-zentrisch-rassistisch, seine Wissenschaft ist die Atombombe und seine Kultur sind die Kriege.

Die mongolischen Völker haben sich unter ihrer eigenen weisen politischen Führung in kurzer Zeit zu einer beachtlichen Macht entwickelt und singen ihre Siegeshymne über ihre weißen europäischen und nordamerikanischen Unterdrücker.

Ein weiteres Beispiel bieten uns die afrikanischen Völker mit ihrem physischen Widerstand und ihrem starken Kampfgeist für die totale Befreiung von den europäischen Rassisten.

Jedoch das Schicksal der indio-amerikanischen Völker ist ein ganz anderes, denn seit jenem Unglückstag (gemeint ist der Tag der Konquista) leben wir zwischen Tür und Angel; zurückgedrängt in Eingeborenen-Reservate (anthropolog. Park s) oder angepaßt an die weiße Minderheit beklagen wir ohnmächtig die physische Vernichtung unseres Volkes, die Zerstörung unserer Monumente und den Mord an unseren „mallcus" und „amautas" (mallcus = Condor, Teil der indianischen Mythologie, amautas = Lehrmeister in der inkaischen Zeit).

Für das Indio-Volk von Collasuyo war der vielgepriesene Unabhängigkeitskrieg lediglich ein pantomimischer Bürgerkrieg, von Kreolen und Spaniern (3) oder, anders ausgedrückt, ein Krieg der Söhne gegen die Väter; und die Gründung der Republik Bolivien stellte nur eine Namensänderung für die Kolonie dar, schuf neue Machtverhältnisse und vergoß auf den Schlachtfeldern sinnlos das Blut der Indios und der Mestizen. Während es den Kreolen genügte, die politische Unabhängigkeit von Spanien zu erlangen, hat die Republik in mehr als einem Jahrhundert die sozio-ökonomische Befreiung des indio-mestizischen Volkes nicht einmal von fern gesehen.

In mehr als 300 Kolonialjahren und in mehr als 150 Jahren der Republik oder besser: in 500 Jahren von Ausbeutung und Raub, von Rassismus und Genocid haben die Spanier und ihre Anhänger unser Land in einen beschämenden Rückstand versetzt. Und jetzt, um ihre totale Unfähigkeit zu verbergen, setzt sich diese „herrschende Klasse, die sich ihrer spanischen und weißen Abstammung rühmt", zynisch eine neue Frist von 400 bis 500 Jahren für die Entwicklung Boliviens und zählen dabei auf die 150.000 anglogermanischen Familien, die aus Südafrika kommen sollen. Dieser hergelaufenen Generation, deren Haß gegen den Indio schon laut geworden ist, antworten wir:

1. Ist Bolivien rückständig, weil der Indio faul ist?

Unsere großzügigen Verleumder ignorieren die Geschichte Collasuyos und Boliviens; sie wissen nicht, daß Aymaras und Ketschuas (4) die Erbauer großer Imperien waren, die sich auf eine Philosophie der Gleichheit gründeten und die vom barbarischen Spanien zerstört wurden; sie ignorieren, daß indianische Fronarbeiter, Bauern und Werkführer für das kolonialistische Spanien und die bergbaufeudalistische Republik Reichtümer erwirtschaftet haben. Heute sind wir Indios in den Minen untergebracht und verloren auf den weiten Baumwollfeldern, wir werden in den Zuckerfabriken ausgebeutet und in Fabriken gepfercht, in den Städten sind wir an den Rand gedrängt und im übrigen Land leben wir verbannt in unwirtlichen Grenzgebieten.

Der Stadt-Indio setzt die Maschinen in den Fabriken in Bewegung, pflastert und baut Straßen, Sportplätze, Wolken-

kratzer, Chalets usw., und andere benutzen und mißbrauchen die Früchte unserer unterbewerteten Arbeit. In Wirklichkeit ist „in Bolivien der Indio der einzige, der arbeitet". Woher also rührt der Rückstand Boliviens? – Doch wohl von dem ständigen Zustrom von Kolonisatoren, die unter dem Titel hochspezialisierter Techniker eindringen, um unsere Reichtümer herauszuholen und unsere billige Arbeitskraft auszunutzen.

2. Verursacht der Indio höhere Kosten als ein Tier, weil er mehr ißt und weniger arbeitet?

Wieder handelt es sich um große Unwissenheit und Verleumdung irgendeines rassistischen Kolonisatoren, der sich vorgenommen hat, die Öffentlichkeit in diesem Land wie seinen Privatbesitz zu behandeln (5). Man braucht nur die Menschen in allen Teilen des Landes zu beobachten, um sich schmerzlich darüber bewußt zu werden, daß Männer und Frauen hungern, Kinder und alte Menschen unterernährt sind und ihr armseliges Dasein unter Leuten fristen, die um gutherzige Almosen bitten. Wie man sieht, hat der Staat den Indio im Stich gelassen – wen also kostet sein Leben etwas?



Hochlandindianer

– und warum prahlt man damit, guternährte aber faule Indios zu unterhalten? Der indianische Bauer war Zielscheibe der wirtschaftlichen Ausbeutung und gegen ihn richtete sich die Zerstückelung seiner Anbauflächen in Minifundien; und in den Städten steht der Indio unter dem Zeichen von Unterbeschäftigung und Unterernährung: ist es so nicht offensichtlich, daß der Indio sein Leben mit Koka, Papaya (= südamerikanische Frucht), Brot und Bananen fristet?

3. Die Einwanderer werden dem Menschen dieses Landes neues Blut beisteuern

Die möglicherweise ankommenden anglo-germanischen Einwanderer werden dem Volke dieses Landes nicht einen einzigen Tropfen ihres Blutes beimischen, denn ethnisch gesehen sind sie fanatische Rassisten, sozial gesehen eine Kaste, politisch repräsentieren sie die „Apartheid" und moralisch gesehen bestraft das afrikanische Gesetz mit Gefängnis, schon die bloßen sexuellen Beziehungen zwischen den Rassen.

4. Warum will man den paradiesischen Osten Boliviens Fremden schenken?

Die Provinzen im Norden von La Paz, der „Chapare Cochabambino", „Izozog" und andere Gebiete in dem Paradies des Ostens sind geprägt von der kostenlosen Arbeit unserer indianischen Soldaten, die von unseren Brüdern, den Minen- und Fabrikarbeitern, den Bauern, Arbeitern der Ölindustrie und indiomestizischen Fachleuten angeleitet wurden; dies ist unser Land, welches von unseren Vätern in internationalen Kriegen verteidigt worden ist und das uns und unseren Kindern als Reserve dient und niemals dafür bestimmt, daß unerwünschte Leute kommen, um ihren Garten Eden unter der Sonne unseres Opfers zu errichten.

5. Wozu brauchen wir städtische und rassistische Sektierer?

Die Juden sind als Landwirtschafts-Techniker gekommen, keiner von ihnen ist heute Bauer, alle leben in den Städten und beuten das Volk wirtschaftlich aus, sie schaffen sich ihr Vermögen, um sich untereinander zu helfen und ihre Spenden nach Jerusalem zu schicken; sie sehnen sich zurück nach Zion, aber wenn der Tod sie überrascht, erlaubt ihnen ihr Rassismus noch nicht einmal, sich im Tode mit den Heiden gleichzustellen; sie haben genauso ihre eigenen Friedhöfe wie die Deutschen und andere ethno-zentrische Gruppen.

Den englischen Menoniten, die Kolonisatoren des Vallegrande, wurden ausgedehnte Ländereien übergeben, die ihnen ein Vermögen einbrachten. Womit haben diese ana-

chronistischen und rassistischen Leute dies „gelobte Land" verdient? (6)
Technologien haben sie uns nicht vermittelt, geschweige denn Kapital in die Entwicklung Boliviens investiert; ihre Gewinne nutzen sie ausschließlich, um ihren Angehörigen, die in anderen Teilen der Welt ausgewiesen wurden, die Umsiedlung zu ermöglichen.

Sollen wir den Japanern die Tugend danken, die uns zu Verbrauchern unseres eigenen Reises gemacht hat? Den Verrückten, die so denken, sagen wir: Aymaras, Ketschuas und andere haben ganz auf sich allein gestellt Caranavi, Santa Fe, Chapare, Alto Beni, Yapacani und andere Gebiete erschlossen (7) – und wir freuen uns heute über die große Vielfalt unserer Erzeugnisse: wieviel mehr hätten wir erreichen können, wenn man uns moralische und materielle Unterstützung gewährt hätte?
Wann wird man also endlich aufhören, alles Ausländische zu loben und die kreativen und produktiven Kräfte unseres eigenen Volkes zu verachten?
Südkoreaner kolonisieren heimlich die Städte und kaufen den Schwarzmarkt auf, und die deutschen Einwanderer werden mit Latifundien für Ackerbau- und Viehzucht in Ost-Bolivien beschenkt, wo unsere indianischen Brüder, die Cambas, ausgebeutet werden (Zu den Cambas zählen: die Mojenos, Chiqitanos, Guarayos, Ayoreos, Chriguanos usw.)

Wie kann die bolivianische Regierung weiterhin die Gründung gefährlicher Enklaven „heimatloser Kleinstaaten" in solchen Landesteilen gestatten, die der brasilianische Subimperialismus mit Macht zu annektieren versucht? Und nun will man auch noch das Paradies im Osten mit Anglo-Germanen besiedeln, den Helden der Apartheid, unter dem Vorwand, sie seien hochspezialisierte landwirtschaftliche Fachleute.

6. Warum ermöglicht man unseren Landsleuten, die im Ausland leben, nicht die Heimkehr?

Tausende bolivianischer Familien sind in Nachbarländer ausgewandert – in die USA und Europa –, da sie kein Land, keine Arbeit und keine Bürgerrechte besitzen, und dort im Ausland leben sie in Elendsvierteln und sind billige Arbeitskräfte in Fabriken, im Bauwesen, in der Zuckerfabrikation usw. Statt über die Invasion unerwünschter Leute zu verhandeln, sollte die bolivianische Regierung allen Ernstes lieber unseren Landsleuten die sonnige Heimat wiedergeben.
Der Altiplano (8) und die Täler sind überbevölkert und das Ackerland in Minifundien zerstückelt, dank der Agrar-Reform. Die einzige Hoffnung liegt in einer systematischen Verlagerung der Arbeitskräfte in den Osten Boliviens. Warum hat man den Bauernorganisationen das Land verweigert, das sie zur Erschließung beantragt haben? Womit haben es Ausländer verdient, daß man ihnen Latifundien in den Yungas (9) und im bolivianischen Osten übereignet?

7. Wenn es in Bolivien weite unbevölkerte Gebiete gibt und die Bevölkerungszahl allgemein zu gering ist(10), – woher rührt dann die Politik der Geburtenkontrolle?

Wir kennen die anglo-rassistische Politik McNamaras, dem Präsidenten der Weltbank, die folgendes besagt: „Die Bevölkerungsexplosion (die indio-mestizische??) ist das größte Hemmnis für den Fortschritt Lateinamerikas"; und die ankündigt, daß „die Weltbank vorzugsweise den Ländern Kredite gewährt, die Pläne der Geburtenkontrolle verwirklichen" Wir wissen also, warum McNamara und Kissinger Bolivien besucht und anschließend unserem Land Millionen Dollar-Kredite bewilligt haben.
Wir sind uns darüber im klaren, daß Bolivien zu dünn besiedelt ist – aber warum kommen dann finstere „Peace-Corps-Bataillone", Freunde Amerikas, Nahrung für den Frieden, andere Gruppen und religiöse und protestantische Sekten, um nach Lust und Laune Sterilisierungskampagnen an Frauen und Kindern durchzuführen unter dem Schein von Impfungen und Menschenfreundlichkeit? Schluß mit den nordamerikanischen Sterilisations-Geschenken (Impfstoff und Nahrungsmittel), die mit dem Ausspruch L. Johnsons übereinstimmen: „5 gegen das Bevölkerungswachstum investierte Dollar sind effektiver als 10 Dollar, die in das Wirtschaftswachstum investiert werden."

Unsere eigene Wissenschaft besagt, daß alle Menschen der Welt (auch die Rassisten) mit angeborenen schöpferischen Gaben ausgestattet sind; lediglich die weißen Rassisten glauben, daß ihre Rasse das Rezept für die kulturelle Entwicklung besitzt, bzw. daß wir unsere eigene menschliche Qualität nur dann verbessern können, wenn wir uns mit ihnen mischen. Eine solche Denkungsart ist ein kompletter Frevel gegen unsere Würde als Volk.
Amerika ist indianisch und für weiße Rassisten haben wir keinen Platz.

Tupax Catari (11) zum Gedenken: Wir wollen lieber sterben, als auf Knien weiterleben.

Chuquiapu, im Juni 1977
Rat der Amautas „Mink'A". (12)
übersetzt von Angelika Schreiber

Anmerkungen:
1) Collasuyo: Das alte Reich der Aymara und Ketschua während de der Zeit der Inkas. Es erstreckte sich auf das Gebiet des heutigen Bolivien und Teile des heutigen Chile und Argentinien.
2) europafreundliche Feinde: Die Spanier, und später die Kreolen, (reinrassige Nachkommen der Spanier in Lateinamerika), zerstörten systematisch die indianische Kultur. Sie verachteten alles, was daran erinnerte. Bis heute kopieren sie bis ins kleinste das westliche Leben mit all seinen Konsumgütern, das gilt v. a. für die Mittel- und Oberschicht. Sie halten die Indigenas, die auf dem Lande noch viele Traditionen erhalten konnten, für minderwertig.
3) Kreolen nennt man die reinrassigen Nachkommen der Spanier in Lateinamerika.
4) Die Aymara und Ketschua sind die Ureinwohner der Andenregion. Die Aymara (sie sprechen ihre eigene Sprache, die mit der Sprache der Ketschua verwandt ist) leben heute u.a. in Bolivien in der Gegend von La Paz bis zum Titicacasee. Das zahlenmäßig viel größere Volk der Ketschua lebt in Bolivien u.a. in den Regionen von Cochabamba, Potosi, Sucre, ein großer Volksteil lebt in Peru.
5) Anspruch von Strauss, Subsekretär im Innenministerium.
6) Die Mennoniten sind eine religiöse Sekte. Ihre Mitglieder bleiben streng unter sich, benützen in ihrer Agrarproduktion kaum Technik, konservieren einen altertümlichen Lebensstil, der streng autoritär geprägt ist.
7) Diese Gebiete sind subtropische oder tropische Urwaldgebiete
8) Der Altiplano ist eine große Hochebene (ca. 3.800 – 4.000 m ü.M.), die zwischen den beiden Zügen der Kordilleren liegt und Lebensraum der Aymara und Ketschua ist.
9) Yungas: subtropisches Bergland am Ostabhang der östlichen Kordillere.
10) Bolivien hat 5 Mio. Einwohner auf einer Fläche (1 098 600 km^2), die viermal so groß ist wie die BRD.
11) Tupac Catari: war der Aymara-Führer der Revolution von 1781 gegen die Spanier.
12) MINK'A ist das traditionelle System kollektiver Arbeit bei den Aymara und auch bei den Ketschua (bei ihnen heißt es Ayllu). Dieses Arbeitssystem hat sich auf dem Lande bis heute erhalten.

CHILE

Junta plant Expatriierung chilenischer Kinder

Bonn, 20.2.1978. Um sich der Horden hungriger und verwahrloster Kinder zu entledigen, die das erwünschte Bild eines glücklichen Landes stören, will General Pinochet in großem Stil Adoptionen ins Ausland fördern. Diesen Plan, für den das Justizministerium in Santiago derzeit die gesetzlichen Grundlagen schafft, veröffentlichte die Regierungszeitung El Mercurio am 22.1.1978.
Auf ihrem 3. Kongreß am 17./18.2.1978 in Bonn wandten sich die Delegierten von Kinderhilfe Chile-Gruppen aus sechzehn Städten in der Bundesrepublik mit Entschiedenheit gegen diesen Plan, der einer Expatriierung gleichzusetzen ist.
Die Gruppen, in denen Deutsche und Chilenen zusammenarbeiten, haben sich die Aufgabe gestellt, den Familien und besonders den Kindern in Chile zu helfen. Sie wollen einerseits die deutsche Öffentlichkeit auf die menschenunwürdige Situation unter dem Militärregime aufmerksam machen, andererseits leisten sie materielle Hilfe für die Kinder Chiles. Sie unterstützen zum Beispiel die Kinderspeisungsstätten die vom Solidaritätsvikariat des Erzbistum Santiago eingerichtet wurden,und andere Initiativen zur Verbesserung der sozialen Lage der Kinder.
Im Mittelpunkt der Bonner Beratungen stand 1) die alarmierende Situation der Kinder und Jugendlichen in Chile, 2) das ungeklärte Schicksal von über 2.000 willkürlich verhafteten und verschwundenen Menschen, unter denen sich auch schwangere Frauen befinden, und 3) der verstärkte Widerstand gegen die Junta, der von immer breiteren Kreisen der chilenischen Öffentlichkeit getragen wird und an dem Frauen besonders aktiv teilnehmen.
Breiten Raum nahm die Erörterung der politischen Ursachen des Massenelends ein. Nach der jüngsten Veröffentlichung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen zwingt die Wirtschaftspolitik der Junta immer größere Teile des chilenischen Volkes zu einem Leben unter der Armutsgrenze. Die massive Verschlechterung der sozialen Situation der Bevölkerung läßt sich beispielhaft an der Entwicklung der staatlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung verdeutlichen, die 1976 jeweils nur noch etwa die Hälfte der Ausgaben des Jahres 1971, unter der Regierung Allende, ausmachten.
Opfer dieser Politik sind vor allem die Kinder, In Chile wächst eine Generation heran, die von den körperlichen und seelischen Folgen der Unterernährung für immer gezeichnet ist. Nach einem Bericht französischer Ärzte sind allein in den Außenvierteln von Santiago 60 bis 80 Prozent der Kinder unterernährt, ein Drittel dieser Kinder leidet an extremer Unterernährung. Die Hungerschäden sind so offensichtlich, daß sie selbst von der Regierung nicht mehr bestritten werden. Auch andere Folgeerscheinungen wie Kinderprostitution, der Anstieg von Geschlechtskrankheiten und die wachsende Kinderkriminalität werden offiziell zugegeben.

Der Kongreß befaßte sich ausführlich mit den neuen Informationen über herumstreunende Banden elternloser und verlassener Kinder. Dieses Problem beunruhigt die chilenischen Behörden schon seit längerer Zeit. Es ist die unmittelbare Folge der mitleidlosen Sozialpolitik der Junta. Der Plan, diese Kinder zur Adoption ins Ausland zu vermitteln, soll nun die katastrophale Lage der Ernährung und der Gesundheit der Kinder in Chile verschleiern.
Die Kinderhilfe Chile-Gruppen protestieren gegen dieses Vorhaben und wollen vor allem deutsche Organisationen vor einer Beteiligung warnen.
Ein erschütterndes Zeugnis von der Tragödie um die Verschwundenen legte Clara Cantero ab, deren Tochter Clara Cantero mit zwei weiteren Familienangehörigen am 23.7.1976 von der DINA verhaftet wurde. Von der jungen Mutter zweier Kleinkinder fehlt seither jede Spur.
1979, im Internationalen Jahr des Kindes, wollen die Kinderhilfe Chile-Gruppen in der Bundesrepublik ihre Aktivitäten zugunsten der Kinder in Chile verstärken und neue Initiativen für die Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über die chilenische Wirklichkeit entfalten.

Kinderhilfe Chile Bonn
Verantwortlich: Dr. Ruth Schlette, Siebengebirgsstraße 4, 5205 St. Augustin 2
Konto: Aktion Friedensdorf – Kinderhilfe Chile
50 005 Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00



Verhafteter, Militär in Santiago

GEWERKSCHAFTEN
Zur Südafrika-Reise Eugen Loderers

OFFENER BRIEF

Herrn
Eugen Loderer
IGM-Hauptvorstand
Untermainkaistraße
6000 Frankfurt am Main

Lieber Kollege Loderer!

Wir, der Gebietsausschuß der CAJ (Christliche Arbeitnehmerjugend) Baden-Württembergs, beschäftigen uns seit zwei Jahren mit der Situation der schwarzen und farbigen südafrikanischen Arbeitnehmer. Daher können wir ohne Anmaßung sagen, daß wir über fundierte Kenntnisse in Bezug auf die Situation der Schwarzen und Farbigen in Südafrika verfügen.
Kritisieren möchten wir im folgenden einige Deiner Äußerungen zur Situation in Südafrika anläßlich deiner Reise dorthin:
1. Du schreibst: „Überall wurde der totale Wirtschaftsboykott als zum gegenwärtigen Zeitpunkt unzweckmäßig zurückgewiesen" (FR - 21.1.78).
Nach unseren Informationen sind jedoch die BAWU (Black Allied Workers Union), die PAC (Pan African Congress), die SACTU (South African Congress of Trade Unions), die ANC (Afrikan National Congress) und die 18 verbotenen Organisationen der Opposition sowie andere Gruppierungen aus der Bewegung der Black Consciousness (Schwarzes Bewußtsein), die hauptsächlich die Oppositionsbewegung tragen, z.T. für einen totalen Wirtschaftsboykott.

Einigkeit herrscht weitgehend darüber, daß keine neuen Investitionen von ausländischen Unternehmen vorgenommen werden sollten. Auch in Deutschland tritt der DGB dafür ein, daß z.B. von der deutschen Regierung „keine Darlehen und Kredite an die südafrikanische Regierung" zu gewähren seien (Rede von Heinz O. Vetter, 21.1.1978).
2. Du sagst, daß Du „für eine friedliche Lösung mit demokratischen Mitteln" bist (Die Welt, 7.1.78). Du selbst sagst weiterhin: „Diese Zustände (der Schwarzen/die Verf.) stellen einen Zustand dar, wo eines Tages schon ein Funke genügt – und Soweto hat gezeigt, wie sich solche Explosionen entladen" (Die Welt, 7.1.78). Du weißt, daß die Proteste des DGB an die Adresse der südafrikanischen Regierung in Pretoria laut DGB-Vorsitzenden Vetter „bisher keine Reaktionen" (siehe obige Rede) erbracht haben. Dasselbe gilt für die Proteste der CAJ an die Adresse Pretorias. Du weißt, daß in Südafrika friedliche Demonstranten von der Polizei niedergeknüppelt, verhaftet, gebannt und erschossen wurden. Du weißt, daß sehr viele der bekannten Führer und Gewerkschaftler innerhalb der Black Consciousness Bewegung im Exil leben, gebannt sind oder in südafrikanischen Gefängnissen sitzen. Wir meinen, die Situation der schwarzen und farbigen Arbeitskollegen in Südafrika ist derart menschenunwürdig und zum Himmel schreiend, daß besonders die Gewerkschaften und hier Du als Vorsitzender der IGM und der internationalen IMB auf tatsächliche Unterstützung der schwarzen und farbigen Arbeitskollegen in Südafrika mit aller Energie drängen solltest. Du läßt in Deinen Interviews und Erklärungen offen zum einen, wie die konkrete Unterstützung der Gewerkschaften und Oppositionsbewegungen aussehen soll und zum anderen, was Du unter „friedliche Mittel" verstehst. Wir meinen, ein Solidaritätsstreik z. B. der Metaller in den deutschen Firmen, die auch in Südafrika produzieren und dort die Schwarzen und Farbigen unterdrücken, ist längst überfällig; ebenso ein deutlicher Druck auf die Bundesregierung und die deutschen Banken, keinerlei Kredite mehr an Südafrika zu gewähren. Denn, wie Du weißt, ist die Bundesrepublik Deutschland der zweitgrößte Handelspartner Südafrikas. Mit moralischen Appellen und Resolutionen lassen sich weder deutsche Firmen noch die Regierung in Südafrika – wie die Vergangenheit zeigte – beeindrucken.
3. Du stellst es als selbstverständlich hin, daß sich unsere deutschen Arbeitskollegen mit ihren schwarzen und farbigen Kollegen in Südafrika solidarisieren würden. Dazu ist unsererseits festzustellen, daß in den Büros der Einzelgewerkschaften und in DGB-Büros kaum – z.T. überhaupt kein – Informationsmaterial über Südafrika zu haben ist.
4. Allgemein haben wir vermißt, daß Du die Gelegenheit Deines Besuches in Südafrika nicht stärker dazu genutzt hast, die Öffentlichkeit über die für einen Europäer kaum vorstellbaren Lebensbedingungen der Schwarzen und Farbigen in Südafrika aufzuklären, z.B.: – ein Schwarzer Südafrikaner ist kein Staatsbürger der Republik Südafrika, obwohl es das Land ist, in dem er geboren wurde, – ein Schwarzer:
– hat kein Wahlrecht,
– hat keinerlei legale Grundlage zur Bildung einer gewerkschaftlichen Organisation,
– hat kein Anrecht auf freie Wohnungs- und Arbeitsplatzwahl.

Außerdem ist die Kindersterblichkeit bei den Schwarzen und Farbigen extrem höher als bei den Weißen. Weiterhin müssen sie sich mit einem miserablen Bantu-Erziehungssystem zufriedengeben, während die Weißen in qualifizierten Schulen unterrichtet werden. Eine der Hauptstützen der Apartheid ist es, daß die schwarzen Familien auseinandergerissen werden: Männer und Frauen ist es verboten, ihre Ehepartner oder Kinder mit in die ihnen von den Arbeitgebern gestellten Unterkünfte zu bringen. Oft sehen sich Eltern und Kinder alle Jahre nur einmal für kurze Zeit in der Pause zwischen zwei Arbeitsverträgen.
Wir Delegierte des Gebietsausschusses der CAJ in Baden-Württemberg bitten Dich, zu den aufgeführten Punkten öffentlich und eindeutig Stellung zu nehmen. Sorge bitte auch mit dafür, daß an der gewerkschaftlichen Basis mehr über die Situation unserer schwarzen und farbigen südafrikanischen Arbeitskollegen diskutiert wird, als es bisher geschieht.
Auf einer öffentlichen Veranstaltung in Mannheim, die u.a. vom DGB und der CAJ getragen wurde, sagte der Generalsekretär der BAWU, Drake Koka, z.B. sinngemäß: „Sie werfen uns schwarzen Afrikanern ständig vor, daß wir uns vom Kommunismus umarmen ließen. Ich fordere Sie auf, uns jetzt zu unterstützen. Lassen Sie uns in unserem Kampf um die Freiheit nicht allein. Wer uns jetzt nicht unterstützt, hat später kein Recht, uns vorzuwerfen, wir hätten das falsche gemacht."

Mit solidarischen Grüßen
Die Delegierten des Gebietsausschusses
der CAJ Baden-Württembergs
C 2, 16 - 18, 6800 Mannheim

REZENSIONEN

Internationale Konzerne

INTERNATIONALE KONZERNE
Gerhard Breidenstein

Arbeitsbuch für Schule, Gewerkschaften und politische Gruppen
Die Macht der Multis: woher sie kommt, wem sie nützt und was wir dagegen tun können
rororo sachbuch 170 Seiten DM 6,80

Inhalt und Aufbau:

Das Thema erscheint dem Leser, der sich mit entsprechenden Untersuchungen bisher noch nicht befaßt hat, zu speziell und aus dem Zusammenhang gegriffen.
Aber gerade dem bietet das Buch zahlreiche Erklärungen und Beispiele, der sich einen Überblick verschaffen will über das wirtschaftliche Entwicklungsstadium unserer heutigen Gesellschaft, in denen die Multis entstanden sind. Die Gesellschaft in den westlichen Staaten garantiert den Multis freies wirtschaftliches und politisches Schalten und Walten. Die Verlfechtung der kapitalistischen Industriestaaten mit den Ländern der Dritten Welt durch die internationalen Konzerne (weiterhin abgekürzt I.K.) wird genauso sichtbar gemacht, wie die schwierige Situation, in denen sich die unterentwickelt gehaltenen Ländern den I.K. gegenüber befinden.
Breidenstein gliedert seine Arbeit anschaulich in folgende sechs Kapitel:
1) Wie werden wir von den I. K. betroffen?
2) Was sind I.K.?
3) Wie entstehen I.K.?
4) Was tun I.K.?
5) Wie soll man I.K. beurteilen?
6) Was kann man gegen I.K. tun?

Durch die klare Unterteilung der Kapitel in Abschnitte gewinnt man von vorneherein ein Bild über die Art und Weise, in der sich Breidenstein mit dem Thema auseinandersetzt.

Betroffen wurden wir im Winter 1973/74 durch eine Erdölkrise. Das Heizöl, das Benzin, etc. wurde teurer und an einigen Sonntagen durften überhaupt keine Autos fahren. Als erstes fällt da der böse Blick der Verbraucher auf die arabischen und einige andere Staaten, zusammengeschlossen in der Organisation Erdölexportierender Staaten – OPEC. Der Hauptgrund für die Erhöhung der Rohölpreise „war der Entschluß der ölexportierenden Staaten, den einzigen begrenzten Reihtum ihrer Länder, das Erdöl, nicht mehr „unter Preis" zu verkaufen und sich einen Ausgleich zu schaffen für die seit Jahren gestiegenen Preise für Produkte aus Industrieländern." Die Hauptverursacher und Nutznießer der Krise waren in Wirklichkeit die Internationalen Ölkonzerne. Die Preise für Erdölprodukte stiegen nämlich weit höher als es eine Rohölpreiserhöhung nötig gemacht hätte. Das stellte sich beim Vergleich der Gewinne von ESSO, Texaco, etc. des ersten Quartals 74 mit denen des ersten Quartals 73 heraus: Bis maximal 123 % höhere Gewinne waren aus der Ölkrise, eigentlich einer Ölpreiskrise, herausgeholt worden. Die fünf Ölkonzerne, die den amerikanischen Markt beherrschen, trieben es beispielsweise so weit, die US-Bürger in Schlangen auf ihre tägliche Benzinration warten zu lassen (den Preis hatte die US-Regierung gestoppt), und das knappe, gefragte Öl teuer nach Europa zu verkaufen.

Breidenstein zählt noch drei schlagende Beispiele für die Skrupellosigkeit und das reine Geschäftsinteresse der Internationalen Konzerne auf, wenn es darum geht, ihren Einflußbereich abzusichern, das beste Investitionsklima zu suchen oder sich aus unrentabel gewordenen Projekten zurückzuziehen. Diesem grundlegenden Interesse der I.K., immer höhere Gewinne zu machen (Profitmaximierung) widerspricht z.B., wenn Staaten in der Dritten Welt nach vollständiger Unabhängigkeit von neokolonialen Einflüssen streben. Ihm widerspricht eine arbeitsintensive Produktion, wenn eine weitergehende Automation und Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen möglich ist. Ihm widersprechen hohe Löhne, hohe Gewerbesteuern und aufwendige und profitmindernde Maßnahmen gegen Umweltschutz.

Breidenstein liefert zunächst Fakten, Daten und Definitionen über I. K. als Ausgangsbasis für seine weitere Untersuchung. Eine Tabelle der 50 größten I. K. der Welt macht deutlich, in welchen Branchen und Ländern Kapital angelegt wird und welche Größenordnung ihre Umsätze haben. In einem Abschnitt über Banken, vor allem internationalen Großbanken, kommt ihre Bedeutung als Kapitalverwalter und -verleiher zum Ausdruck, ebenso ihre zentrale Funktion in ihrer Eigenbeteiligung an Unternehmen und in der Konzentration von verstreuten Kapitalen.

Die Entstehungsgeschichte der I.K. widerlegt die weitverbreitete Auffassung, die „Multis" seien erst in den 60er Jahren entstanden. Ihre Anfänge gehen bis in die Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Hinter der imperialistischen Vergangenheit europäischer Nationen und der USA stehen die I.K., die beiden Weltkriege sind auf ihr Betreiben zurückzuführen. Beschrieben wird der neokoloniale Einfluß der I.K. nach dem Zweiten Weltkrieg, die Entstehung neuer imperialistischer Zentren in den USA, der heutigen EG und Japan.



„Schweißer sind Sie? Da hätte ich was für Sie in Brasilien."

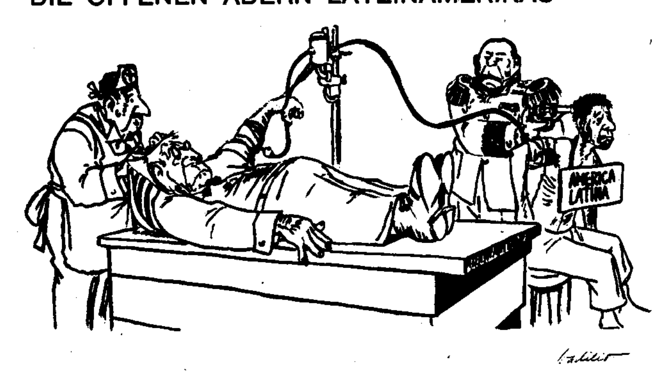
Es entspricht der gesetzmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, daß Kapital, also wirtschaftliche und darausfolgend politische Macht auf riesige Unternehmen konzentriert wird. Diese Machtausdehnung kann nur aufgrund einer Internationalisierung der Konzerne erfolgen, die nach immer größeren und rentableren Anlagen ihrer riesigen Kapitalsummen suchen. Wegen ihrer beherrschenden Stellung auf dem Markt sind sie als Monopole zu bezeichnen.

Des weiteren werden Gründe für die Internationalisierung des Kapitals genannt. Das Tun und Lassen I.K., beispielsweise der Abzug und die Wiederanlage von Kapital bewirkt einerseits Arbeitslosigkeit dort, wo die Arbeiter hohe Löhne erkämpft haben, – in den Industriestaaten –, andererseits Landflucht und Massenelend in den Billiglohnländern, in den Ländern der Dritten Welt und auch Südeuropas. Denn die gesellschaftlichen Verhältnisse dort garantieren den I.K. hohe Ausbeutungs- und Profitchancen.

Könnte der Staat nicht Gesetze zur Einschränkung der Geschäftspraktiken der I.K. erlassen, übergehen sie doch die Bedürfnisse der meisten Menschen?

Das kann sich ein Nationalstaat zum einen gar nicht erlauben, die I.K. würden ihre Produktionskapazität aus diesem Land sofort in ein anderes verlagern, zum anderen wollen das Regierungen imperialistischer Staaten wie der BRD, England oder der USA auch überhaupt nicht, denn ihr Interesse an der Erhaltung eines gut funktionierenden kapitalistischen Systems ist identisch mit dem der I.K. Im Gegenteil: „Wie anders als im Interesse der amerikanischen Konzerne ist das politische und/oder militärische Eingreifen der USA in Guatemala (1954), in Kuba (1959), in der Dominikanischen Republik (1965), in Chile (1973) zu erklären. Im Interesse der amerikanischen Bürger lagen diese Aktionen genausowenig wie das Eingreifen der USA im koreanischen und vietnamesischen Bürgerkrieg!"

DIE OFFENEN ADERN LATEINAMERIKAS

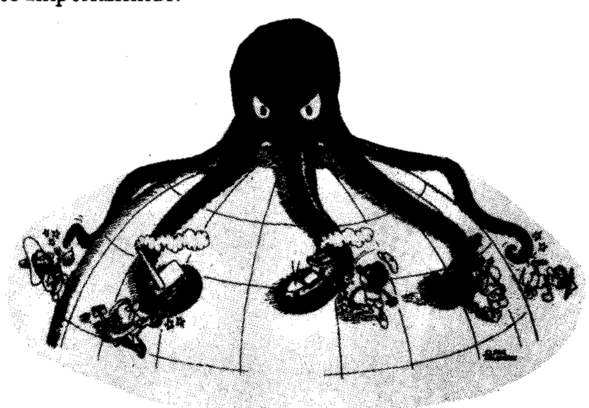


Blutübertragung von Süd- nach Nordamerika. (Aus: J. Schütt-Mogro: Zur wirtschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas, in: Lateinamerika heute, Heft 5, München)

Wie soll man I.K. folglich beurteilen? Mit dieser Leitfrage stellt Breidenstein wieder die persönliche Verbindung des Lesers zum Thema her, d.h. er fordert ihn durch Auflistung der Argumente für und vor allem wider die I.K. auf, sich mit der unnachlässigen, differenzierten Kritik des Autors auseinanderzusetzen.

Der Frage „Was kann man gegen I.K. tun?" ist fast ein Viertel des Buchs gewidmet: Angefangen mit der Erwägung staatlicher und internationaler Kontrollen, die aufgrund der oben erwähnten Zusammenhänge stark angezweifelt werden. Als Beispiel einer wirkungsvollen Anti-Image Kampagne wird die Aktion einer Schweizer Dritte Welt Gruppe gegen den Nestle Konzern genannt („Nestle tötet Babies", siehe „blätter des iz3w", Nr. 54). Solche Anti-Imagekampagnen leisten zwar wichtige Bewußtseinsarbeit, tasten die I.K. aber nicht in ihren Machtstrukturen an. Diese Möglichkeit haben nur starke Gewerkschaften, eine sich klassenbewußt und solidarisch organisierende Arbeiterschaft. Sie würde z.B. in der BRD der Sozialpartnerschaft eines DGB eine klare Absage erteilen und Streik als Waffe im Kampf gegen I.K. und das kapitalistische System einsetzen. Verglichen aber mit dem Grad der Internationalisierung der Konzerne ist die Kooperation der Gewerkschaften im internationalen Rahmen weit weniger entwickelt. Dennoch gibt es schlagende Beweise für eine zunehmende Solidarisierung der Arbeiter vor allem in der BRD über die Grenzen hinweg. Gute Beispiele sind die internationale Unterstützung des Streiks der Belgischen Fordarbeiter 1968 und des Streiks der Arbeiter in den 22 englischen Fordwerken durch Sympathiestreiks in anderen europäischen Ländern mit Fordunternehmen.

Derartige Gewerkschaftliche Politik kann den I.K. Zugeständnisse abringen, aber Lohnkämpfe und Kämpfe der Arbeiter zur Verbesserung ihrer gegenwärtigen Situation allein können I.K. und das sie tragende System noch nicht überwinden. Das kann nur durch eine weltweite antiimperialistische Politik erreicht werden. Länder wie China und Nordkorea haben mit wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von irgendwelchen ausländischen Mächten radikal gebrochen. Erst kürzlich befreite Länder wie Vietnam, Angola und Mocambique sind dabei, ihre eigene sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika gewinnen zusehends an Stärke. Diese Kräfte sind der Hauptmotor zur Überwindung des Imperialismus.



„So ist das, was die Karikatur auf dem Titelblatt dieses Buches darstellt, längst im Gange: der Polyp wird an den Enden seiner weit ausgestreckten Fang- und Saugarme angegriffen. Würde nur einer dieser Arme abgeschnitten, so könnten die anderen ihn leicht ersetzen. Werden aber alle diese Arme zu gleicher Zeit attackiert, und abgeschlagen, so verliert der Polyp die Kraft zur Gegenwehr und Erneuerung. Dann gerät er auch mit seinem Leib und Kopf in eine tödliche Krise."

Verwendbarkeit

Außer, daß das erste, fünfte und sechste Kapitel den Leser direkt vor seinem Erfahrungshintergrund ansprechen, fordert Breidenstein durch den Aufbau des Textes ständig zur Reflexion und Stellungnahme heraus. Das macht „Internationale Konzerne" zu einem didaktisch sehr gut verwendbaren Arbeitsbuch. Am Anfang jedes Kapitels nennt der Autor offen seine Darstellungsabsicht im Gegensatz zu einer stupiden Aufzählung von bevormundenden Lernzielen.

Zusammenfassende Fragen am Ende jedes Kapitels erleichtern das Einprägen des Wichtigen. Die meisten Kapitel nennen am Ende Arbeitsaufgaben. Sie sind für Gruppen gedacht, die das Thema auf Seminaren oder an mehreren Tagen aufarbeiten. Sie machen das Gesagte in die Realität jedes einzelnen übertragbar und verstärken den persönlichen Lernprozeß. Ein Sachregister und Begriffserläuterungen erleichtern den Umgang mit dem Buch. Literaturhinweise und Hinweise auf Filme und Diaserien sowie eine Adressenliste von Gewerkschaften, Forschungsstellen und Dritte Welt Informationsstellen zeigen Möglichkeiten zur Weiterbeschäftigung mit dem Thema auf.

Da der Autor selber in der (gewerkschaftlichen) Fortbildungsarbeit tätig war, entspricht das Buch seinem Aufbau und seiner Gewichtung nach den Ansprüchen aller, die Bewußtseinsarbeit machen und Neulinge in die Problematik einführen wollen. Die Anstrengungen von public-relation- und Werbemanagern I.K. z.B. ihr in der Ölkrise angekratztes Image wieder aufzupolieren, machen den Sinn von einer Gegenöffentlichkeitsarbeit klar. Das Anwachsen dieser aggressiven Monopole, die vor Kriegen nicht zurückscheuen streicht die Notwendigkeit solcher Arbeit heraus, somit auch eine Thematisierung.

Dadurch, daß der Autor inhaltliche Tips zur Verwendung einzelner Kapitel im Unterricht oder auf Seminaren gibt, können Lehrer und Leute in der kirchlichen und gewerkschaftlichen Fortbildungsarbeit das Buch auch gezielt einsetzen. Es ist auch deshalb brauchbar, weil es komplexe Zusammenhänge wie Bedeutung und Funktionsweise von Banken, Kapitalkonzentration und Kapitalexport einfach und klar darstellt, ohne den Horizont für eine weitere Durchdringung der Zusammenhänge zu verengen. Es ist auch verständlich und einleuchtend entwickelt, wenn der Monopolkapitalismus bzw. der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium am Ende des Buchs zur Weltgefahr erklärt wird.

Kritik:

Die Erklärung im Vorwort, Quellenangaben würden nicht gemacht, um eine Überfrachtung des Textes zu vermeiden, finde ich nicht zutreffend. Denn gerade in der Diskussion mit Leuten, die z.B. eine Interessenidentität zwischen ausländischen Konzernen, Politikern und Militärdiktaturen in Lateinamerika leugnen, wären Quellenangaben eine zuverlässige Argumentationsstütze.

Man kann zwar in Rechnung stellen, daß sich das Thema „Internationale Konzerne" ausschließlich auf kapitalistische Länder bezieht, wenn der Autor aber den Aufbau einer von jeglicher Abhängigkeit befreiten Gesellschaft umfassend problematisieren will, genügt es nicht, den Begriff „Sozialimperialismus" mit einem Satz zu erwähnen: „Die Rede vom „Sozialimperialismus" will darauf hinweisen, daß auch nicht kapitalistische Länder Großmachtpolitik betreiben." Denn gerade im Fall Angola oder bei Waffenlieferungen der Sowjetunion an Befreiungsbewegungen oder Aufbauhilfe an kürzlich befreite Länder, bei den Beziehungen zwischen Kuba und der UdSSR wird eine breitere Erläuterung nötig, um die Möglichkeit auf Überwindung von Abhängigkeit und Unterdrückung als Grundlage wirtschaftlicher und politischer Macht nicht auf zwei sich gegenüberstehende, feindliche Lager – das sozialistische und das kapitalistische – zu verengen.

Abschließend ist zu sagen, das Buch ist sehr zu empfehlen, und jeder, der als Neuling einen umfangreichen Einblick in die Problematik gewinnen will, sollte es lesen.

Es ist zu hoffen, daß es mit weiterer Verbreitung auch billiger wird.

ewi

Weltrüstung – die nukleare Bedrohung

SIPRI – Stockholm International Peace Research Institute
„Weltrüstung – die nukleare Bedrohung",
kostenlos zu bestellen bei: SIPRI, Sveavägen 166, S-113 46 Stockholm, Schweden
1977

Das 39 Seiten starke Büchlein versucht die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges anhand von Daten und Tabellen und Kurzanalysen zu belegen. Besonders hervorgehoben wird das Wettrüsten der USA und der Sowjetunion, das unberührt von wichtigen „Rüstungskontrollabkommen" unvermindert anhält. Der internationale Waffenhandel führt dazu, daß die „Kunden"-Staaten in völliger Abhängigkeit von ihren Großmacht-Versorgern geraten. So seien z.B. im 18-tägigen arabisch-israelischen Krieg im Oktober 1973 alle 40 Minuten ein Flugzeug, je 9 Minuten ein Panzer und alle 27 Stunden ein Schiff vernichtet worden. Die sofort anfallenden Kriegskosten pro Tag sind auf 20 Millionen Dollar geschätzt worden. In einem instabilen Gebiet könne ein Krieg solcher „Verbraucherstaaten" schnell zum nuklearen Krieg zwischen den Großmächten eskalieren.

Der Export von Nukleartechnologie für friedliche Zwecke verbreite die Fähigkeit, Atomwaffen herzustellen über den ganzen Erdball. Die Autoren kommen zum Schluß, daß es „bei der bisherigen Einstellung zur Rüstungsbegrenzung" nicht gelungen sei, „das atomare Wettrüsten einzuschränken".

Wer an Zahlen, Daten und Tabellen interessiert ist, wer mit den übersichtlichen Tabellen besonders auch zur Dritten Welt arbeiten möchte, der sollte sich dieses übrigens kostenlose (!) Büchlein zukommen lassen.
Wer jedoch eine analytische Aufarbeitung der Zusammenhänge erwartet, wird enttäuscht sein. So findet der militärisch-wirtschaftlich-politische Komplex keine Erwähnung. Die leicht nachweisbare Verflechtung von Rüstungskonzernen und Politik, von wirtschaftlichen Interessen und militärischen Aktionen fehlt völlig. Die „Neigung zur Konfrontation" ist nicht nur eine „Folge ungehemmter militärisch-technischer Entwicklung". Es ist ungenügend zu sagen, „daß der Mensch in zunehmendem Maße ein Sklave der Technik geworden ist, anstatt ihr Meister zu sein" (S. 32). Die Herangehensweise läßt die konkurrierenden Wirtschaftsinteressen unberücksichtigt, die sich des Staates als Mittel bedienen.

Trotz analytischer Mängel, ist die Broschüre wegen ihrer anschaulichen Vermittlung von Daten und ihrer Aktualität (Stand 1977) zum Nachschlagen und Zitieren brauchbar.

pfr

Wir ziehen um
neue Besucheradresse:

informationszentrum dritte welt/
aktion dritte welt
• *Kronenstr. 16*
Postfach 5328
Tel.: 0761/74 003

3. Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der BRD

Die Jury des III. Russell-Tribunals zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzung in der Bundesrepublik setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. G. Anders*
Prof. E. Bentley
C. Bourdet
H. Branton
Dr. N. Browne
Major O. de Carvalho
Prof. G. Casalis
Prof. V. Dedijer
Prof. J. P. Faye

Prof. J. Galtung
Lord T. Gifford
Prof. R. Glass
T. Griffiths
A. Jeanson
Dr. R. Jungk
Prof. S. Möller-Kristensen
R. Lombardi
Prof. L. Lombardo-Radice
S. Lukes
Prof. O. Nathan

Prof. L. Nauta
J. Richardson
D. Rousset
Prof. A. Soboul
E. A. Taikeff
U. Terracini

Deutscher Beirat:
Dr. I. Drewitz
Prof. H. Gollwitzer
Prof. W.D. Narr
D. M. Niemöller
Prof. U. Wesel

* Dr. G. Anders ist zurückgetreten

Der deutsche Beirat und die Mitglieder des Tribunals haben beschlossen, zwei Sitzungsperioden im Jahr 1978 abzuhalten, um das Material hinreichend auszuwerten.

Die *erste* Sitzungsperiode des Russell-Tribunals wird in der Woche nach Ostern und zwar vom 28.3. – bis zum 5.4.1978 stattfinden.

Die *zweite* Sitzungsperiode des Russel-Tribunals wird voraussichtlich im Herbst dieses Jahres stattfinden.

Während der ersten Sitzungsperiode wird das Russell-Tribunal die Frage untersuchen, ob Bürgern der Bundesrepublik auf Grund ihrer politischen Überzeugungen das Recht verwehrt wird, ihren Beruf auszuüben. Die Punkte Zensur und Grundrechtsverletzungen in Strafverfahren werden dann im Herbst behandelt werden.

Die *erste Sitzungsperiode* wird folgendermaßen ablaufen:
Der deutsche Beirat hat in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat 10 – 12 exemplarische Fälle ausgewählt, die vor dem Tribunal ausführlich dargestellt werden sollen. Die Auswahl der Fälle geschah nach folgenden Kriterien: Verschiedene Bundesländer und verschiedene Berufe sollten repräsentiert sein; die Fälle sollten unterschiedliche politische Besonderheiten (Berufsverbot aufgrund von Organisationszugehörigkeiten, Teilnahme an Demonstrationen u.ä., politische Äußerungen etc.) enthalten. Die 10 - 12 Betroffenen sollen als Zeugen gehört werden, ihnen wird jeweils ein Berichterstatter, in den meisten Fällen ein Jurist, zugeordnet. diese sollen u.a. auf Parallelfälle hinweisen, um einen Eindruck über das Ausmaß der Berufsverbote zu vermitteln. Vor und während der Zeugenanhörungen werden dem Tribunal allgemeine Gutachten zur Kenntnis gebracht werden, so zur politischen Entwicklung der Bundesrepublik, der Rechtssprechung im Zusammenhang mit der Überprüfung der Treuepflicht, den politischen und psychologischen Auswirkungen des Radikalenerlasses und der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes. Weiterhin werden Vertreter der zuständigen Behörden eingeladen, um die Position der Bundesregierung und der Länderregierungen darzustellen.

Das Sekretariat bittet darum, auf Parallelfälle aufmerksam zu machen, sowie in stichpunktartiger Form weitere Berufsverbotsfälle zu nennen. Wichtig sind dabei Angaben über Namen und Beruf des/der Betroffenen sowie offizielle Begründung der Maßnahme.

Bis jetzt wird das Tribunal *unterstützt* von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Berlin), der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Paderborn), den Jungsozialisten, der Humanistischen Union, dem Liberalen Hochschulverband, der Vereinigung Deutscher Studentenschaften, der Sozialistischen Jugend Deutschlands Die Falken, dem Bund deutscher Pfadfinder, dem Sozialistischen Büro, der Gruppe Internationaler Marxisten, dem Kommunistischen Bund, der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, verschiedenen evangelischen und katholischen Studentengemeinden, der Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (Berlin-West), Bund demokratischer Wissenschaftler (Sektion Berlin-West), den Berliner Aktionskomitees gegen Berufsverbote an, FU, TU und FHSS, dem Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte (Berlin), der Gesellschaft für bedrohte Völker. Außerdem existieren in allen großen und vielen kleinen Städten Unterstützungsgruppen; ihre Zahl nimmt ständig zu.
Die Jungdemokraten halten die Durchführung eines Russell-Tribunals nach wie vor für richtig, sie mußten allerdings ihre Unterschrift aufgrund des starken innerparteilichen Druckes zurückziehen. Amnesty International und der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt haben das Tribunal begrüßt.

Die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Durchführung des Tribunals kostet sehr viel Geld. Wer das Tribunal auch materiell unterstützen möchte, der kann auf folgende Konten Geld einzahlen:
Bankkonto: Nr. 02 54 53 00, Thomas Dieckmann – Sonderkonto Russell Tribunal, bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00; Postscheckkonto: Nr. 41 59 09-100, Thomas Dieckmann – Sonderkonto R, beim Postscheckamt Berlin West, BLZ 100 100 10

Tagungshinweise

Thema: ‚Einführung in die Pädagogik Paulo Freires' (Konzept, Praxis etc.)
Termin: 31.3. – 2.4.1978
Ort: Achberg bei Lindau
Kosten: 30,– DM Teilnehmerbeitrag, Fahrtkostenerstattung: 50 % DB
Information: AG SPAK (AG Freire) Belfortstr. 8, 8000 München 80,
Anmeldeschluß: 20.3.1978

Thema: ‚Randgruppenarbeit – Kritik an der Marginalitätstheorie – Randgruppenfrage bei Paulo Freire'
Termin: 16. – 18.6.1978 bei Lienen (Osnabrück)
Auskunft: AG SPAK (AG Freire), Belfortstr. 8, 8000 München 80.

Herrn
Viktor Lütertz
Königsstr. 97

4150 Krefeld 1

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

rororo aktuell

Herausgegeben von Freimut Duve

Probleme der Dritten Welt

Ho-Tschi-Minh-Stadt
Die Stunde Null. Reportagen vom Ende eines dreißigjährigen Krieges. Hg. von Börries Gallasch (1948)

Irnberger, Harald
SAVAK oder Der Folterfreund des Westens. Aus den Akten des iranischen Geheimdienstes (4182)

Konterrevolution in Chile
Analysen und Dokumente zum Terror. Hg. vom Komitee „Solidarität mit Chile" (1717)

Lühring, Anneliese
Bei den Kindern von Concepción
Tagebuch einer deutschen Entwicklungshelferin in Bolivien (4060)

Mao Tse-tung
Theorie des Guerilla-Krieges oder Strategie der Dritten Welt
(886)

Das machen wir anders als Moskau!
Kritik an der sowjetischen Politökonomie. Hg. von Helmut Martin (1940)

Runge, Erika
Südafrika – Rassendiktatur zwischen Elend und Wohlstand. Protokolle und Dokumente zur Apartheid (1765)

Sid-Ahmed, Mohamed
Nach vier Kriegen im Nahen Osten
Thesen zu einer offensiven Friedenspolitik (4062)

Valdés, Hernan
Auch wenn es nur einer wäre . . .
Tagebuch aus einem chilenischen KZ (4064)

Weizen als Waffe
Die neue Getreidestrategie der amerikanischen Außenpolitik. Eine Studie des North American Congress on Latin America (NACLA) (4058)

Albrecht, Gisela
Soweto oder Der Aufstand der Vorstädte – Gespräche mit Südafrikanern
(4188 – Dez. 77)

Alves, Marcio M.
Erster beim Sterben, letzter beim Essen
Kuba – eine Arbeiterfamilie erzählt (1878)

Die Armut des Volkes
Verelendung in den unterentwickelten Ländern. Auszüge aus Dokumenten der Vereinten Nationen (1772)

Baumberger, Elo und Jürg
Beethoven kritisieren! Konfuzius verurteilen! Was geschah in China 1973/74? (1882)

Biegert, Claus
Seit 200 Jahren ohne Verfassung
1976: Indianer im Widerstand (4056)

Böttger, Barbara
700 Millionen ohne Zukunft?
Faschismus oder Revolution in Indien und Bangladesh (1603)

Debray, Régis
Kritik der Waffen. Wohin geht die Revolution in Lateinamerika? (1950)

Deleyne, Jan
Die chinesische Wirtschaftsrevolution
Eine Analyse der sozialistischen Wirtschaft Pekings (1550)

Exportinteressen gegen Muttermilch
Der tödliche Fortschritt durch Babynahrung. Eine Dokumentation der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern (4065)

Fanon, Frantz
Die Verdammten dieser Erde
Vorwort: Jean-Paul Sartre (1209)